WWW.AMNESTY.DE/JOURNAL

DAS MAGAZIN FÜR DIE MENSCHENRECHTE

AMNESTY JOURNAL

02/03 2018

FEBRUAR/ MÄRZ

KAMPF DEN KILLERROBOTERN

WIE AUTONOME WAFFENSYSTEME NEUE KRIEGE SCHÜREN

HEIMLICHE REBELLEN
Kreativer Widerstand im besetzten Mossul

DIE RISSE HEILEN
Denis Mukwege behandelt Vergewaltigungsopfer im Kongo

SOUNDTRACK DER POLITIK
Afrikanische Musiker mischen sich ein

AMNESTY INTERNATIONAL

INHALT

Kriegsspiele. Die Grenzen zwischen Unterhaltungs- und Rüstungsindustrie verlaufen fließend. Mit Joysticks groß gewordene Computerkids eignen sich hervorragend als Operatoren von Killerrobotern und Kampfdrohnen.

TITEL: KAMPF DEN KILLERROBOTERN

Unterhaltungs- und Rüstungsindustrie: Krieg und Spiele 12

Whistleblower: Mutige Aussteiger 14

Drohnenangriffe der USA: Tod per Knopfdruck 16

Ramstein: »Deutschland verstößt gegen Völkerrecht« 21

Krieg im Jemen: Still und verstörend 22

Überwachung des Mittelmeers: Operation Seepferdchen 24

Autonome Waffensysteme: Menschen töten ohne Menschen 26

THEMEN

Irak: Die heimlichen Rebellen von Mossul 30

Syrien: »Assad stieß nie auf Widerstand« 35

Kuba: Zensur statt Zäsur 36

Honduras: Die Oligarchen lässt man laufen 40

DR Kongo: Die Risse heilen 42

Deutschland: Schüler zweiter Klasse 44

Nachruf: Arsenij Roginskij 46

KULTUR

Afrikanische Musiker: Soundtrack der Politik 48

Ruanda: »Der Genozid ist Teil von mir« 52

Türkei: Prozesse in Grautönen 54

Mexiko: Tödliche Berichte 56

Graphic Novel »Der Riss«: Die Grenzen Europas 58

Rassismus in Deutschland: Vermischte Vorurteile 60

Dokumentarfilm »Playing God«: Der Gott des Kapitalismus 63

RUBRIKEN

Panorama 04 Einsatz mit Erfolg 06 Markus N. Beeko über Verantwortung und Technik 07 Spotlight: Ägypten – Foltern mit System 08 Interview: Aida Seif al-Dawla 09 Dranbleiben: Indien, Saudi-Arabien, Argentinien 47 Rezensionen: Bücher 61 Rezensionen: Film & Musik 62 Briefe gegen das Vergessen 64 Aktiv für Amnesty 66 Impressum 67

Die heimlichen Rebellen von Mossul. Drei Jahre lang beherrschten die Dschihadisten des Islamischen Staats die irakische Millionenmetropole. Doch nicht alle Bewohner gehorchten deren Verbot von Zigaretten und Musik. Seit der Befreiung der Stadt wagen sich die heimlichen Rebellen wieder ans Tageslicht.

Zensur statt Zäsur. Vor der Parlamentswahl im Februar setzt das Regime in Havanna auf Repression. Die Hoffnung auf Öffnung ist trotz des nahenden Abgangs von Raúl Castro verflogen.

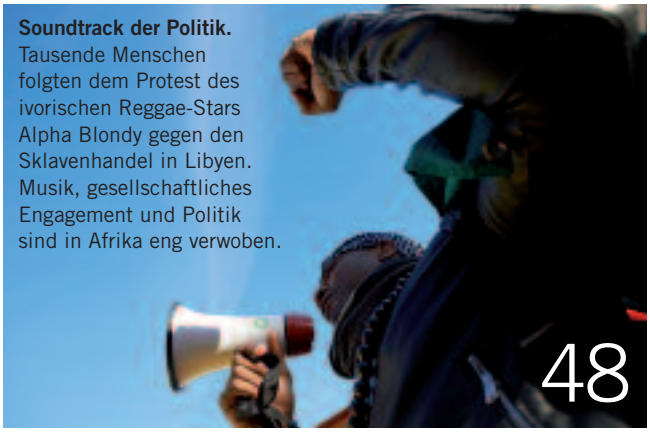
»Der Genozid ist Teil von mir«. Die in Ruanda geborene Musikerin und Choreografin Dorothée Munyaneza widmet sich in ihrer Performance »Unwanted« den Frauen und Kindern, die Opfer von Kriegsvergewaltigungen wurden.

Tod per Knopfdruck. Seit Beginn des »Kriegs gegen den Terror« 2001 gehören US-Drohnenangriffe zum Alltag vieler Menschen von Afghanistan bis Jemen. Die »Todesengel« steigen auf von Stützpunkten weltweit – meist sehen ihre Piloten die Opfer nicht.

16

42

Die Risse heilen. Der Gynäkologe Denis Mukwege hat Tausenden Frauen in der Demokratischen Republik Kongo Identität und Würde wiedergegeben.



Soundtrack der Politik. Tausende Menschen folgten dem Protest des ivorischen Reggae-Stars Alpha Blondy gegen den Sklavenhandel in Libyen. Musik, gesellschaftliches Engagement und Politik sind in Afrika eng verwoben.

48

Unser Titelbild wurde gezeichnet von Jens Bonnke.

Zeichnungen oben: Jens Bonnke | Fotos oben: Jacob Russell
Fabian Weiss | Cristobal Herrera/EPA/pa | Alain Pitton/NurPhoto/pa
Kyle Johnson/The New York Times/Redux/laif | Foto Editorial: Sarah Eick/Amnesty

TOD UND SPIELE …

… rücken immer enger zusammen. Weil der Einfluss der Unterhaltungsindustrie auf Armeen und Waffenhersteller weltweit stetig wächst, ist bereits von einem militärisch-industriellen Entertainmentkomplex die Rede. Mit verheerenden Folgen: Digital Natives wird der Wechsel in die Schaltstellen der neuen Kriege schmackhaft gemacht, um den ständigen Bedarf der Branche an innovativen Nachwuchskräften zu decken. Und bei der Entwicklung sogenannter Killerroboter standen Science-Fiction-Regisseure Pate, die nicht ahnten, dass aus ihren Bildschirmfantasien eines Tages tödliche Wirklichkeit werden würde.

Dass die Industrie der Politik meistens einen Schritt voraus ist, können Sie in unserem Schwerpunkt ab Seite 10 lesen. Der schürt nicht nur Angst, sondern macht auch Hoffnung: So haben Aussteiger aus Armee und Geheimdiensten entscheidenden Anteil daran, Aktivisten mit Informationen über den Drohnenkrieg der USA zu versorgen. Da einige US-Bundesstaaten bereits den Einsatz von Kampfdrohnen mit autonomen Granatwerfern planen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch hier Whistleblower Gegenöffentlichkeit schaffen.

Die ist dringend nötig. Denn so wie zuvor Schießpulver und Atombombe revolutionieren letale autonome Waffensysteme die Kriegsführung. Wie von selbstlernenden Algorithmen gesteuerte Minidrohnen jeden ins Visier nehmen können, zeigt ein eindringlicher Kurzfilm der Kampagne »Stop Killer Robots«, den Sie im Netz unter www.autonomousweapons.org anschauen können. Um zu verhindern, dass autonome Waffen Menschen als Kontrollinstanzen überflüssig machen, setzt sich Amnesty International seit Jahren für ein präventives Verbot ein.

Ein Interview mit der ägyptischen Psychiaterin Aida Seif al-Dawla finden Sie auf Seite 9. Sie gehört zu den Gründerinnen des Nadeem-Zentrums für die Rehabilitierung von Opfern von Gewalt und Folter in Kairo. Für ihre Arbeit zeichnet Amnesty Deutschland al-Dawla und ihr Team im April mit dem Menschenrechtspreis aus (www.amnesty.de/menschenrechtspreis). »Wir finden immer einen Weg, wie wir Betroffenen Hilfe anbieten können«, sagt die 63-Jährige. Obwohl die Nadeem-Klinik für Folteropfer im Februar 2017 von den Behörden geschlossen wurde, haben die Therapeuten »nicht einen einzigen Tag lang aufgehört, Patienten zu treffen«. Wir gratulieren!

Markus Bickel ist Verantwortlicher Redakteur des Amnesty Journals.

Foto: Spencer Platt / Getty Images

»DRECKSLOCHLÄNDER«: WELTWEITES ENTSETZEN ÜBER TRUMP

Die Botschafter der afrikanischen Staaten bei den Vereinten Nationen in New York haben die »unerhörten rassistischen und fremdenfeindlichen« Äußerungen von US-Präsident Donald Trump kritisiert. Dieser soll bei einem Treffen mit Kongressabgeordneten von Menschen aus »Dreckslochländern« (»shithole-countries«) gesprochen haben – und sich dabei auf afrikanische Staaten, Haiti und El Salvador bezogen haben. Aus Protest gingen Angehörige der haitianischen Community in New York am 15. Januar 2018 auf die Straße.

IRAN: ZEHNTAUSENDE PROTESTIEREN GEGEN DAS REGIME

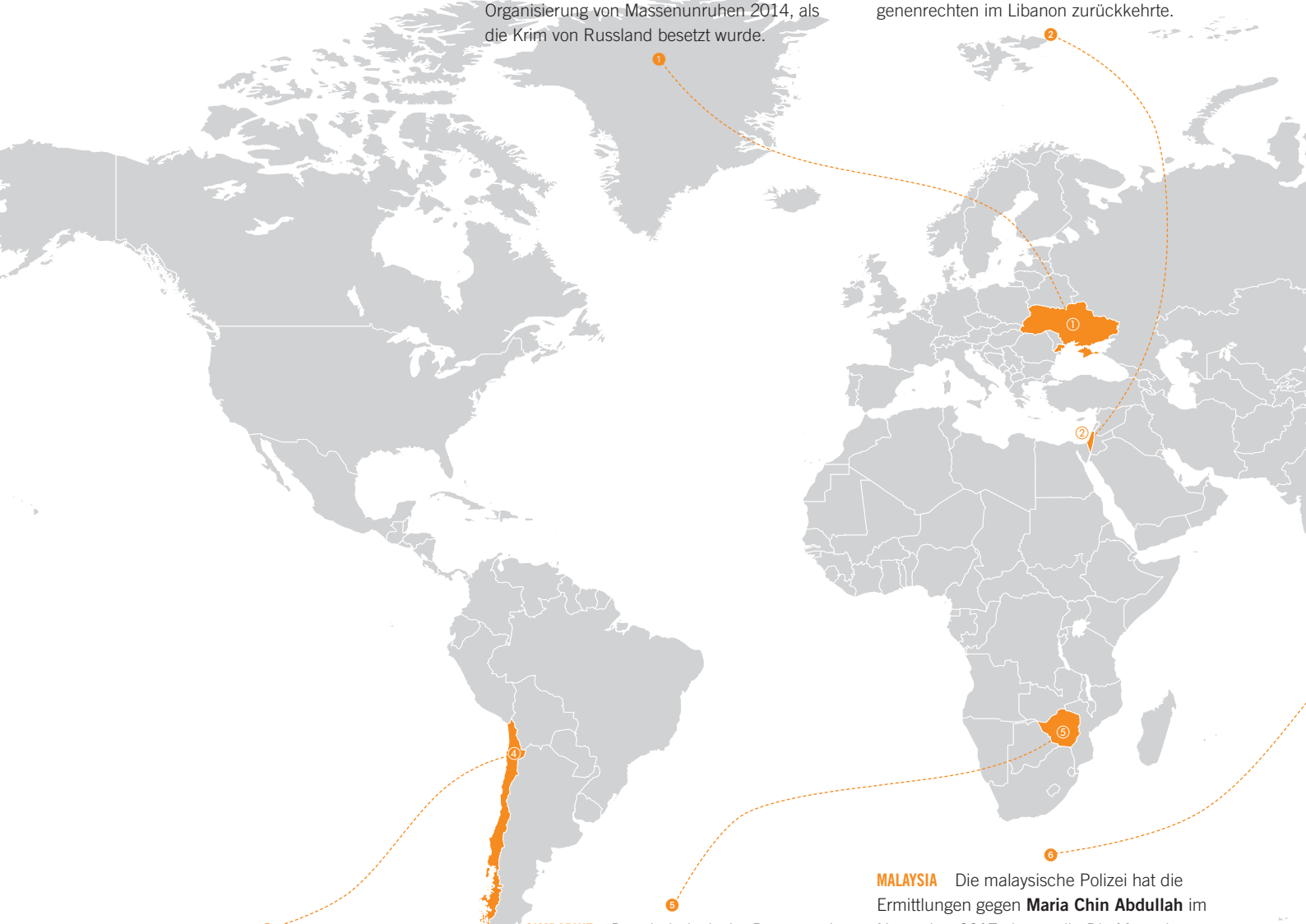
»Brot, Freiheit, Arbeit« forderten Anfang Januar 2018 Demonstranten in mehr als hundert iranischen Städten. Die Proteste hatten kurz vor dem Jahreswechsel in Mashad begonnen und erreichten später die Hauptstadt Teheran. Es waren die größten Kundgebungen gegen das iranische Regime seit der »Grünen Revolution« 2009. Nach Angaben von Oppositionellen wurden mehr als 3.700 Personen festgenommen. Einigen droht wegen »Verschwörung gegen die Führung des Landes« die Todesstrafe. Offiziellen Angaben zufolge wurden bei den Protesten 25 Menschen getötet.

Foto: AP/pa

EINSATZ MIT ERFOLG

UKRAINE Die Krimtataren **Ilmi Umerov** und **Akhtem Chiygoz** sind frei: Die beiden Aktivisten wurden am 25. Oktober 2017 vom Flughafen Simferopol in die Türkei ausgeflogen und dort freigelassen. Zuvor waren die stellvertretenden Sprecher der Vertretung der krimtatarischen Gemeinschaft von einem Gericht der von Russland besetzten Krim zu Haftstrafen verurteilt worden – Chyigoz zu acht Jahren, Umerov zu zwei Jahren. Die Grundlage bildeten konstruierte Anklagen wegen angeblicher Organisierung von Massenunruhen 2014, als die Krim von Russland besetzt wurde.

ISRAEL Der Medienkoordinator der palästinensischen Gefangenenrechtsorganisation Addameer, **Hassan Safadi**, ist am 7. Dezember 2017 aus dem israelischen Gefängnis Ketziot freigelassen worden. Er verbrachte fast anderthalb Jahre ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in israelischer Verwaltungshaft. Safadi war im Mai 2016 an der Grenze zwischen Jordanien und den besetzten palästinensischen Gebieten festgenommen worden. Die Festnahme erfolgte, als er von einer Konferenz zu Gefangenenrechten im Libanon zurückkehrte.



CHILE Der chilenische Innenminister hat im November 2017 vor Gericht beantragt, die Anklagen gegen vier Angehörige der indigenen **Mapuche-Gemeinschaft** nicht länger als »terroristische Verbrechen« einzustufen. Den Männern wird vorgeworfen, im Juni 2016 einen Brandanschlag auf eine Kirche verübt zu haben. Ihr Fall wird auf Grundlage des Antiterrorgesetzes verhandelt, obwohl Menschenrechtsgremien festgelegt haben, dass das ausschließlich in Fällen tödlicher oder schwerwiegender Gewalt gegen Zivilpersonen erlaubt ist.

SIMBABWE Der simbabwische Pastor und Menschenrechtsverteidiger **Evan Mawarire** ist freigesprochen worden. Ein Gericht befand ihn im November 2017 für nicht schuldig, »die verfassungsrechtliche Regierung untergraben« zu haben. Mawarire war als Anführer der Protestbewegung #ThisFlag mehrfach festgenommen worden. Grund für die Anklage war der Aufruf zu einem Streik im Juli 2016, um gegen Korruption sowie die schlechten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen zu protestieren. Bei einem Schuldspruch hätten ihm 20 Jahre Haft gedroht.

MALAYSIA Die malaysische Polizei hat die Ermittlungen gegen **Maria Chin Abdullah** im November 2017 eingestellt. Die Menschenrechtlerin war ein Jahr zuvor auf Grundlage des Sicherheitsgesetzes festgenommen worden, weil sie eine Demonstration für freie und faire Wahlen organisiert hatte. Die Mitarbeiterin der Koalition für saubere und faire Wahlen (Bersih 2.0) war im November 2016 zehn Tage lang in Einzelhaft gehalten worden. Nach ihrer Freilassung hatte sie ihre Menschenrechtsarbeit im Büro von Bersih 2.0 in Petaling Jaya im Bundesstaat Selangor wieder aufgenommen, obwohl noch Ermittlungen gegen sie liefen.

BANGLADESCH Der bangladeschische Politikwissenschaftler **Mubashar Hassan** ist am 22. Dezember 2017 mit verbundenen Augen am Rande einer Schnellstraße in Dhaka wieder aufgetaucht. Er war 44 Tage zuvor verschwunden, nachdem er zuletzt bei einem Treffen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) gesehen worden war. Hassan ist Gründer der Internetplattform alochonaa.com, die sich für Demokratie, Pluralismus und religiöse Vielfalt in Bangladesch einsetzt.

Weltweit beteiligen sich Tausende Menschen an den »Urgent Actions«, den »Briefen gegen das Vergessen« und an Unterschriftenaktionen von Amnesty International. Dass dieser Einsatz Folter verhindert, die Freilassung Gefangener bewirkt und Menschen vor unfairen Prozessen schützt, zeigt unsere Weltkarte. Siehe auch: www.amnesty.de/erfolge

Foto: Bernd Hartung/Amnesty

MARKUS N. BEEKO ÜBER
VERANTWORTUNG UND TECHNIK

Technologien sind gut, Technologien sind böse. Je nachdem, wen Sie fragen – einen Tech-Geek oder einen Maschinenstürmer. Richtig ist beides, denn entscheidend bleibt, was der Mensch daraus macht – wie und wozu wir Technologien einsetzen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte sich die maschinelle Kriegsführung ebenso wie die zivile Luftfahrt und die drahtlose Kommunikation. Die Entdeckung der Kernspaltung führte erst zur Atombombe und Hunderttausenden Toten in Hiroshima und Nagasaki, bevor die Kernenergie zur friedlichen Nutzung erschlossen wurde. Die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Verwendung sind fließend.

Fließend sind auch die Anwendungsgebiete der sogenannten Künstlichen Intelligenz, also »intelligenter«, lernfähiger Systeme, die eigenständig Entscheidungen treffen und ausführen sollen. Im Alltag könnten damit medizinische Diagnosen verbessert oder die Arbeitssicherheit erhöht werden. Für den Kriegseinsatz wird in eine andere Richtung gedacht: Hier sollen diese Systeme möglichst selbstständig agieren und Ziele, auch Menschen, auswählen, angreifen und töten.

Während auf Symposien noch über die völkerrechtlichen Grenzen der Einsätze unbemannter Kampfdrohen debattiert wird, schwärmen in den Entwicklungsplänen von Militärs autonome Kampfroboter und Mini-Drohnen aus, gesteuert von selbstlernenden Algorithmen zur Zielerkennung und -verfolgung. Die Entwicklung und der Einsatz solcher tödlichen autonomen Waffensysteme werfen viele völkerrechtliche und ethische Fragen auf. Amnesty International setzt sich neben anderen internationalen Organisationen seit 2010 gegen den potenziellen Einsatz autonomer Waffensysteme ein.

Noch verfügt kein Staat über solche Systeme. Aber was für die Entdeckung der Kernspaltung galt, gilt auch für autonome Waffensysteme heute: Die technologische Entwicklung ist der dringenden politischen Regulierung mehr als einen Schritt voraus. Und in einer Zeit, in der Regierungschefs wieder ungeniert anderen Staaten mit der »totalen Vernichtung« drohen, können wir kaum darauf vertrauen, dass mit dem Einsatz solcher Technologien gewartet wird, bis grundlegende menschenrechtliche und ethische Fragen völkerrechtlich geordnet sind. Oder wie es Carl Friedrich von Weizsäcker formuliert hat: »1. Wenn Atomwaffen möglich sind, wird es jemanden auf der Erde geben, der sie baut. 2. Wenn Atomwaffen gebaut sind, wird es jemanden auf der Erde geben, der sie kriegerisch einsetzt.«

Es war deshalb ein wichtiges Zeichen, dass im November 2017 ein Expertengremium der Vereinten Nationen zum Thema autonome Waffensysteme getagt hat. Wir brauchen völkerrechtlich verbindliche Normen, die die Entwicklung und den Einsatz solcher Waffensysteme ächten und die die Verantwortung für menschliches wie staatliches Handeln in den Mittelpunkt stellen.

Markus N. Beeko ist Generalsekretär der deutschen Amnesty-Sektion.

ÄGYPTEN: FOLTERN MIT SYSTEM

Foto: Amr Nabil/AP/pa

Erzwungene Geständnisse. Angeklagter im Gerichtssaal des Tora-Gefängnisses im Süden von Kairo, August 2015.

Sieben Jahre nach dem Aufstand gegen Hosni Mubarak hat Ägyptens Sicherheitsapparat das Land wieder fest im Griff. Nach dem Sturz des Langzeitherrschers im Februar 2011 war der »tiefe Staat« aus Armee, Polizei, Geheimdiensten und Justiz von der Protestbewegung zunächst in die Defensive gedrängt worden – bis zum Militärputsch gegen den islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi im Juli 2013. Seitdem setzt das Regime des 2014 zum Präsidenten gewählten früheren Armeechefs Abdel Fattah al-Sisi auf Repression, um ein Wiedererstarken der revolutionären Kräfte zu verhindern.

Zehntausende politische Gefangene sind zum prägenden Merkmal der Sisi-Herrschaft geworden. Hinzu kommen der anhaltende Abbau rechtsstaatlicher Verfahren, die Stärkung der Militärjustiz und das lautlose Verschwindenlassen von Dissidenten durch Sisis Sicherheitsapparat.

Wenn der Machthaber im Frühjahr als Staatsoberhaupt wiedergewählt werden sollte, dann auch deshalb, weil es ihm gelungen ist, jegliche Opposition mit Gewalt zu ersticken. Weit verbreitete Folter durch Angehörige der Polizei und des Nationalen Sicherheitsdienstes zählt dabei zu den gängigen Methoden. Der UN-Ausschuss gegen Folter kam im Juni 2017 zu dem »unausweichlichen Schluss«, dass »Folter in Ägypten eine systematische Praxis ist«, die von Soldaten und Polizisten ebenso angewandt wird wie von Gefängnisangestellten.

Fotos des von Polizisten zu Tode geprügelten 28-jährigen Khaled Said aus Alexandria hatten den Aufstand gegen Mubarak ins Rollen gebracht. Doch an der damals gängigen Praxis, Geständnisse durch Folter zu erzwingen, hat sich bis heute nichts geändert: Elektroschocks an Genitalien, Stresspositionen sowie Schläge mit Stöcken und Metallstangen werden in Polizeistationen und Einrichtungen des Nationalen Sicherheitsdienstes landesweit angewandt. Wie ein roter Faden zieht sich zudem Straflosigkeit für hohe Polizei- und Geheimdienstbeamte durch die postrevolutionäre Phase.

»Gefoltert wird vor allem nach willkürlichen Festnahmen, um Geständnisse zu erzwingen.«

UN-AUSSCHUSS GEGEN FOLTER, JUNI 2017

67.000 MENSCHEN WURDEN SEIT DEM MILITÄRPUTSCH 2013 AUS POLITISCHEN GRÜNDEN **VERHAFTET** ODER **ANGEKLAGT**.

Quelle: Menschenrechtler und Anwälte

378 MENSCHEN WURDEN ZWISCHEN AUGUST 2016 UND AUGUST 2017 **GEWALTSAM ENTFÜHRT** – DURCH ANGEHÖRIGE DES STAATSSICHERHEITSDIENSTS UND ANDERER GEHEIMDIENSTE.

Quelle: Egyptian Commission for Rights and Freedoms

AIDA SEIF AL-DAWLA

»GEWALT GEHÖRT IN ÄGYPTEN ZUM ALLTAG«

Das Nadeem-Zentrum für die Rehabilitierung von Opfern von Gewalt und Folter in Kairo wird im April mit dem Amnesty-Menschenrechtspreis 2018 ausgezeichnet. Die ägyptische Nichtregierungsorganisation engagiert sich seit 25 Jahren in der Opferhilfe. Eine der Gründerinnen des Zentrums ist die Psychiaterin Aida Seif al-Dawla.

Interview: Cornelia Wegerhoff

Foto: Dana Smillie

Die Klinik des Nadeem-Zentrums wurde im Februar 2017 auf Anordnung der ägyptischen Behörden geschlossen. Weshalb?

Die Schwierigkeiten begannen schon ein Jahr zuvor. 2016 suchten uns Vollstreckungsbeamte auf, die die Klinik schließen wollten, weil uns angeblich die Lizenz fehlte. Unser Anwalt konnte diese aber vorlegen. Seitens des Gesundheitsministeriums hieß es dann, die Schließung sei auf direkte Anordnung des ägyptischen Kabinetts erfolgt, unter anderem, weil wir mit der Veröffentlichung von Medienberichten über Folter angeblich Aktivitäten betrieben, die im Rahmen der vorhandenen Lizenz nicht erlaubt seien. Man warf uns vor, Terroristen zu unterstützen und der Polizei zu unterstellen, Menschen zu foltern.

Wie ging es dann weiter?

Nachdem wir offiziell Einspruch erhoben hatten, haben wir zunächst nichts mehr von den Behörden gehört. Aber am 9. Februar 2017 war der Bürgersteig vor unserem Haus plötzlich voller Polizisten. Die Klinik ist bis heute geschlossen, weshalb wir vor Gericht gezogen sind. Am 21. Februar soll das Urteil gesprochen werden. Ich hoffe, dass wir gewinnen. Aber ich bin nicht optimistisch.

Welche Rolle spielen staatliche Gewalt und Folter in Ägypten?

Sie gehören zum Alltag und sind Teil einer systematischen Staatspolitik, mit der Macht ausgeübt wird. Es gibt in unserem Land die Redensart: »Halte den Kopf hoch, du bist Ägypter!« In den Gefängnissen lassen Wärter Inhaftierte auf dem Boden liegend diesen Satz rufen, während sie mit Stiefeln gegen ihren Kopf treten. Polizei und Militär wollen so dafür sorgen, dass das, was 2011 passiert ist, sich nicht wiederholt.

Am 25. Januar 2011 begann der Aufstand gegen Hosni Mubarak, 18 Tage später trat er zurück. Die Demonstranten gingen damals auch auf die Straße, um gegen die alltägliche Polizeigewalt zu protestieren. Wie viel ist von dieser Revolution noch übrig?

Bis 2013 waren viele Menschen entschlossen, sich der staatlichen Gewalt zu widersetzen und keine Angst mehr zu zeigen. Sie ließen sich beispielsweise von Polizisten, die sie willkürlich auf der Straße anhielten, den Dienstausweis zeigen. Damals hatten wir den Eindruck, dass wir als Volk unsere Würde zurückgewonnen haben. Aber was seit der Machtübernahme durch den damaligen Armeechef Abdel Fattah al-Sisi 2013 zu beobachten ist, ist das Schlimmste, was Ägypten jemals erlebt hat: ein unvergleichbarer Ausbruch staatlicher Gewalt.

Schlimmer als unter Mubarak?

Sehr viel schlimmer. Die Situation heute ist weder vergleichbar mit der Mubarak-Ära noch mit der Militärherrschaft im Jahr nach der Revolution oder der Regierungszeit der Muslimbruderschaft. Anfangs richtete sich die staatliche Gewalt vor allem gegen die gestürzten Muslimbrüder. Doch danach folgte eine gefährliche kollektive Hirnwäsche der Gesellschaft nach dem Motto: Das geschieht den Muslimbrüdern nur recht, sie sind Feinde Ägyptens. Und dann wurden Menschenrechtsaktivisten ins Visier genommen. Eine ganze Reihe von Organisationen wie unsere wurden für illegal erklärt.

An wen können sich Opfer von Gewalt und Folter noch wenden, seitdem Ihre Klinik geschlossen worden ist?

Unsere Telefon-Hotline ist weiter erreichbar. Wir finden immer einen Weg, wie wir Betroffenen Hilfe anbieten können. Seit der Schließung der Klinik haben unsere Therapeuten nicht einen einzigen Tag lang aufgehört, Patienten zu treffen.

Auch an Ihrem Archiv der Unterdrückung arbeiten Sie weiter?

Ja. Wir sammeln weiter Medienberichte, in denen von rechtswidrigen Tötungen, Folter in Polizeiwachen und Gefängnissen die Rede ist, aber auch von mangelnder medizinischer Versorgung von Inhaftierten, die sogar zu deren Tod führen kann, sowie vom Verschwindenlassen von Personen.

Kampf den Killerrobotern

Die dritte Revolution der Kriegsführung ist längst im Gange. Nach dem Schießpulver und der Atombombe könnten autonome Waffensysteme künftig dafür sorgen, dass Menschen ohne menschliches Zutun getötet werden. Film- und Unterhaltungsindustrie befeuern diese Entwicklung.

Illustration: Jens Bonnke

Krieg und Spiele

Die Grenzen zwischen Spiele- und Rüstungsindustrie verlaufen fließend. Mit Joysticks und Konsolen groß gewordene Computerkids eignen sich hervorragend als Operatoren von Killerrobotern und Kampfdrohnen.
Von Hauke Friederichs

Soldat Watson stirbt in einer Wüste im Nirgendwo. Getroffen von einem Scharfschützen stürzt er aus seinem gepanzerten Jeep. »K.I.A.« – »killed in action«, wie es im Militärjargon heißt. Oder, hier passender: »Game Over«. Denn der Showdown ereignet sich in einem Computerraum in Washington, wo ein junger Soldat in Tarnfleckuniform an einem Laptop sitzt. Sein digitaler Avatar, die Figur, die er durch virtuelle Landschaften steuert, »ist hin«, wie seine Kameraden feststellen. Völlig emotionslos. Schließlich können sie Watson, dessen Leiche noch auf kargem Boden liegt, mit einem Knopfdruck von den Toten auferstehen lassen.

Seit Jahren rekrutieren Armeen mit Computerspielen neue Soldaten.

»Watson ist hin« heißt ein Film des 2014 verstorbenen Künstlers Harun Farocki. Er hat US-Soldaten bei ihren Simulationsspielen aufgenommen. »Ernste Spiele« hieß eine Ausstellung mit seinen Werken im Hamburger Bahnhof in Berlin. Vielen Besuchern dürfte bei dem Gang durch die Ausstellung mit den Videoinstallationen erstmals klar geworden sein, dass Computerspiele nicht nur der Unterhaltung dienen oder das Hobby von Spätpubertierenden sind, die zu viel Zeit haben.

In Afghanistan, Syrien oder dem Irak ist der Tod hingegen eine reale Gefahr für die amerikanischen Infanteristen. Mit Computerspielen werden sie auf Auslandsmissionen vorbereitet. Auch deshalb bringen realistische Kriegsspiele für Computer und Konsolen den Herstellern hohe Millionenbeträge ein – mit ihren Umsätzen haben sie die Filmindustrie längst abgehängt. Militärs und Rüstungskonzerne suchen die Nähe zu den großen Hollywood-Studios. Dabei geht es nicht nur um Imagepflege und Werbung, sondern auch um lukrative Geschäfte und Ideen für neue Waffen und Strategien. Die Grenzen zwischen Unterhaltungsindustrie und Waffenherstellern verlaufen zunehmend fließend.

So begann Bohemia Interactive aus Tschechien etwa als reine Computerspielfirma – nun programmiert eine Tochter erfolgreich Militärsimulationen der Reihe »Virtual Battlespace« für verschiedene Streitkräfte. Entwickler von Spielen beraten in den USA mittlerweile die Politik, die Armee und die Rüstungsindustrie. Sie setzen in ihren Games ständig neue Ideen um, wie Waffen eingesetzt werden können, darunter kleine Killerdrohnen, die im Schwarm Gegner angreifen. Zudem entwickeln sie erschreckend realistische Szenarien: Terroristen erschießen Geiseln an einem Flughafen in Russland. Die Regierung in Moskau gibt dem Westen daran die Schuld, ein Konflikt eskaliert, es kommt zum Krieg. Solche Fantasien wecken das Interesse von Generälen und Waffenschmieden.

Seit Jahren bilden Armeen mit Computerspielen ihr Personal aus. Sie rekrutieren aber auch junge Erwachsene für den Dienst in der Armee. »Army 2« heißt ein Spiel der US-Streitkräfte, das für den vermeintlich coolen, spannenden und actiongeladenen Dienst in Uniform wirbt. Heranwachsende, die öfter am Computer spielen, sind für die neuen Kriege gut geeignet, etwa als Bediener von Kampfdrohnen, Robotern oder Geschützen. Viele Waffensysteme werden mittlerweile per Joystick gesteuert. Wie im Spiel schauen die »Operatoren« auf Bildschirme.

Optisch unterscheiden sich die Spiele der Armee kaum von den modernen Ego-Shootern und Konfliktsimulatoren, die es im Internet und im Fachhandel zu kaufen gibt. In beiden Formen, in den virtuellen Welten des Militärs und der Unterhaltungsindustrie, kommen echte Waffen und Fahrzeuge vor: Sturmgewehre vom Typ Kalaschnikow, Maschinenpistolen von Heckler & Koch, Panzer der amerikanischen Rüstungsriesen. Ähnlich wie bei Hollywood-Filmen und TV-Serien sollen die Rüstungsproduzenten ein großes Interesse daran haben, dass die von ihnen hergestellten Waffen gezeigt werden – und nicht die der Konkurrenz. Programmierer von Ego-Shootern arbeiten mit Rüstungsunternehmen zusammen, deren Waffen dann im Spiel mit Originallogo und Markennamen auftauchen. Sie verdienen sogar Geld durch den Verkauf von Lizenzgebühren.

Wie viel Geld hier fließt, ist unklar. Zu diesem Thema schweigen die Spielehersteller ebenso wie die Rüstungsbranche. Für die Produzenten von Kleinwaffen, die ihre Produkte auf dem wichtigen US-Markt an Schützen und Jäger verkaufen wollen, bedeuten Schießereien in der virtuellen Welt aber durchaus Werbung für reale Pistolen oder Gewehre.

Sogenannte First-Person-Shooter, die den Eindruck erwecken, der Spieler selbst laufe mit der Waffe in der Hand durch Straßenzüge oder karge Landschaften, ähneln den Trainingsprogramen von Soldaten. Mit wildem Herumgeballere allein lassen sich die meisten Missionen nicht lösen. Deckung suchen, Hinterhalte umgehen und selbst von hinten angreifen, dabei noch kleine Teams von Soldaten lenken oder im Online-Modus mit menschlichen Verbündeten gemeinsam vorgehen, das erfordert oft taktisches Geschick. Und so überrascht es nicht, dass die US-Army enge Kontakte zu Softwareherstellern pflegt. Deren Entwickler dürfen beispielsweise Schießanlagen nutzen, um den Sound verschiedener Waffen aufzunehmen. Und sie erhalten teilweise exakte technische Angaben zu neu entwickelten Panzern und Flugzeugen – hierbei kommt auch die Rüstungsindustrie ins Spiel.

Moderne Schießsimulatoren gleichen ebenfalls den Videospielen – allerdings feuern die Rekruten darin mit Waffenattrappen auf riesige Bildschirme und nicht mit der Computermaus oder dem Kontrollpad einer Konsole. Die Spiele der Militärs sind ein nicht zu unterschätzender Markt für die Rüstungsindustrie.

Auch bei der Bundeswehr trainieren Soldaten am Computer. In Bückeburg etwa, einem Standort, an dem Hubschrauberpiloten ausgebildet werden. Sie sitzen nicht wie Soldat Watson vor einem simplen Laptop, sondern in echten Cockpits. Flüge in der Realität werden durch die Simulatoren nicht ersetzt, aber gefährliche Manöver wie das Landen bei Sandsturm oder der Flug unter Strommasten hinweg lassen sich hier risikofrei üben. Wer in diesem Einsatz abstürzt, wird vom Ausbilder getadelt und von den Kameraden verspottet. Er kann aber gleich wieder abheben – ohne teure Helikopter zu beschädigen, Kerosin zu verbrauchen, die Anwohner mit knatternden Rotorblättern zu belästigen oder eben sein Leben zu riskieren. Namhafte Konzerne wie Airbus, Rheinmetall und Thales stellen solche Simulatoren her oder sind an Joint-Ventures beteiligt, die in diesem Geschäftsfeld tätig sind.

Spiele am Computer sind da viel billiger – zumal, wenn sie in Kooperation mit der Unterhandlungsindustrie entwickelt werden, die ohnehin ständig neue Software auf den Markt wirft. Außerdem sieht die Grafik der Ausbildungssimulationen besser aus als wenn Militärs allein ihre Serious Games entwickeln würden. Heutzutage stirbt Watson in der digitalen Wüste einen grafisch ansprechenden Tod. Und steigt dann wieder auf seinen Panzer, bereit für die nächste Mission, bereit für sein nächstes Ende. ■

Illustration: Jens Bonnke

Mutige Aussteiger

Ohne sie würde der weltweite Kampf gegen bewaffnete Drohnen und Kampfroboter noch in den Kinderschuhen stecken: Sogenannte Whistleblower liefern wichtige Informationen über das US-Kriegsprogramm. Von Maik Söhler

Was haben die Drohnenangriffe der USA mit der Kritik von Menschenrechtlern daran gemeinsam? Eine Debatte über Präzision. Denn nur wenn man weiß, wie Drohnenpiloten arbeiten, auf welche Informationen sie zurückgreifen, wie sie kommunizieren, wer Einsatz- und Abschussbefehle gibt, wo Kontrollinstanzen funktionieren und wo nicht, kann eine Kritik am Einsatz dieser Waffen so präzise sein, dass Verantwortliche benannt und möglicherweise auch vor Gericht gestellt werden können.

Nehmen wir zum Beispiel den Film »National Bird« der Regisseurin Sonia Kennebeck, ausgezeichnet mit dem »Amnesty International Filmpreis«. Der Dokumentarfilm kam 2016 in die Kinos. Seine Protagonisten Heather, Daniel und Lisa arbeiteten für das US-Militär oder einen der US-Geheimdienste, die an sogenannten Präventivschlägen mit Reaper- und Predator-Drohnen im Zuge des »Kriegs gegen den Terror« unter US-Präsident Barack Obama beteiligt waren.

»National Bird« erzählt, wie ihnen über die Jahre immer mehr Zweifel an ihrer Arbeit kamen. Und er beschreibt, wie die drei darunter litten, allein auf Verdachtsgrundlage zu töten. Sie wurden deshalb zu Whistleblowern, zu Ausplauderern also, zu Auspfeifern, die ihr Insiderwissen mit einer breiteren Öffentlichkeit teilten, um in Zukunft Schlimmeres zu verhindern. Weil sie am Bildschirm irgendwann die Ziele der Drohnen kaum noch als Menschen identifizieren konnte, sagt Lisa: »Ich habe einen Teil meiner Menschlichkeit verloren«.

Bereits vor der Ausstrahlung von »National Bird« haben andere Whistleblower Details des Drohnenkriegs preisgegeben. Brandon Bryant etwa, ein ehemaliger Drohnenoperator der US-Luftwaffe, machte Angaben zur Zahl der von Drohnen getöteten Menschen, darunter überwiegend Zivilisten: Als er aus dem Militärdienst ausschied, teilte man ihm mit, er sei mit seiner Arbeit an der Tötung von 1.626 Menschen beteiligt gewesen.

Außerdem dokumentierte Bryant die Bedeutung der US-Luftwaffenbasis Ramstein in Rheinland-Pfalz, einem der wichtigsten Stützpunkte des US-Drohnenkriegs (siehe Seite 21). Er belegte erstmals, dass NSA, CIA und US-Armee von dort Telekommunikationsdaten abfangen und sie unter anderem mit Hilfe des Bundesnachrichtendienstes für die Ortung von Mobiltelefonen nutzen – woraufhin ein Drohnenangriff erfolgen kann.

Whistleblower haben dafür gesorgt, dass Angehörige Klage erheben können.

Bryant arbeitet seit 2012 mit Menschenrechtsorganisationen und Verbänden zum Schutz von Whistleblowern zusammen.

Diese Informationen sind auch deshalb wichtig, weil die Entwicklung der Waffentechnologie längst von der Drohne zu anderen halb- oder vollautomatisierten Waffensystemen übergegangen ist. Halbautomatische Artilleriesysteme, Wachroboter und fahrerlose gepanzerte Autos im Dienst des Militärs existieren bereits. Geforscht und gearbeitet wird nun unter anderem an Kampfrobotern. Bereits im Jahr 2015 wandten sich mehr als tausend prominente Forscher und Unternehmer aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz und der Robotik, darunter der US-Wissenschaftler Noam Chomsky, der Tesla-Gründer Elon Musk und Apple-Mitgründer Steve Wozniak, mit einem Brief an die Öffentlichkeit. Sie warnten vor Waffensystemen, die selbstständig Entscheidungen treffen können und forderten das »Verbot offensiver, autonomer Waffensysteme ohne ernstzunehmende menschliche Kontrolle«.

Welche Gefahren solchen Waffen innewohnen, zeigte bereits vor Jahren Cian Westmoreland, einst Kommunikationstechniker bei der US-Luftwaffe. Er machte präzise Angaben darüber, wie bei der Kriegsführung mit Drohnen die Verantwortung für die Tötung von Menschen auf ein System mit mehreren Beteiligten übertragen wurde. Dabei habe die verwendete Technik dazu geführt, dass oft ein falsches Verständnis der tatsächlichen Situation vor Ort vermittelt worden sei – was vielfach zum Tod von Unbeteiligten geführt habe.

Auch das US-Portal The Intercept sammelt seit 2014 Aussagen von Whistleblowern zum »Krieg gegen den Terror«, die dem offiziellen Duktus der US-Regierung widersprechen, wonach Drohnenangriffe »präzise und saubere« Tötungen von mutmaßlichen Terroristen ermöglichten. Im Gegenteil: Drohnenpiloten können am Bildschirm oft nur schwer erkennen, wen sie angreifen. In seinem jüngst erschienen Buch »Tod per Knopfdruck« kommt der Journalist Emran Feroz, der eine virtuelle Gedenkstätte für zivile Drohnenopfer betreibt (dronememorial.com), zu ähnlichen Ergebnissen (siehe Seite 16).

Was genau unterscheidet den Drohnenkrieg von anderen Formen des Krieges? Zum einen kommen mit Raketen bestückte Drohnen in Ländern zum Einsatz, mit denen die USA offiziell keinen Krieg führen: etwa im Jemen, in Pakistan, Libyen und Somalia. Damit werden regelmäßig Kriegswaffen außerhalb von Kriegsgebieten eingesetzt. In Afghanistan und im Irak, wo die USA zwar völkerrechtswidrig, aber zumindest offiziell Krieg führten oder führen, werden Menschen getötet, weil sie im Zuge des »Kriegs gegen den Terror« in Verdacht gerieten und auf einer »Kill List« landeten.

Der US-Journalist Jeremy Scahill zitiert in »Schmutzige Kriege«, einem Standardwerk zum Drohnenkrieg, den demokratischen US-Politiker Dennis Kucinich mit den Worten: »Das Recht

Illustration: Jens Bonnke

auf einen fairen Prozess? Gestrichen. Das Recht, denjenigen gegenüberzutreten, die einen anklagen? Gestrichen. Das Recht, vor grausamer und unmenschlicher Bestrafung geschützt zu sein? Gestrichen.«

Whistleblower aus dem Militär- und Geheimdienstapparat haben daran mitgewirkt, dass der Massenmord per Drohne dokumentiert wird und Angehörige Klage erheben können. Zahlreiche Passagen und Fußnoten in Scahills »Schmutzige Kriege« und in »Killing Business«, einem Sachbuch zur CIA-Beteiligung am Drohnenkrieg des US-Journalisten Mark Mazzetti, belegen das. Auch James Risen, der für die New York Times zur nationalen Sicherheit und zum »Krieg gegen den Terror« arbeitet, greift auf Whistleblower zurück. Ob bei seinen Recherchen zum »industriellen Heimatschutzkomplex« oder zur digitalen Aufrüstung unter dem Stichwort Cyber-Security: Aus dem Apparat ausgestiegene Informanten helfen dabei, ein Gegenbild zu erzeugen zu den »drakonischen Anstrengungen der Regierung, gegen offensiven investigativen Journalismus zu Felde zu ziehen und die Wahrheit im Namen des endlosen Krieges zu unterdrücken«, schreibt Risen.

Anders als bei Kampfdrohnen mangelt es im Bereich der halb- und vollautomatisierten Waffensysteme noch an Whistleblowern, die über Fehlentwicklungen und potenzielle Gefahren aufklären. Auch dazu werden präzise Informationen nötig sein, um die rechtlichen, politischen und moralischen Grundlagen der Kritik zu verfeinern. Die Auspfeifer im Drohnenkrieg haben gezeigt, was möglich ist. Sie geben Menschenrechtlern, Medien, NGOs, Anwälten und Politikern Material an die Hand, mit dem Anhörungen im US-Senat und -Repräsentantenhaus, Einzel- und Sammelklagen sowie Entschädigungen der Opfer und ihrer Angehörigen erzwungen werden können. ■

Wer mehr wissen will:
www.dronememorial.com
www.geheimerkrieg.de
dronewars.net
theintercept.com/drone-papers
www.whistleblower.org
futureoflife.org/open-letter-autonomous-weapons

Tod per Knopfdruck

Seit Beginn des »Kriegs gegen den Terror« 2001 gehören US-Drohnenangriffe zum Alltag vieler Menschen von Afghanistan bis Jemen. Die »Todesengel« steigen auf von Stützpunkten weltweit – meist sehen ihre Piloten die Opfer nicht. **Von Emran Feroz**

Am 7. September 2013 nahm eine US-amerikanische Reaper-Drohne einen Pickup in der ostafghanischen Provinz Kunar ins Visier. Aus rund vier Kilometern Höhe beobachtete das unbemannte, mit Hellfire-Raketen ausgestattete Flugzeug das Fahrzeug, ohne Wissen der fünfzehn Insassen. Der Wagen befand sich auf dem Weg nach Gamber, einem nahegelegenen Dorf.

Für das US-Militär ist Kunar berühmt-berüchtigt, immerhin wurden in dieser Provinz, die in weiten Teilen von den afghanischen Taliban kontrolliert wird, seit dem Nato-Einmarsch Ende 2001 zahlreiche amerikanische Soldaten getötet. Womöglich war dies einer der Gründe dafür, warum die Drohnenpiloten an jenem Tag im September davon überzeugt waren, dass sich im besagten Pickup nur Militante, Terroristen oder Extremisten – mittlerweile gibt es für die Aufständischen viele Namen – befinden konnten.

Ausgeführt wurde die Operation von der Special Operations Command, jener schattenhaften Einheit des US-Militärs, die weltweit für Geheimoperationen zuständig ist und Drohnenangriffe wie den beschriebenen zum Alltag in Afghanistan gemacht hat. Wie bei jeder anderen Drohnenoperation wurde auch diese von mehreren Personen gleichzeitig ausgeführt und begleitet. An einem Kontrollpult befand sich der Pilot, der das Flugzeug via Fernsteuerung bediente, und ein Sensoroperator, der für die Kameras sowie für das Waffensystem der Drohne zuständig war. In einem separaten Raum verfolgten ein Missionskoordinator (mission intelligence coordinator) und zwei seiner Kollegen das Geschehen über mehrere Monitore. Hinzu kamen unter anderen der Chefkoordinator (intelligence tactical coordinator), der die Hauptverantwortung für die Operation innehatte, sowie sogenannte Screener, die die Lage am Boden ebenfalls mitverfolgten.

In vielen Fällen sind diese Personen Zivilisten, die für private Sicherheitsdienstleister arbeiten. Diese Privatunternehmen werden wiederum vom US-Militär beauftragt. Mittlerweile sind Unzählige in den Schattenkrieg der Vereinigten Staaten verwickelt und allgemein für das Kriegsgeschäft des Pentagons unentbehrlich geworden.

Macht über Leben und Tod

Die Verantwortlichen der Operation waren nicht vor Ort in Kunar. Stattdessen befanden sie sich Tausende von Kilometer entfernt, möglicherweise in der Creech Air Force Base in der Wüste Nevadas oder anderswo in den Vereinigten Staaten. Eine wichtige Frage, die sich hierbei stellt, ist folgende: Was sehen all diese Personen überhaupt? Können sie tatsächlich unterscheiden, ob es sich bei den Personen am Boden um Männer, Frauen oder Kinder handelt? Wissen sie, ob sie bewaffnete oder unbewaffnete Menschen sehen?

Die Antwort lautet nein. Die Bilder sind bei weitem nicht so gut, wie uns Medien und teure Hollywood-Produktionen glauben machen wollen. De facto fällt es den Drohnenpiloten oftmals schon schwer, fahrende Autos wie jenen Pickup ausreichend zu identifizieren. Viele Faktoren, etwa die Tageszeit, der Staub in der Luft oder der bewölkte Himmel, spielen hierbei eine Rolle. Die Aufzeichnungen der Gespräche der Piloten, Sen-

Drohnenpiloten fällt es schwer, ihre Ziele ausreichend zu identifizieren.

Illustration: Jens Bonnke

soroperatoren und Koordinatoren haben deutlich gemacht, dass auch Kinder und Frauen durch die Kameras kaum erkannt werden. Das gilt ebenso für Bewaffnete und Unbewaffnete.

Dennoch bestimmten diese Menschen an jenem Tag über das Schicksal der 15 Afghanen in dem Pritschenwagen. Sie hatten die Macht über Leben und Tod – und sie entschieden sich für den Tod per Knopfdruck, für die vollständige Vernichtung. Per Fernauslöser wurden die Hellfire-Raketen gezündet und das Leben von 14 der 15 Insassen, allesamt Zivilisten, ausgelöscht. Nur ein kleines Mädchen, die damals vierjährige Aisha, überlebte. Doch bei dem Angriff verlor das afghanische Mädchen nicht nur ihre Familie, sondern auch ihr Gesicht. Es wurde zerfetzt und entstellt.

»Hast du von dem Angriff gehört, der auf der Straße nach Gamber stattfand?«, wurde Meya Jan, Aishas Onkel, kurze Zeit später am Telefon von einem Bekannten aus dem Nachbardorf gefragt. Meya Jan hatte ein ungutes Gefühl im Bauch. Er hatte Angst um seine Schwester Tahera, deren Ehemann Abdul Rashid, seinen einjährigen Neffen Jundullah und um Aisha. Gemeinsam mit anderen Dorfbewohnern begab er sich zum Tatort. Dort fand er nur noch Aisha lebendig vor. Sie wurde in ein Krankenhaus in der nahegelegenen Stadt Asadabad gebracht. Doch die Ärzte vor Ort konnten Aishas Wunden lediglich reinigen und stellten fest, dass sie durch den Angriff ihr Augenlicht verloren hatte. Die Ärzte sagten Meya Jan, dass sie für Aisha aufgrund ihrer schweren Verletzungen nichts mehr tun könnten. Noch am selben Abend organisierten sie den Transport nach Jalalabad, der Hauptstadt der Provinz Nangarhar. Dort, so hieß es, bestünde die Hoffnung, Aisha besser helfen zu können.

Töten auf Befehl

Doch auch in Jalalabad wirkten die Ärzte hoffnungslos und sagten, dass ein moderneres Krankenhaus notwendig sei. Nach vier Tagen Behandlung wurde Aisha mittels eines Hubschraubers und dank der Hilfe von UNAMA – der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan – nach Kabul gebracht. Dort konnte sie zwar besser behandelt werden, allerdings wurde ihr Fall von der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe der Nato (ISAF) übernommen. Das Schicksal des Mädchens hatte sich bereits herumgesprochen. Es hieß, dass wieder einmal afghanische Zivilisten durch US-amerikanische Luftangriffe getötet worden seien. Aisha befand sich nun im französischen Militärkrankenhaus nahe dem Kabuler Flughafen. Auch der damalige Präsident Afghanistans, Hamid Karzai, erfuhr von Aisha und besuchte sie.

Als Karzai sah, was von Aishas Gesicht übrig war, fing der Präsident an zu weinen. »In diesem Moment wünschte ich mir, dass sie mit ihrer Familie gemeinsam gestorben wäre«, sagte er sichtlich erschüttert in einem Interview mit der Washington Post. Doch Aisha lebte – und für jene, die von ihrer Geschichte erfuhren, wurde ihr entstelltes Gesicht zum Symbol des US-Drohnenterrors in Afghanistan.

Das, was Aisha widerfahren ist, kann nur als Terroranschlag bezeichnet werden. Es ist eine Art von Terror, die nicht nur in Afghanistan, sondern auch in vielen anderen, mehrheitlich muslimischen Ländern mittlerweile zum Alltag geworden ist. Für viele Menschen sind die Drohnen, die über ihre Häuser fliegen, zu etwas Normalem geworden. Sie sind stets da, sie überwachen jede Bewegung, und sie schlagen zu. Die summenden Drohnen mit Raketen, die wortwörtlich nach dem Feuer der Hölle (hellfire) benannt sind, bestimmen über Leben und Tod.

Obwohl die Drohnen von der einheimischen Bevölkerung mittlerweile verschiedene Namen erhalten haben, hat sich vor allem der Name »Todesengel« durchgesetzt. So werden die Killermaschinen von einigen Paschtunen in Afghanistan sowie in Pakistan genannt. Es waren allerdings keine Engel, die Aisha an jenem Tag ihr Gesicht und ihre Familie raubten, sondern Menschen, die stundenlang in einem engen Raum am Joystick sitzen. Wie in einem Computerspiel verfolgen sie Menschen auf ihrem Monitor und töten auf Befehl, bevor sie ihre Schicht beenden und in den Feierabend gehen.

Illustration: Jens Bonnke

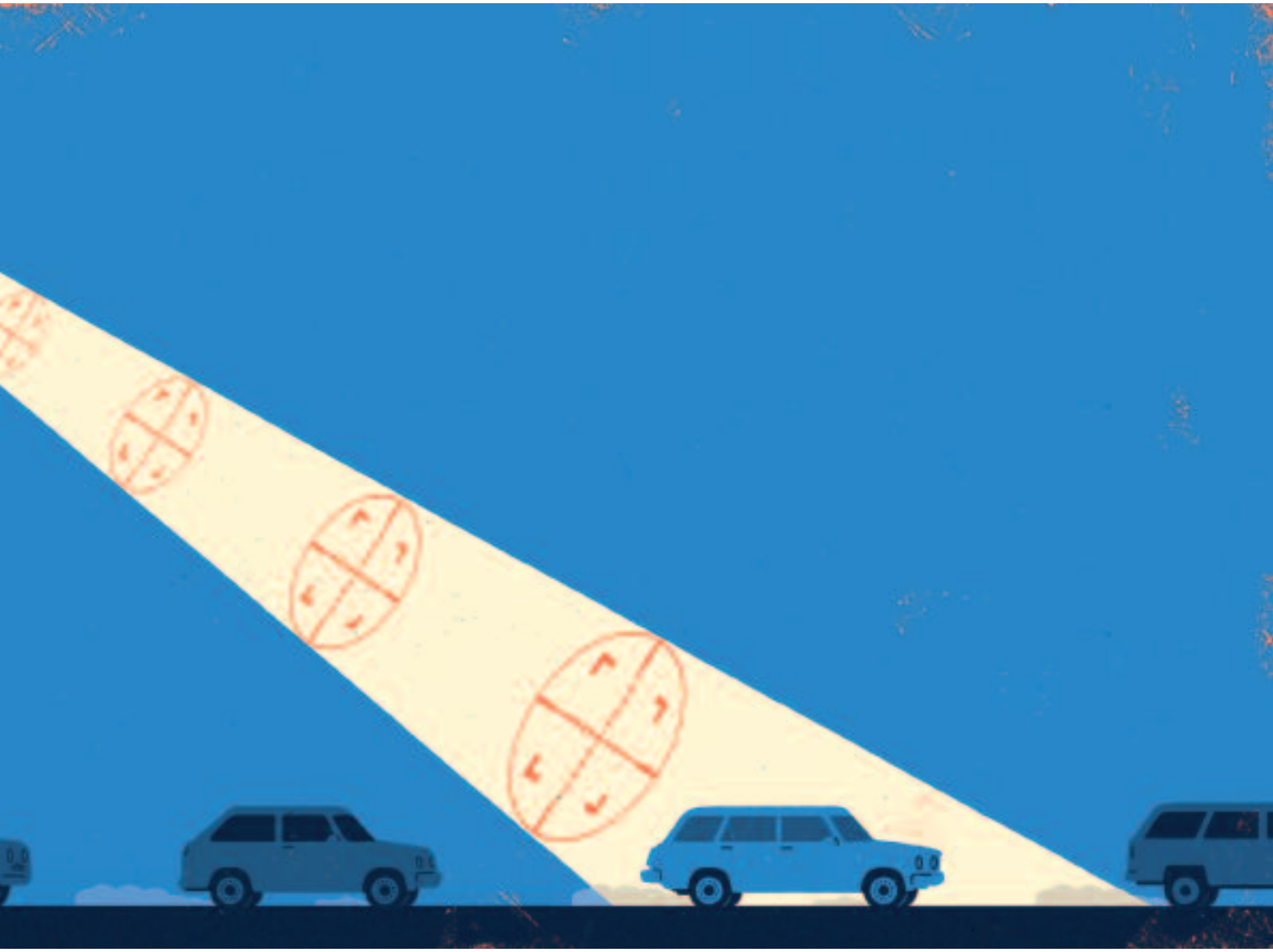
»Todesengel« werden Kampfdrohnen in Pakistan und Afghanistan genannt.

Die Geschichte des globalen Drohnenkrieges der USA begann am 7. Oktober 2001 in Afghanistan. Es war jener Tag, an dem die sogenannte Operation »Enduring Freedom« (Anhaltende Freiheit) der Nato im Land begann. Die westliche Staatengemeinschaft wollte unter der Führung der USA den Afghanen Demokratie und Menschenrechte bringen. Zur Unterstützung hatten Afghanistans Nachbarstaaten, Länder wie Pakistan, Usbekistan und Tadschikistan, bereits im Vorfeld erklärt, Washingtons »Krieg gegen den Terror« zu unterstützen. Eine Form dieser Unterstützung war die Bereitstellung von Militärbasen sowie des Luftraums. So kam ausgerechnet im Schatten dieser Pläne zum ersten Mal eine Waffe zum Einsatz, die die Werte und zivilisatorischen Errungenschaften des Westens vollkommen negiert.

An jenem Tag hatten US-Piloten im Combined Air Operations Centre in Saudi-Arabien ein Haus in der südafghanischen Stadt Kandahar, dem Machtzentrum der damaligen Taliban-Regierung, im Visier. Das Ziel der Operation war Mullah Mohammed Omar, der damalige Führer und Gründer der Taliban. Auch im Pentagon in Washington sowie in der CIA-Zentrale in Langley wurde das Geschehen live mitverfolgt. Die Predator-Drohne, die bei dem Einsatz gesteuert wurde, war mit zwei leichtgewichti-

AMNESTY-LEITPRINZIPIEN FÜR DIE VERWENDUNG UND WEITERGABE BEWAFFNETER DROHNEN

- Staaten müssen sicherstellen, dass der Einsatz bewaffneter Drohnen dem Völkerrecht und internationalen Standards entspricht und insbesondere das Recht auf Leben sicherstellt.
- Staaten müssen die vollständige Transparenz bei bewaffneten Drohnenoperationen gewährleisten.
- Staaten müssen robuste Überwachungsmechanismen für den Einsatz bewaffneter Drohnen einführen.
- Staaten müssen die Rechenschaftspflicht für Einsätze bewaffneter Drohnen sicherstellen.
- Staaten müssen strenge Kontrollen bei der Weitergabe von bewaffneten Drohnen einführen.
- Staaten sollen sich für die Einführung regionaler und internationaler Standards zur Regelung des Einsatzes und der Weitergabe von bewaffneten Drohnen einsetzen.
- Staaten sollen eine sinnvolle Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entwicklung von Standards zum Einsatz und Transfer bewaffneter Drohnen sicherstellen.



gen Hellfire-Raketen ausgestattet und startete vom Luftwaffenstützpunkt Khanabad im Süden Usbekistans.

Im Umfeld des Hauses, in dem die Amerikaner den Taliban-Führer vermuteten, waren mehrere Menschen zu sehen. Plötzlich schoss eine Hellfire-Rakete der Drohne in die Menge. Menschen wurden zerfetzt, Körperteile flogen durch die Luft. Jemand hatte auf den Knopf gedrückt. »Who the fuck did that?«, war die erste Reaktion eines hochrangigen Militärs, der das Geschehen in Saudi-Arabien mitverfolgte.

Verfehlte Ziele

Bis heute ist nicht bekannt, wer für den ersten US-amerikanischen Drohnenangriff verantwortlich war. Grund hierfür sind vor allem die Verstrickungen in der Kommandostruktur des US-Militärs, der CIA und der Nato, die im Krieg in Afghanistan zu einem schwer zu durchschauenden Geflecht an Verantwortlichkeiten geführt hat. Hierarchie und Handlungsbefugnisse bleiben für Außenstehende oftmals unklar. In vielen Fällen, wie auch dem beschriebenen, ist später nicht mehr nachzuvollziehen, wer zu was berechtigt war, wer über wen das Sagen hatte und wem letztendlich die Hauptverantwortung zuzuschreiben ist. Insbesondere betrifft dies das Zentralkommando der Vereinigten Staaten, die CIA, das Weiße Haus sowie das Pentagon.

Noch weniger wurde bekannt über jene Menschen, die durch den Angriff am 7. Oktober 2001 getötet wurden. Bestätigt wurde hingegen, dass das eigentliche Ziel des Angriffs, Mullah Omar, erfolgreich fliehen konnte. Er starb erst über ein Jahrzehnt später eines natürlichen Todes.

Seit diesem Tag gehören Drohnen-Angriffe zum Alltag in vielen Regionen Afghanistans. Darüber hinaus sollte dieser erste Angriff zum Exempel werden für all die Angriffe in den darauffolgenden Jahren, die im Schatten der Weltöffentlichkeit stattfanden. Bereits der erste Drohnenangriff verfehlte sein Ziel und tötete Menschen, deren Geschichte und Identität nie bekannt wurden.

Dieses Szenario wiederholt sich seit nun mehr als 16 Jahren immer und immer wieder. Unterdessen hat sich der Schauplatz des Drohnenkrieges massiv ausgeweitet. Er findet nicht nur am Hindukusch oder in den Bergen Nordwaziristans statt, sondern auch in den Wüsten Jemens und Somalias sowie im Irak und in Syrien – Regionen, die viele Menschen im Westen seit einigen Jahren nur noch mit Krieg und Terror assoziieren. Dabei ist nicht außer Acht zu lassen, dass für all dieses Blutvergießen nicht nur Extremisten, Milizen oder anderweitige bewaffnete Aufständische wie die Taliban, al-Qaida oder der Islamische Staat verantwortlich sind.

Schuld auf sich geladen haben auch Politiker im Westen, die die Kriege in jenen Regionen mit zu verantworten haben und während ihrer Amtszeiten als politische Entscheidungsträger zur Militarisierung der eigenen Gesellschaften beigetragen haben. Die Kriegsführung mit bewaffneten Drohnen ist letztlich das logische Resultat jener technisch-militärischen Aufrüstung. Hinzu kommen weitere Gräuel des »Kriegs gegen den Terror«, etwa das Foltergefängnis in Guantánamo sowie andere Folterreinrichtungen, die von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten im Laufe der Jahre errichtet wurden und in vielen Regionen der Welt zu finden sind – oder die mittlerweile ebenfalls zum Kriegsalltag gewordenen, verdeckten Einsätze von amerikanischen Spezialkommandos.

Für die Menschen in den betroffenen Regionen, seien es nun Afghanen, Jemeniten oder Somalier, werden all diese Dinge lediglich als eines betrachtet, nämlich als Terror. Sie unterscheiden nicht, ob ihre Familien durch Autobomben von al-Qaida oder durch Hellfire-Raketen einer Predator-Drohne getötet wurden. Dieser Unterschied wird nur von jenen gemacht, die sich im Recht sehen, mit aller Rücksichtlosigkeit das Leben von Millionen Menschen zur Hölle machen. Der ehemalige US-Präsident Barack Obama, der das Drohnenprogramm sowie den Schattenkrieg der USA entscheidend ausgeweitet hat, schien sich sehr wohl bewusst zu sein über den Schrecken, den sein Drohnenkrieg verbreitete: »Ich bin wohl ganz gut im Töten«, soll er Zeitungsberichten zufolge vor seinen Beratern gescherzt haben.

Verdeckte Operationen

Ende 2017 fand der Drohnenkrieg der USA in mindestens sieben Staaten statt: Afghanistan, Pakistan, Irak, Syrien, Jemen, Libyen und Somalia. Unterschieden wird in der Regel zwischen sogenannten konventionellen Kriegszonen und jenen Gebieten, in denen offiziell kein Krieg herrscht, aber verdeckte Operationen der CIA stattfinden. In diesen Ländern herrscht, so die Argumentation, inoffiziell Krieg. Demnach gelten auch gewisse Kriegsrechte. Afghanistan ist seit dem Sturz der Taliban-Regierung Ende 2001 im Kriegszustand; Irak seit dem Sturz Saddam Husseins 2003 bis zum Abzug der US-Truppen 2009 und erneut seit 2014, als die von Washington angeführte Militärkoalition »Inherent Resolve« begann, gegen den Islamischen Staat vorzugehen – ebenso wie in Syrien. In Libyen, Somalia, Jemen und Pakistan herrscht offiziell kein Krieg, in den die USA involviert sind, weshalb die dortigen Drohnenangriffe der CIA um einiges kritischer betrachtet werden.

Der von Washington begonnene »Krieg gegen den Terror« hat in den vergangenen Jahren allerdings gezeigt, dass er keine Grenzen kennt. De facto wurde die ganze Welt zum Kriegsgebiet erklärt. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein bis dato einzigartiges Imperium: Kein Land der Welt hat jemals mehr Militärbasen auf dem Globus errichtet. Während sich in den USA keine einzige ausländische Militärbasis finden lässt, gibt es über 800 US-Militärbasen im Ausland, 174 Einrichtungen davon in Deutschland, 113 in Japan, 83 in Südkorea.

Hunderte weitere lassen sich über die ganze Erde verteilt finden, darunter etwa in Zentralasien, Afrika sowie im Nahen Osten. Weltweit unterhalten die USA zum gegenwärtigen Zeitpunkt mindestens 60 Drohnen-Basen, die für den Geheimkrieg Washingtons unabdingbar geworden sind. Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass weitere im Geheimen existieren. ■

De facto haben die USA die ganze Welt zum Kriegsgebiet erklärt.

Mit freundlicher Genehmigung des Westend-Verlags entnommen aus Emran Feroz: Tod per Knopfdruck. Das wahre Ausmaß des US-Drohnen-Terrors oder Wie Mord zum Alltag werden konnte, Westend-Verlag, Frankfurt/Main 2017

»Deutschland verstößt gegen Völkerrecht«

Andreas Schüller vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) über die deutsche Rolle beim weltweiten Einsatz von Drohnen.

Interview: Markus Bickel

Unter Donald Trump ist der Einsatz von Kampfdrohnen ausgeweitet worden. Welche Rolle spielt dabei der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein?

Der US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein in Rheinland-Pfalz ist ein Knotenpunkt für den Datenaustausch mit Drohnen via Satellit. Von dort werden Daten an den jeweiligen Einsatzort der Kampfdrohne, wie den Jemen, gesendet und ebenso wieder empfangen. Von Ramstein aus erfolgt dann der Austausch per Glasfaserkabel in die USA. Nur so können größere zeitliche Verzögerungen vermieden werden, die Drohnenangriffe in Echtzeit unmöglich machen würden. Zudem gibt es zahlreiche Analysten, die von Ramstein aus Drohnenbilder auswerten, um Angriffsziele zu bestimmen, und ihre Ergebnisse an die Drohnenpiloten weitergeben.

Verstößt Deutschland damit gegen das Völkerrecht?

Die USA haben der Bundesregierung im August 2016 offiziell bestätigt, dass der Stützpunkt in Ramstein im globalen Drohnenprogramm eine wichtige Rolle spielt und intensiv genutzt wird. Zudem sind die Rechtspositionen der USA und die Einsatzpraxis von Drohnen bekannt. Zusammengenommen führt dies dazu, dass Deutschland wissentlich die völkerrechtswidrige Praxis der USA maßgeblich unterstützt. Ohne den Stützpunkt in Ramstein würde die Durchführung der Drohneneinsätze erheblich erschwert sein.

Eine vom ECCHR initiierte Klage von Mitgliedern der jemenitischen Familie Bin Ali Jaber ist von deutschen Gerichten abgewiesen worden. Gibt es noch Chancen auf eine Verurteilung in anderer Instanz?

Die Klage der Familie Bin Ali Jaber ist momentan vor dem Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in Münster anhängig. Dort geht es unter anderem um die Frage, ob die Bundesregierung genug unternimmt, um das Recht auf Leben der Familienmitglieder zu schützen. Die zunehmende Zahl der Luftangriffe der USA durch Kampfdrohnen im Jemen und die Auflockerung von Standards, die zivile Todesopfer bei Drohnenangriffen vermindern sollten, deuten nicht darauf hin. Wir hoffen auf einen mündlichen Verhandlungstermin Anfang 2018.

Prüft das ECCHR weitere Klagen, etwa im Zusammenhang mit Opfern von Drohnenangriffen in Somalia, Pakistan oder Afghanistan?

Das ECCHR prüft alle Möglichkeiten, Strafanzeigen zu stellen oder Klagen einzureichen. Dies betrifft neben Drohnenangriffen auch Luftschläge, etwa der Anti-IS-Koalition in Syrien und im Irak, deren Mitglied Deutschland ist. Hierbei geht es um Vorsichtsmaßnahmen bei Angriffen, um Zivilisten zu schützen, die Qualität der Aufklärungsmaßnahmen hinsichtlich von Angriffszielen, bevor Angriffe ausgeführt werden, und die Ermittlung nach Luftschlägen, wenn es Hinweise gibt, dass Zivilisten zu Schaden gekommen sind. Je nach den Umständen eines Angriffs kommen Schadenersatzansprüche oder Strafanzeigen in Betracht. Das ECCHR hat gerade in dem Fall eines italienischen Mitarbeiters der Welthungerhilfe, der in Pakistan von einer US-Drohne getötet worden ist, vor der italienischen Justiz interveniert und weitere strafrechtliche Ermittlungen gegen die Täter gefordert.

Im Luftraum über dem Irak und Syrien ist Deutschland im Rahmen der Operation »Inherent Resolve« durch Tornado-Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr beteiligt. Ist dieser Einsatz völkerrechtskonform?

Es gibt eine Reihe von Zweifeln an der Völkerrechtsmäßigkeit dieses Einsatzes. Dabei ist zwischen dem Einsatz im Irak und in Syrien zu unterscheiden. Während es von der irakischen Regierung eine Einladung zum Einsatz gibt, fehlt die Zustimmung Syriens. Terroristische Anschläge, wie diejenigen in Frankreich, sind nicht ausreichend, um als Angriff qualifiziert zu werden, der das Recht auf kollektive Selbstverteidigung aus der UN-Charta als Ausnahme vom Gewaltverbot auslösen würde. Ebenso fehlt es an einer klaren Resolution des UN-Sicherheitsrats, die den Gewalteinsatz zulassen würde.

Wie lässt sich der Trend völkerrechtswidriger militärischer Unterstützungshandlungen durch Deutschland aufhalten – rechtlich wie politisch?

Es ist wichtig, dass Deutschland dazu beträgt, die internationale Rechtsordnung wieder zu stärken. Dies geschieht aber nicht dadurch, dass willkürlich je nach Einsatzlage das Völkerrecht neu interpretiert oder durch Auslegung über alle Maßen strapaziert wird. Dies trägt vielmehr zu einer Erosion völkerrechtlicher Normen bei, die langfristig einer globalen Weltordnung schaden und die völkerrechtlich geordneten, nicht rein machtbasierten internationalen Beziehungen auf die Probe stellen. Daher ist es wichtig, nicht nur die völkerrechtlichen Ausnahmen zum grundsätzlichen Gewaltverbot in engen Grenzen auszulegen, sondern diese Position auch anderen Staaten gegenüber immer wieder klar und deutlich zu vertreten. ■

Foto: privat

Still und verstörend

Der Filmemacher Osama Khaled dokumentiert die Grauen des Drohnenkriegs im Jemen. Im Schatten der arabischen Militärallianz haben die USA ihre Angriffe 2017 ausgeweitet. **Von Markus Bickel**

Wenn er erst einmal anfängt zu erzählen, sprudelt es nur so aus ihm heraus. Dann beschreibt Osama Khaled jedes Detail, lässt Szenen aus seinen Dokumentarfilmen lebendig werden, so, als säße man gerade selbst dem Vater gegenüber, der bei einem Drohnenangriff seinen Sohn verlor. Und er teilt seine Empörung über einen Krieg mit, der den Jemen seit bald drei Jahren in Atem hält – und für den sich die Welt nicht interessiert. Empörung darüber, dass niemand hilft, obwohl 20 der 28 Millionen Jemeniten dringend Nahrungsmittelhilfen brauchen. Obwohl Hunderttausende an Cholera erkrankt sind, darunter gut die Hälfte Kinder.

Doch meistens ist der 24-Jährige wie seine Filme: still und zurückhaltend. »Ich glaube, dass Bilder mehr erzählen können als Worte«, sagt Khaled bei einem Spaziergang durchs winterliche Berlin, wo er auf Einladung der Artists-in-Residence-Initiative Diwan al-Fan einen Monat arbeitete. »Ich will den Opfern Raum lassen zum Erzählen, um dem Publikum das Gefühl zu geben, dass es nicht nur einer Fragestunde des Filmemachers beiwohnt.«

Das gelingt Khaled immer wieder. In Kurzfilmen für Nichtregierungsorganisationen wie Save the Children oder Jemens Mwatana Organization for Human Rights, die ihn engagierten, um endlich Aufmerksamkeit zu erzeugen für den vergessenen Krieg im Armenhaus der arabischen Welt. Und in »Waiting for Justice«, seinem ersten Dokumentarfilm über den Drohnenkrieg, den die Vereinigten Staaten bereits seit 2002 im Jemen führen: Mitten hinein in die traditionelle Gesellschaft der südlichen Provinz Baida führt Khaled darin die Zuschauer – und öffnet ihnen verschlossene Türen. »Ich hätte selbst nicht geglaubt, dass die um den Verlust ihrer Söhne trauernden Eltern so offen mit mir reden würden«, sagt er über seine Reise ins Kernland von Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (Aqap).

Mindestens 125 Drohnenangriffe, gesteuert von Camp Lemonnier in Djibouti und einer geheimen Basis in Saudi-Arabien, flogen die USA 2017 im Jemen – viermal so viele wie im Vorjahr, was auf eine Lockerung der Regelungen unter Präsident Donald Trump zurückzuführen ist. Mit einer Rede von dessen

Vorgänger Barack Obama beginnt »Waiting for Justice«, der darin sagt: »Wir greifen nur Al-Qaida und Verbündete an, keine Zivilisten.«

Als er in Baida drehte, war das Surren der Drohnen Tag und Nacht zu hören, erzählt Khaled. Und die Empörung über jene seltsame Spezies Angreifer allgegenwärtig, die ihre vermeintlichen Feinde selbst auf dem Bildschirm nicht identifizieren können. »Vielleicht töten sie zwei oder drei Al-Qaida-Kämpfer, aber gleichzeitig kommen zehn oder 15 Zivilisten um«, sagt in dem Film Hussein Nasser al-Khushin, der bei einem Drohnenangriff seinen Sohn Sanad verlor, als dieser auf der Rückfläche eines Pickups gerade auf dem Weg zur Arbeit war.

Hunderte Familien gebe es inzwischen, die dasselbe Schicksal teilten wie seine Gesprächspartner, so Khaled. Verarmt und ohne Aussicht auf Frieden lebten die meisten Bewohner Baidas im Ruch, mit Al-Qaida unter einer Decke zu stecken. Seine Recherchen belegen das Gegenteil. »Viele Menschen, mit denen ich sprach, hassen Al-Qaida aus dem gleichen Grund wie sie die USA hassen: Die einen behaupten, den Islam zu verteidigen, die anderen, lediglich Terroristen zu treffen. Doch am Ende töten beide Zivilisten.«

Khaled kam 1993 in Jemens Hauptstadt Sanaa zur Welt, drei Jahre nachdem sich der sozialistische Süden mit dem Norden des Landes vereint hatte. Doch die kriegerischen Auseinandersetzungen, die die Jahrzehnte zuvor geprägt hatten, endeten damit nicht: Ein Abspaltungsversuch südlicher Sezessionisten wurde 1994 gewaltsam niedergeschlagen, 2000 sprengte Al-Qaida das US-amerikanische Kriegsschiff USS Cole im Hafen von Aden in die Luft, 2004 begannen Kämpfe zwischen der Armee und zaiditisch-schiitischen Gruppen, die sechs Jahre andauerten. Und seit der Eroberung Sanaas durch die Huthis im September 2014 tobt ein neuer Konflikt, Luftangriffe durch die von Saudi-Arabien geführte Militärallianz sind Teil des Alltags.

Illustration: Jens Bonnke

»Ich dachte immer, im Krieg zu leben sei normal.«
Osama Khaled

»Hier in Berlin gehe ich durch zwei Schocks: Zum einen leben alle in Frieden, was ja eigentlich normal ist«, sagt Khaled. »Nur dachte ich immer, es sei normal, im Krieg zu leben.« Mangelnde Bereitschaft, sich das vorzustellen, könnte ein Grund sein, warum der Jemen ein unsichtbarer Fleck auf der Landkarte westlicher Medienbetrachter geblieben ist, vermutet er. Schließlich seien dort, anders als in Afghanistan und Irak, keine deutschen oder amerikanischen Soldaten im Einsatz, die von ihren Erfahrungen berichten könnten, zumindest nicht auf dem Boden.

Außerdem arbeite seitens der Politik niemand ernsthaft an einem Frieden, das habe der jüngste gescheiterte Vermittlungsversuch durch den UN-Sondergesandten Ismail Ould Cheikch Ahmed im August 2016 gezeigt. Den Regierungen der wichtigsten Rüstungsexporteure – USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland – wirft er zudem vor, »den Saudis die Werkzeuge zu geben, um Familien und Kinder zu töten«.

Weil der Krieg noch lange nicht vorbei sei, sagten ihm in Sanaa viele, dass er sich damit nicht dokumentarisch beschäftigen solle, erzählt Khaled. Doch für ihn sei Filmen eben auch Therapie; ohne die Kamera hätte er es nicht geschafft, sich aus den Depressionen zu lösen, die ihn seit Kriegsbeginn 2015 immer wieder plagten. Sein neuester, Anfang 2018 erwarteter Film, »The Helmet«, ist deshalb auch sein bislang persönlichster: Um den Alltag von Bombardements, Rettungseinsätzen, Strom- und Nahrungsnot zu entkommen, begann er, an einem Multimediahelm zu basteln. Zunächst allein, um sich selbst und seine Fantasie abzuschotten gegen das Grauen des Kriegs.

Als er aber merkte, dass viele Menschen in seiner Umgebung ganz ähnlich mit ihrem Kriegsalltag umgingen, schlossen sie sich zusammen – und bauten neue blinkende Helme, um ihre eigene Wirklichkeit zu schaffen. Ein Science-Fiction-Film voller Musik sei es, woran das Team nun arbeite, ein Projekt zur Verteidigung der eigenen Vorstellungskraft. »Wir wollen zeigen, dass junge jemenitische Künstler der Welt viel besser erklären können, was in ihrem Land passiert, als heuchlerische Politiker.«

Khaleds Filme erzählen aber noch mehr. Auf stille und vielleicht gerade deshalb so verstörende Weise zeigen sie, wie die weltweite Arbeitsteilung von Verteidigungs- und Unterhaltungsbranche funktioniert: hier, in den Metropolen des Westens, die Kampfspiele am Computer, dort, im globalen Süden, der tödliche Krieg. Dass die Grenzen dabei immer mehr verwischen, mag auf den ersten Blick nicht ersichtlich sein. Doch Khaled verweist darauf, wenn er in »Waiting for Justice« die Sicht des Drohnenkommandeurs auf der fernen US-Basis auf den Pickup nachstellt, der mit einem Mausklick Sanad al-Khushin und seine Kollegen tötet. Die Strategie des Screenens, Verfolgens und Zielens, die in der Bewegung des Cursors zum Vorschein kommt, hat längst auch unseren Alltag erfasst; die Robotiker der Überwachung weiten sie stetig aus. ■

Operation Seepferdchen

Als erster afrikanischer Staat wird Libyen an das EU-System zur Überwachung des Mittelmeers angeschlossen. Der Verkauf von Grenzsicherungselektronik an Tripolis beschert der europäischen Rüstungsindustrie Millionenprofite.
Von Matthias Monroy

Neu sind die Pläne nicht: Schon kurz nach dem Sturz von Machthaber Muammar al-Gaddafi 2011 hatte die Europäische Union versucht, die libyschen Grenzkontrollzentren in europäische Überwachungssysteme zu integrieren. Die Küstenwache des nordafrikanischen Mittelmeeranrainers sollte an das Mediterranean Border Cooperation Center (MEBOCC) angeschlossen werden, das seinen Sitz in Rom hat. In Echtzeit hätten die libyschen Beamten von ihren Kollegen an den nördlichen Rändern des Mittelmeers dann mit Informationen versorgt werden können, um die Flucht von der libyschen Küste vor allem Richtung Italien zu unterbinden.

Darum geht es der EU bis heute. Bereits im Jahr nach Gaddafis Tod hatten Vertreter der ersten Nachrevolutionsregierung deshalb eine Erklärung unterzeichnet, entsprechende Lagezentren in der Hauptstadt Tripolis und der einstigen Rebellenhochburg Bengasi zu errichten. Die EU-Kommission erklärte sich im Gegenzug bereit, eine Ausschreibung für gemeinsame Infrastruktur aufzusetzen, die sowohl technische Ausrüstung wie Software für die libyschen Grenzbehörden umfassen sollte. Der Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Rebellengruppen durchkreuzte 2014 diese Pläne jedoch.

Nun aber, knapp sieben Jahre nach Beginn des Aufstands gegen Gaddafi im März 2011, könnte der Traum europäischer Grenzschützer von einer Einbindung des gescheiterten Staats in ein Netzwerk satellitengestützter Überwachung des Mittelmeers doch noch Wirklichkeit werden. So schlossen sich schon vergangenes Jahr die EU-Mittelmeeranrainer (Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Malta, Griechenland und Zypern) zum Netzwerk »Seahorse Mediterranean« zusammen – mit der Absicht, die Migration über das Mittelmeer einzudämmen. Warum, ist klar: Mehr als 100.000 Menschen, die 2017 die italienische Küste erreichten, hatten zuvor von libyschen Stränden abgelegt. Die meisten kamen aus Nigeria, Guinea, der Elfenbeinküste und Mali; mindestens 3.000 überlebten die Flucht über die zentrale Mittelmeerroute nicht.

Die Küstenwache könnte bald Zugriff auf das Überwachungssystem Eurosur bekommen.

Libyen hat sowohl das Internationale Übereinkommen zum Schutz menschlichen Lebens auf See (SOLAS) als auch das Internationale Übereinkommen über Seenotrettung (SAR-Übereinkommen) unterzeichnet. Die Verträge regeln die Aufgaben der zuständigen Staaten in einer Such- und Rettungsregion (SAR). Die zuständigen libyschen Behörden und Milizen kommen den in den Abkommen niedergelegten Verpflichtungen aber bislang nicht nach. Dazu zählt unter anderem, eine SAR-Zone vor ihren Hoheitsgewässern auszuweisen und eine Rettungsleitstelle zu schaffen, die dort für die Koordinierung von Einsätzen der Küstenwache zuständig ist.

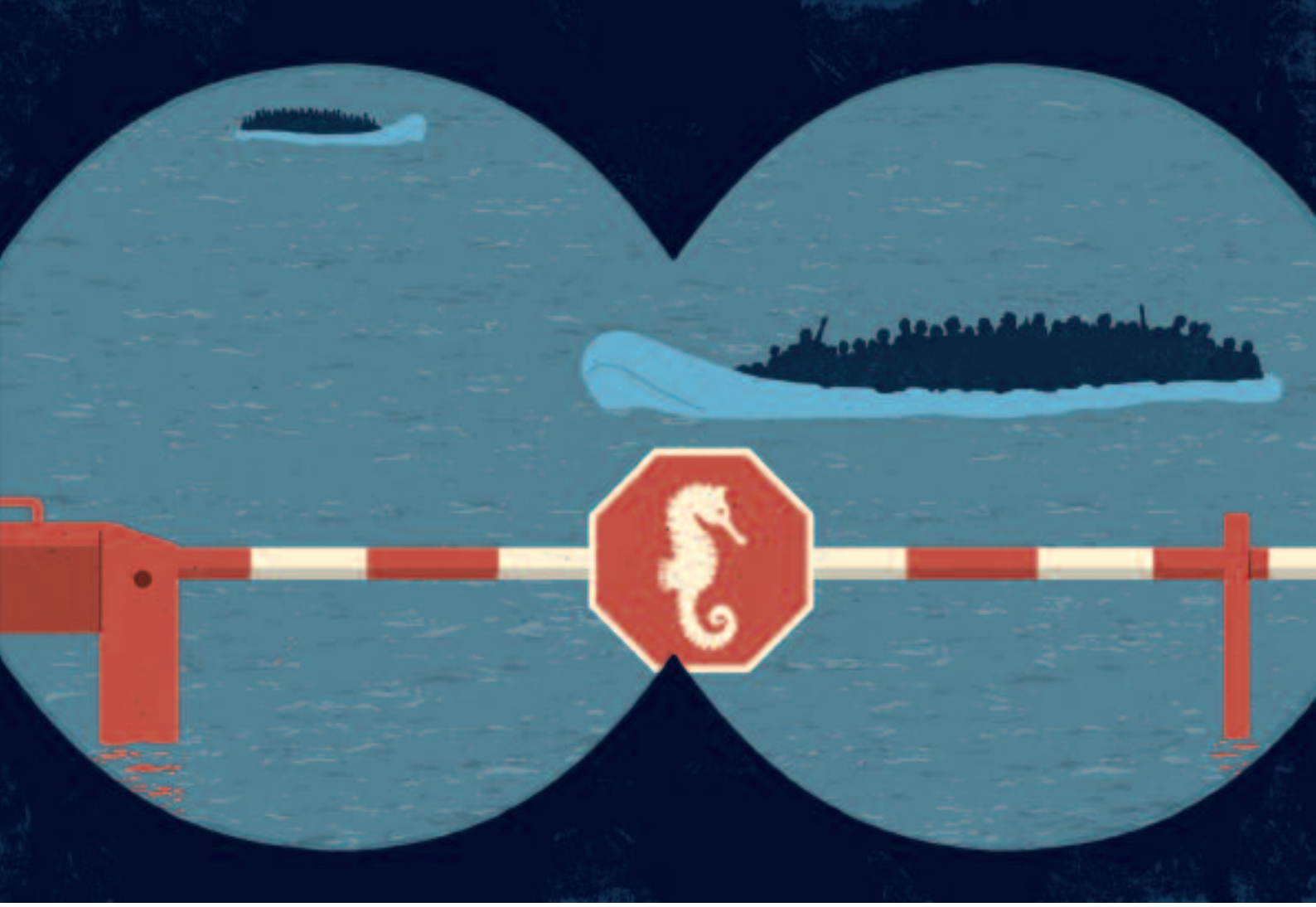
Um die EU in ihrem erklärten Ziel, effizienter gegen Schleuser vorzugehen, zu unterstützen, gab die international anerkannte, vom Westen unterstützte Regierung des libyschen Premierministers Fajis al-Saraj im Sommer 2017 die Einrichtung einer 74 Seemeilen breiten SAR-Zone bekannt. Ihre Koordinaten wurden der zuständigen Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) mitgeteilt und dort um eine offizielle, internationale Ankündigung dieser Zone gebeten.

Dabei ging es jedoch nur vordergründig um die Seenotrettung. Anders als Schiffe der EU-Militärmission Eunavfor Med etwa dürfen die libyschen Patrouillenboote die an Bord genommenen Geflüchteten zurück aufs Festland bringen, ohne damit das völkerrechtlich verankerte Zurückweisungsverbot zu verletzten. Für Hunderttausende Flüchtlinge und privat organisierte Rettungsmissionen, die wiederholt von Einheiten der Küstenwache beschossen wurden, dürfte die Schaffung einer solchen Koordinierungsstelle deshalb ein Alptraum sein.

Inzwischen hat Libyen den Antrag auf die Benennung der Such- und Rettungsregion vorläufig zurückgezogen. Im Dezember 2017 ließ die IMO durchblicken, dass ohne eine Rettungsleitstelle die Voraussetzungen für eine internationale Eintragung der SAR-Zone nicht gegeben seien.

Unterstützt von Italien will die Regierung in Tripolis jedoch bald einen neuen Antrag bei der IMO einreichen. Unterstützt wird sie dabei von der EU. Die Kommission in Brüssel hatte 2016 italienische Grenzbehörden damit beauftragt, eine erste Machbarkeitsstudie zum Aufbau einer libyschen Seenotrettungsleitstelle zu erstellen. Kurz darauf hatten die Regierungen in Rom und Tripolis ein Migrationsabkommen geschlossen. Zentraler

Illustration: Jens Bonnke



Bestandteil: die Ausstattung mit Radareinrichtungen und Drohnen sowie die Bereitstellung von Ausrüstung und Ausbildung. Bis 2023 sollen die libyschen Behörden laut italienischem Innenministerium 285 Millionen Euro für den Ausbau der Grenzanlagen erhalten, aus Rom wie aus Brüssel.

Welche Firma den Zuschlag bekommt, ist noch unklar. Sowohl der deutsch-französische Airbus-Konzern als auch die italienische Firma Leonardo und das deutsche Sicherheitsunternehmen Signalis sind an der Entwicklung und Vermarktung entsprechender Anlagen beteiligt. Ihre Plattformen sind beliebig erweiterbar und können Systeme zur Küstenüberwachung, Schiffsbeobachtung oder Koordinierung von Rettungsmaßnahmen integrieren – ein Wachstumsmarkt, der durch die weitere Militarisierung der EU-Außengrenzen über Jahre Profite in Millionenhöhe sichern dürfte.

Je nach Ausstattung können die Überwachungssysteme Bilder aus der optischen oder radarbasierten Satellitenaufklärung einbinden. Auch Navigationsdaten des Automatischen Identifikationssystems (AIS) sowie des Systems zur Identifizierung und Verfolgung über große Entfernungen (LRIT) können zur Identifikation von Schiffen genutzt werden. Hinzu kommen Radaranlagen, Kameras und Infrarotsensoren, die entweder fest installiert an der Küste oder von Schiffen und Flugzeugen aus zur Verbesserung des Lagebildes beitragen. Schiffe können so auf offenem Meer oder im Hafen verfolgt und überwacht werden. Eine Software soll automatisch erkennen, ob ein Schiff als verdächtig gilt, weil es einen ungewöhnlichen Kurs nimmt oder mit einer auffälligen Geschwindigkeit unterwegs ist.

Was für einen lukrativen Markt der Ausbau des europäischen Grenzregimes bedeutet, hatte bereits 2010 die irische Firma Transas erkannt, die für 18 Millionen Euro ein Seeverkehrsmanagementsystem an die Regierung Gaddafis verkaufte. Es sollte die Überwachung der 2.000 Kilometer langen Küste mit ihren 15 Häfen durch zwei Kontrollzentren in Tripolis und Bengasi sichern – dank modernster Grenzsicherungselektronik. Als »Herz des Projekts« bewarb Transas seine Software »Navi-Harbour 4.3«, die unter anderem für eine »Reduzierung« illegaler Migration sorgen würde.

Sollten die unter Gaddafi installierten Grenzüberwachungsanlagen in den vergangenen Jahren nicht zerstört worden sein, könnten sie im Rahmen von »Seahorse Mediterranean« weiter genutzt werden. Als erstes nichteuropäisches Mitglied des von den EU-Mittelmeeranrainern gebildeten Netzwerks könnte die berüchtigte libysche Küstenwache zudem bald Zugriff auf Informationen der »Fusion Services« des europäischen Überwachungssystems Eurosur bekommen. Die Aufklärungsdaten kommen unter anderem von EU-Militärmissionen, der EU-Grenzagentur Frontex, aber auch vom US-Kommando Africom in Stuttgart sowie vom EU-Satellitenzentrum SatCen.

Die Zusammenarbeit dürfte dabei nicht auf Libyen beschränkt bleiben, weitere nordafrikanische Länder sollen folgen. Unter der Projektbezeichnung »Seahorse 2.0« finanziert die Europäische Kommission die ebenfalls geplante Anbindung von Tunesien, Algerien und Ägypten mit zehn Millionen Euro. ■

Menschen töten ohne Menschen

Autonome Waffensysteme revolutionieren die Kriegsführung. Nur ein Verbot kann verhindern, dass Menschen als Entscheidungsträger wegfallen. **Von Mathias John**

Galten sie vor kurzem noch als Erfindungen aus Science-Fiction-Filmen, rücken tödliche autonome Waffensysteme zu Land, zu Wasser und in der Luft immer näher. Denn Fortschritte bei der künstlichen Intelligenz im zivilen Bereich treiben auch die militärische Entwicklung voran: Diese hat zum Ziel, eine menschliche Waffensteuerung durch autonome Systeme zu ersetzen. Erste Waffensysteme mit weitgehender Autonomie sind in der Flugabwehr bereits im Einsatz. Weit fortgeschritten ist zudem die Entwicklung von autonomen Drohnen und von Bodenfahrzeugen für Polizei oder Militär mit Überwachungstechnik, aber auch von sogenannten nicht-tödlichen Waffen wie Tränengas oder Gummigeschossen.

Amnesty International und andere Nichtregierungsorganisationen fordern ein vorsorgliches Verbot autonomer Waffensysteme, bevor weiter Fakten geschaffen werden. Selbst Manager aus Unternehmen im Bereich Robotik und künstlicher Intelligenz warnen vor einem Wettrüsten bei autonomen tödlichen (Lethal autonomous weapons systems, LAWS) und weniger tödlichen (Less lethal autonomous weapons systems, LLAWS) Waffensystemen. Sie sind längst nicht mehr nur Gegenstand von Forschung und Entwicklung, sondern auch von rechtlichen und militärtaktischen Diskussionen.

Angesichts der rasanten technischen Entwicklungen verläuft die diplomatische Auseinandersetzung um die Regulierung und Kontrolle dieser Systeme jedoch erschreckend zäh. Sie wird derzeit vor allem im Rahmen der UN-Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (Convention on Certain Conventional Weapons, CCW) geführt. Zwar gibt es nach Jahren informeller Beratungen endlich eine formelle Gruppe bei der CCW, aber deren erstes Treffen 2017 brachte kaum Ergebnisse. Hier muss endlich eine substanzielle Diskussion beginnen.

Die Mühen auf der diplomatischen Ebene beginnen schon bei der Definition autonomer Waffensysteme sowie deren rechtlicher und ethischer Bewertung. Denn sie sind anders als herkömmliche bewaffnete Drohnen. Diese enthalten zwar semiautonome Technik und können selbstständig ein Zielgebiet anfliegen, bleiben aber doch von Menschen gelenkt, die den Waffeneinsatz steuern.

Von Menschen gesteuerte Drohneneinsätze müssen deshalb das humanitäre Völkerrecht einhalten und bei der Wahl ihrer Ziele zwischen Zivilbevölkerung und Kombattanten unterscheiden, willkürliche und unterschiedslose Angriffe sowie Kollateralschäden vermeiden und den Schutz von Zivilisten und zivilen Objekten sicherstellen. Verstoßen die für einen Einsatz verantwortlichen Menschen gegen diese rechtlichen Verpflichtungen, können sie grundsätzlich zur Verantwortung gezogen werden.

Anders ist es bei autonomen Waffensystemen, die grundsätzlich dazu dienen sollen, eigenständig zu überwachen und als feindlich erkannte Geschosse, Fahrzeuge und Menschen selbstständig auszuschalten. Bereits im Einsatz sind Systeme, deren autonome Aktivitäten noch durch menschliches Eingreifen gesteuert werden können. Ein Angriff wird durch einen Menschen ausgelöst, nachdem das System eine Bedrohung erkannt hat.

Die weitgehende Kontrolle wie bei herkömmlichen Drohnen entfällt, doch gibt es noch eine menschliche Entscheidungsoption, die von der Lagebewertung und dem Angebot der Ziele durch das technische Assistenzsystem abhängig ist. Der Fachbegriff dafür lautet human-in-the-loop: Der Mensch in der Schleife wählt aus, was das System bekämpft. Im autonomen Waffensystem hingegen wird der Mensch völlig aus dem Entscheidungsprozess entfernt: human-out-of-the-loop. Die Maschine erfasst und bewertet die Lage, identifiziert mögliche Ziele und entscheidet selbstständig über den tödlichen Waffeneinsatz.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch weisen seit Jahren auf die Risiken autonomer Waffensysteme hin, nachdem sie in den vergangenen Jahren beobachten konnten, wie bewaffnete Drohneneinsätze gegen Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht verstießen. Daher wurde schon 2013 die internationale Kampagne »Stop Killer Robots« gegründet, um die Öffentlichkeit über die Risiken autonomer Waffensysteme zu informieren und internationale Regelungen herbeizuführen.

In der internationalen Diskussion gibt es eine sehr optimistische Position, die im Vertrauen auf die Entwicklung künstlicher Intelligenz davon ausgeht, dass autonome Waffensysteme die Regeln des humanitären Völkerrechts besser einhalten würden als Menschen – zumal sich menschliche Entscheidungen diesbezüglich immer wieder als unzulänglich erwiesen haben. Andere lehnen Regelungen für Waffensysteme mit der Begründung ab, dass noch niemand genau wisse, wie sie zu definieren seien.

Amnesty International, zahlreiche weitere zivilgesellschaftliche Organisationen und einige Staaten teilen diesen Optimismus nicht. Sie sehen dringenden Handlungsbedarf für ein globales vorsorgliches Verbot von tödlichen und »weniger tödlichen« autonomen Waffensystemen. Sie bezweifeln, dass autonome Waffensysteme die Grundprinzipien der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts überhaupt einhalten können. Die Übernahme menschlicher Verantwortung und Rechenschaftspflicht wären dann nicht mehr möglich.

In der Flugabwehr sind nahezu autonome Systeme bereits im Einsatz.

Damit wären solche autonomen Waffen aus sich heraus unethisch, sie stünden im Widerspruch zum humanitären Völkerrecht und müssten daher verboten werden. Aus Sicht von Amnesty stellen autonome Waffensysteme außerdem eine fundamentale Herausforderung für das internationale Menschenrechtssystem dar, weil sie die Menschenwürde, das Recht auf Leben und das Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht angemessen achten würden. Die wichtigste Forderung bleibt deshalb die Einführung eines präventiven Verbots von Entwicklung, Transfer, Stationierung und Verwendung von tödlichen und weniger tödlichen autonomen Waffensystemen. Die Diskussion darf nicht auf die militärische Nutzung und das humanitäre Völkerrecht beschränkt bleiben, auch menschenrechtliche Implikationen von autonomen Waffensystemen müssen berücksichtigt werden. ■

Mathias John ist Sprecher der Koordinationsgruppe Rüstung, Wirtschaft und Menschenrechte von Amnesty Deutschland. Seit 2015 ist er im ehrenamtlichen Amnesty-Vorstand zuständig für die Länder- und Themenarbeit der deutschen Sektion.

Illustration: Jens Bonnke

09. AMNESTY INTERNATIONAL MENSCHENRECHTSPREIS

FEIERLICHE PREISVERLEIHUNG

16. APRIL 2018, 20 UHR
VOLKSBÜHNE BERLIN

EXKLUSIVE VERLOSUNG: 5 x 2 TICKETS ZU GEWINNEN

Sei dabei, wenn wir den Amnesty-Menschenrechtspreis am 16. April zum neunten Mal verleihen. In diesem Jahr ehren wir die Mitarbeiterinnen des ägyptischen Nadeem-Zentrums für ihren unermüdlichen und furchtlosen Einsatz im Kampf gegen Folter und Gewalt. Obwohl die Behörden ihre Klinik geschlossen haben, denken sie nicht daran, mit der Arbeit aufzuhören. Mit dem Preis möchten wir ihr mutiges Engagement würdigen.

Feiere zusammen mit Menschen aus Politik, Kultur und Gesellschaft die Menschenrechte und triff mit etwas Glück die diesjährigen Preisträgerinnen persönlich.

Die Preisverleihung ist nur für geladene Gäste und es gibt keine Eintrittskarten im freien Verkauf. Daher verlosen wir exklusiv 5 x 2 Tickets unter den Leser_innen des Amnesty Journals.

Schreib einfach bis zum 20. Februar 2018 eine formlose E-Mail mit dem Betreff „Menschenrechtspreis 2018“ an **verlosung@amnesty.de** und nimm automatisch an der Verlosung teil.

Viel Glück!

AMNESTY INTERNATIONAL

Die he
Rebellen vo

Übertünchte Wunden. Mossul im September 2017.

eimlichen on Mossul

Drei Jahre lang beherrschten die Dschihadisten des Islamischen Staats die nordirakische Millionenmetropole. Doch nicht alle Bewohner gehorchten deren Verbot von Zigaretten, Musik und Handys. Seit der Befreiung der Stadt am Tigris wagen sich die heimlichen Rebellen wieder ans Tageslicht. Aus Mossul berichten Theresa Breuer (Text) und Jacob Russell (Fotos)

Wenn Amar Hamdiyeh an das Mossul vor dem Islamischen Staat denkt, beschreibt er eine Rose. Jede Blüte habe für eine Gemeinschaft gestanden, die hier zu Hause war: Für Sunniten, Schiiten und Christen, die friedlich miteinander lebten. Eine kostbare Blume, getränkt von den Wassern des Tigris, in dem er so gern mit seinen Freunden schwimmen ging. Doch die Schergen des Islamischen Staats hätten die Rose zerrissen, ihre Blätter verwelken lassen.

Amin Mokdad hatte schon lange vorher eine Ahnung, dass mit seiner Heimatstadt etwas nicht stimmte. In seiner Kindheit, als er Musiker werden wollte und in ganz Mossul kein Musikgeschäft fand. In seiner Jugend, als islamistische Gruppen die Stadt mit Anschlägen terrorisierten. Und im Studium, im Jahr 2010, als er endlich einem alten Mann ein Cello abgekauft hatte und ihn bei einem Konzert bärtige Männer fragten, warum er nichts Sinnvolles mit seiner Zeit anfange.

Mohammed Haddad hatte sich früher nie Gedanken über seine Stadt gemacht. Er war noch ein Kind, als der IS in Mossul einfiel. Es sollte noch ein paar Jahre dauern, bis er seine Unschuld verlieren würde.

Amar Hamdiyeh, Mohammed Haddad und Amin Mokdad kennen sich nicht, aber sie alle eint etwas: Sie haben sich gegen den Islamischen Staat aufgelehnt, der drei Jahre über Mossul herrschte, jeder auf ganz andere Art. Jeder von ihnen hat Verletzungen erlitten und versucht jetzt, nach der Befreiung, zu so etwas wie Normalität zurückzufinden.

Kampf gegen die Langeweile

Im Sommer 2014 war die Terrororganisation in die zweitgrößte Stadt des Iraks eingerückt, hatte die Armee in die Flucht geschlagen und ihr Regime etabliert. Viele Bewohner begrüßten die sunnitischen Islamisten. Doch dann kamen die strengen Kleidervorschriften. Das Verbot von Zigaretten, Musik, Handys. Später die öffentlichen Hinrichtungen. Nicht alle nahmen die Unterdrückung hin. Auf vielen Ebenen wuchs auch der Widerstand. Menschen widersetzten sich dem Rauch- und Trinkverbot. Sie widersetzten sich der intellektuellen Erstickung. Oder, wie Amar Hamdiyeh, der Langeweile.

Wer zu dem 28-jährigen Tattookünstler gelangen will, fährt durch eine bizarre Stadt. Der Verkehr im Ostteil staut sich schon wieder, während am Straßenrand noch die Skelette ausgebombter Autos liegen. Auf den Balkonen von Häusern voller Einschusslöcher hängt Wäsche zum Trocknen. Amar Hamdiyehs Tattoostudio liegt in einer kleinen Seitenstraße im Viertel Karama. Es ist nicht viel mehr als eine Einbuchtung in der Wand, heiß und stickig. Ein Dutzend junger Männer in Trainingsanzügen drängt sich auf den abgewetzten Sofas im Raum. Sie zeigen einander ihre Tattoos und rauchen Kette. In der Ecke liegen Hunderte Zigarettenstummel.

Gerade sind keine Kunden da. Der Osten Mossuls wurde schon im Januar 2017 befreit, der große Ansturm auf das Studio ist vorbei. »Will jemand ein Tattoo?«, fragt Hamdiyeh deshalb in die Runde. »Klar«, sagt ein junger Mann namens Danun. »Wie

Rohe Stiche. Amar Hamdiyeh in seinem Tatoostudio in Mossul.

wär's denn mit ›Ich liebe meine Mama‹ auf Deutsch?« Mit einem blauen Filzstift schreibt Hamdiyeh den Satz auf Danuns Arm. Er desinfiziert weder Haut noch Maschine, sondern legt einfach drauflos. Die Nadel sticht die schwarze Tinte in die Haut, fünf Minuten später ist das Tattoo fertig.

Als der IS herrschte, musste Hamdiyeh sein Handwerk verstecken. Auch Tätowierungen fielen unter das Bilderverbot. »Ich wusste, dass sie mich hart bestrafen würden«, sagt er, »aber was sollte ich machen, es ist nun mal meine Leidenschaft.« Bereits mit zwölf habe er mit dem Tätowieren begonnen, inspiriert durch einen Künstler in der Nachbarschaft. Sein erstes Versuchskaninchen war er selbst. Mit feinen Messern ritzte er die Tattoos damals. Heute ist er am ganzen Körper tätowiert. Aber sein erstes Tattoo, der rotgrüne Drache auf seinem rechten Bein, ist noch immer sein liebstes.

Hamdiyeh erzählt, dass er sich eigentlich den Regeln fügen wollte, als die Islamisten anrückten. »Ich dachte, sie bringen vielleicht etwas Gutes.« Doch dann zertrümmerten die Kämpfer die Billardtische in seinem Lieblingscafé. Zwangen die Männer im Viertel, sich einmal die Woche in einer Reihe aufzustellen, damit IS-Anhänger Bartlänge und Kleiderordnung überprüfen konnten. Hamdiyeh und seine Freunde verloren ihre Arbeit, weil die Fabriken in der Stadt schlossen. Früher hatte er in seiner Freizeit Motorräder repariert, Handybilder mit Mädchen ausgetauscht, war im Tigris geschwommen. Nun begann er, seine Freunde zu tätowieren, heimlich, bei sich zu Hause. Fremde durften nur auf Empfehlung kommen.

Hamdiyeh wirkt älter als 28, obwohl er kaum größer als 1,50 Meter und mager ist. Viele seiner Freunde sehen müde aus und verlebt. Das, was er sticht, ist roh, unscharf, improvisiert. Den jungen Männern geht es nicht um feinsäuberliche Ästhetik. »Tattoos sind ein großes Versteckspiel«, sagt Amar. »Man weiß nicht, wo sie beginnen und wo sie enden, und was sie bedeuten, bleibt dem überlassen, der das Tattoo trägt.«

In einer Gesellschaft, in der ein falsches Wort den Tod bedeuten kann, sind Tattoos eine Möglichkeit, sich auszudrücken. Das Maschinengewehr auf seinem rechten Arm: der Sound des Terrors. Der Skorpion auf dem linken: das Gift, mit dem der Islamische Staat Mossul infiziert hat. Der Totenschädel: ein Symbol für mörderische Ideologien, die in den Köpfen von Menschen überall auf der Welt entstehen.

Die Tattoos bedeuteten auch Gefahr. Es galt die Regel: Wer mit einem Tattoo erwischt wird, verrät nicht, wer es gestochen hat. Aber im Sommer 2015 bricht ein Freund das Versprechen. »Ich hatte ihm Flammen auf den Arm tätowiert«, erzählt Hamdiyeh, »und der Typ ging direkt danach im Tigris schwimmen. Natürlich wurde er gesehen.« Wenige Tage später standen zwei Männer vor Hamdiyehs Wohnungstür und befahlen ihm, mitzukommen. Er wehrte sich nicht gegen die 70 Peitschenhiebe im Hinterhof einer Polizeistation. »Meinem Verräter erging es schlimmer. Der musste sich den Kämpfern anschließen und ist bei der Befreiung Mossuls gestorben.«

Die Narben der vergangenen Jahre sind deutlich sichtbar. Einige haben Hamdiyeh und seine Freunde sich selbst zugefügt. Wenn sie trinken, ritzen sie ihre Haut mit Rasierklingen, über Gefühle sprechen sie nicht. Auch Hamdiyeh hat frische Schnittwunden an Stirn und Bauch. »Wenn uns Unrecht widerfährt, wenden wir die Aggression nach innen«, sagt er.

Hamdiyehs Waffe war die Nadel, mit ihr bekämpfte er die Langeweile.

Zurück unterm Korb. Mohammed Haddad im September 2017 in Mossul.

Nachdem der IS Hamdiyeh erwischt hatte, hörte er für einige Monate auf mit dem Tätowieren. Dann machte er weiter. »Wir sind junge Männer«, wirft einer seiner Freunde ein. »Wir wollen Spaß haben und mit Frauen abhängen. Unter dem IS sahen alle Frauen aus wie Ninjas.« Wurde die Langeweile zu groß, schluckten sie Pillen, von denen sie nicht wussten, was sie enthielten. Sie mischten Alkohol aus der Apotheke mit Energydrinks und wankten high durch die Straßen.

Hamdiyehs Waffe war die Nadel, mit ihr bekämpfte er die Langeweile. Die Waffe von Mohammed Haddad war eine Pistole, Kaliber neun Millimeter, seinen echten Namen zu nennen wäre zu gefährlich. Denn mit ihr übte er Rache. Für die Männer in seinem Viertel, die verschwanden. Für seine Kumpel, die beim Fußballspielen fluchten und auf der Stelle hingerichtet wurden. Und für seinen besten Freund, den die Fundamentalisten erschossen, weil er seinen Bruder in Bagdad angerufen hatte.

Muqawama heißt Widerstand

»Halt den Kopf unten«, hatte sein Vater ihm eingeschärft. Aber Haddad wollte nicht zur schweigenden Masse gehören. »Ich wäre lieber in Würde gestorben.« Also schloss er sich im Frühjahr 2015 einer Widerstandsgruppe an. Er war damals 15 Jahre alt und ein guter Schütze. Zu den Picknicks am Wochenende hatte seine Familie oft Waffen mitgenommen, man schoss zum Spaß auf Pepsidosen, ein ganz normaler Zeitvertreib im Irak.

Meshal Ghazi, 29, ist der Anführer einer der Sunnitenmilizen, der Nabi Younes Resistance Group. Früher arbeitete Ghazi als Polizist in Mossul und jagte, wie er sagt, Terroristen von Al-Qaida. Als der IS anrückte, musste er fliehen und baute aus dem Exil seine Truppe auf, 47 Männer, zwei Frauen. Alle seien Zivilisten gewesen. Friseure, Taxifahrer, Kellner. Mohammed Haddad kannte Ghazi über seinen älteren Bruder. »Zwei Monate habe ich gebettelt, bevor Meshal mich endlich aufgenommen hat«, sagt er. Jetzt sitzen die beiden in einem Haus, das kürzlich noch einem Emir des IS gehörte. Aber statt der religiösen Bücher liegen Handgranaten im Regal.

Ghazi erzählt, dass er sein Auto verkauft habe, um den Widerstand zu finanzieren. Seine Mitstreiter bekamen Mobiltelefone und Motorräder und sammelten Informationen über IS-Kämpfer. Diese gab er an das US-Militär weiter, das Luftanschläge flog. Zum Beweis legt er ein Papier vor, das ihn als Mitarbeiter der Koalitionsstreitkräfte ausweist. Die Gruppe agierte in Dreier- und Viererteams. Nachts sprühten sie den Buchstaben M an Häuserwände, für »Muqawama«, Widerstand. Ghazi zeigt Videos davon auf seinem Handy. »Eine Spielerei«, sagt er. Nicht so die wirklich wichtigen Missionen, für die er seine zwölf stärksten Männer auswählte: Sie sollten IS-Kämpfer töten.

Mohammed Haddad sieht nicht aus wie ein Killer. Eher wie das Mitglied einer Boyband. Er ist groß und schlank, trägt zerrissene Jeans und Sneakers. Als die irakische Armee Mossul zurückerobert hatte, ging der 17-Jährige als Erstes zum Friseur, um sich einen Undercut schneiden zu lassen. Er lächelt charmant, als er sagt, dass er seiner Familie natürlich nichts von den Ereignissen im Frühjahr 2016 erzählt hat.

Wochenlang hatte er damals die Bewegungen von Abu Obeida beobachtet, eines IS-Mannes, der jeden Freitag im Shallalat-Distrikt beten ging. Das Gebiet liegt im Norden Mossuls und ist für seinen guten Mobilfunkempfang bekannt. Bewohner, die heimlich Verwandte anrufen wollten, kamen hierher. Andere, um irakischen Sicherheitsbehörden Informationen zu geben. Abu Obeida kam, um diese Menschen umzubringen.

Als der IS-Scherge an jenem Freitgabend aus der Moschee trat und in eine Seitenstraße einbog, war Haddads Moment gekommen. Der Fahrer seines Toyotas fuhr auf einer Höhe mit Abu Obeida, machte für wenige Sekunden neben ihm halt. Dreimal feuerte er seine Waffe ab, traf ihn zweimal in die Brust, einmal in den Kopf. Dann fuhren sie schnell um zwei Straßenecken und fädelten sich wieder in den Verkehr ein.

»Den Abzug zu drücken war einfach«, sagt Haddad. Die Schüsse erlösten ihn von der aufgestauten Wut. Auf der Fahrt nach Hause habe ihn dann ein Taubheitsgefühl überkommen. Und eine Ahnung, dass er etwas getan hatte, das sein Leben für immer verändern könnte. In der Dunkelheit seines Zimmers

überfiel ihn Todesangst. »Ich bekam keine Luft mehr«, sagt er. Er rief Ghazi an. »Sie werden mich finden und mir den Kopf abschneiden«, sagte er zu ihm. Die halbe Nacht versuchte Ghazi, den Jungen zu beruhigen. »Zwei Tage lang konnte ich nicht essen, nicht schlafen«, sagt Haddad. Aber niemand kam, um ihm den Kopf abzuschneiden. Am dritten Tag begann er, sich zu entspannen. Zwei andere von Ghazis Leuten wurden im Kampf gegen den IS erwischt, beide auf der Stelle erschossen.

Für ihn ist der Kampf noch lange nicht vorbei. »Letztes Jahr waren Tausende Kämpfer in der Stadt«, sagt er. »Die sind nicht alle geflohen oder gestorben.« Mit seinen Männern ist er weiter auf der Jagd, sie sammeln Bilder von IS-Anhängern und gehen Tipps nach. Und wenn sie einen finden? »Dann bringen wir ihn um«, sagt Ghazi. »Der IS hat im Gefängnis nichts verloren.«

»Entschuldigung«, unterbricht Haddad das Gespräch, »aber ich muss jetzt los zum Basketballtraining.« Fast jeden Tag spielt er mit seiner Mannschaft, jetzt, wo er wieder darf. Er träumt davon, eines Tages Profi zu werden, fast drei Jahre Training hat er verpasst. Auf dem Weg zur Halle fährt er an Arbeitern vorbei, die »I love Mosul« und »Peace« an eine Überführung malen. Die Schicht des Friedens, der Zivilisation, die über Mossul liegt, fühlt sich sehr dünn an. An unzähligen Checkpoints stehen schiitische Milizionäre, die über Lautsprecher laut ihre Lieder spielen.

Die Musik, mit der Amin Mokdad rebellierte, war ungewöhnlich für einen klassischen Musiker. Als der Islamische Staat in Mossul einfiel, trug er sein Cello auf das Dach seines Hauses und spielte die einzige Melodie, mit der er in diesem Moment seiner Wut und Verzweiflung Ausdruck verleihen konnte: »Thunderstruck« von AC/DC. Seine Waffe gegen den IS war der Bogen.

Drei Jahre später spielt Mokdad nicht mehr in Mossul, sondern auf der Rashid-Straße in Bagdad, der einstigen Prachtmeile der irakischen Hauptstadt. Mit zwei befreundeten Musikern hat sich der 28-Jährige vor einem alten Kino platziert. Sobald die erste Melodie erklingt, bleiben die Menschen stehen. Hier spielt Mokdad Beethovens neunte Symphonie, eine Ode an die Freude, begleitet von einem Beatboxer und einem Studenten, der auf einer persischen Daf trommelt. Schweiß läuft ihnen von der Stirn, es ist 50 Grad heiß, aber das macht nichts. Mit jeder Note versammeln sich mehr und mehr Schaulustige. Sie filmen mit ihren Handys, Taxifahrer hupen, Pick-up-Trucks mit bewaffneten Soldaten jubeln den Musikern zu. Nach fünf Liedern beendet Mokdad das Konzert. »Die Leute müssen hungrig bleiben.«

Foto: Theresa Breuer

Flucht nach Bagdad. Amin Mokdad im Künstlerkollektiv Tarkib.

Zwei Jahre lang musste Mokdad seinen Hunger nach Musik unterdrücken.

Er kennt den Hunger nach Musik zu gut. Mehr als zwei Jahre lang musste er ihn unterdrücken. Mokdad war zunächst mit seiner Familie aus Mossul nach Bagdad geflohen, doch nach wenigen Monaten kehrte er zurück zu seinem Cello und der Violine. »Ich wusste, dass der IS Musik als Teufelswerk betrachtete, aber ich konnte nicht ohne meine Instrumente leben.«

Während auf den Straßen die Schergen des IS patrouillierten, schuf er sich im Haus der Familie sein eigenes Reich. Er legte Kissen im Wohnzimmer aus, hängte Gemälde an die Wand, stellte Bücher ins Regal. Ein buntes Paradies in einer zusehends düsteren Welt. In diesem Reich schrieb Mokdad Geschichten und komponierte Musik. Jede Note war für ihn ein Akt der Rebellion. »Ich fühlte mich den Barbaren überlegen, machte sie mit meiner Kunst lächerlich«, sagt er.

Dann aber, am 16. Juli 2016 um elf Uhr abends, klopfte es an der Tür. »Metall auf Holz«, erinnert er sich. Er lugte durch das Küchenfenster und sah einen bärtigen Mann mit Pistole in der Hand. »Öffne die Tür oder ich bringe dich um«, brüllte er, schubste ihn zur Seite und ging ins Wohnzimmer, in dem, so formuliert es Mokdad, »all meine Verbrechen lagen«. Drei Stunden dauerte das Verhör. Sie befahlen ihm, sich bei der Religionspolizei zu melden. Mokdad wusste, dass der IS Menschen schon für weniger umgebracht hatte. Er kletterte aus dem Fenster und floh zu einem Onkel. Dort versteckte er sich, bis die irakische Armee den Osten Mossuls befreite.

Zurück will er trotzdem nicht, zu tief sitzt die Angst. Dass jemals wieder echter Frieden in Mossul einkehrt, glaubt er nicht. Doch er glaubt fest daran, dass Musik gebrochene Seelen heilen kann. »Deshalb spiele ich auf der Straße: um die Menschen daran zu erinnern, dass es auch Schönheit auf der Welt gibt.«

Einfach nur spielen

Tattookünstler Amar Hamdiyeh, für den Mossul einst eine prächtige Rose war, will lieber nicht über die Zukunft nachdenken. Er könne sie sowieso nicht beeinflussen, sagt er. Solange es genug Pillen und Schnaps gebe und niemand vor der Tür stehe, um ihn auszupeitschen, sei schon alles in Ordnung.

Mohammed Haddad wird weiter bei seiner Familie wohnen, bis er heiratet, wahrscheinlich wird er in einer Fabrik arbeiten, so wie die meisten in seinem Umfeld. »Manchmal fühlen sich die letzten Jahre an wie ein böser Traum«, sagt er im Auto, auf dem Weg zum Basketballtraining. »Aber ich bin trotzdem stolz auf das, was ich getan habe.« Er bereue nur, nicht noch mehr IS-Kämpfer getötet zu haben. Dann steigt er aus und verschwindet in der Halle, um zu spielen. Wie ein ganz normaler Junge. ■

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: **www.amnesty.de/app**

»Assad stieß nie auf Widerstand«

Der frühere UN-Sonderermittler Detlev Mehlis über die strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen im Syrien-Krieg.

Interview: Markus Bickel

Warum kann der syrische Diktator Baschar al-Assad seit Jahren Verbrechen begehen, ohne Strafe fürchten zu müssen?

Aus denselben Gründen, aus denen es auch sein Vater konnte: Die Weltgemeinschaft – heute wohl nur noch Russland – meint irrig, nur das Assad-Regime könnte für irgendeine Art von Stabilität in Syrien sorgen. Dem ist natürlich nicht so, und auch politischer Pragmatismus sollte moralische Grenzen haben. Es muss einmal der Punkt kommen, wo man sagt: mit diesen Verbrechern nicht. Russland kann man sicher mit bestimmten Garantien, wie der Zusicherung dauernder Militärpräsenz in Tartus, befriedigen. Persönlich denke ich, dass die Strafe für Assad und seine Mittäter irgendwann kommen wird; international oder national.

Haben die Vereinten Nationen zu früh auf die Androhung militärischer Gewalt nach Artikel VII der UN-Charta verzichtet?

Die Drohung allein bringt es nicht, wenn man nicht bereit ist, Gewalt auch anzuwenden. An diesem Willen fehlt es. Man mag über Russland in diesem Zusammenhang denken, was man will – ich sehe es differenzierter als die meisten. Aber immerhin hat sich Russland zugetraut, überhaupt Soldaten in das Land zu schicken. Ich bin insoweit kein Insider, aber hat es jemals Gespräche über eine internationale militärische Kooperation in Syrien gegeben? Die USA hatten kein politisches Interesse an einer Intervention, Europa nach seinen Libyen-Erfahrungen und wie üblich erst recht nicht. Allein Russland entschied sich für boots on the ground.

Eine UN-Kommission hat Beweise dafür vorgelegt, dass das Regime hinter mindestens 16 Giftgasangriffen allein im vergangenen Jahr steckt. Wie lassen sich diese juristisch ahnden?

Über den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, was jedoch nicht sehr realistisch ist. Das Gericht ist aufgrund seiner Struktur und Zuständigkeit wenig effizient. Die Schaffung eines Sondertribunals liegt auch nicht nahe. Wenn bei diesen Angriffen Ausländer getötet wurden, könnten nationale Strafverfolgungsbehörden zuständig sein. Die beste Lösung ist, den Sturz des Regimes abzuwarten und die Strafverfolgung dann einer unabhängigen syrischen Justiz zu überlassen, die allerdings erst noch aufgebaut werden müsste.

Sie haben bereits vor zehn Jahren gegen Angehörige des Assad-Regimes ermittelt. Hätten Sie dessen Sicherheitsapparat eine derartige Brutalität zugetraut?

Ja, natürlich. Seit Jahrzehnten hat das Regime vermeintliche Gegner umbringen lassen, gefoltert und diskreditiert und ist dabei nie auf großen internationalen Widerstand gestoßen. Der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy hat in Kenntnis all dieser Umstände 2007 Baschar al-Assad als Ehrengast zum französischen Nationalfeiertag auf die Champs-Elysées eingeladen. Nachdem die von mir geleitete UN-Untersuchungskommission die Urheberschaft des syrischen Regimes an der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafik al-Hariri und fast zwei Dutzend weiterer Menschen festgestellt hatte, zählten Nancy Pelosi und Frank-Walter Steinmeier zu Assads ersten Gästen.

Ihre Ermittlungen wegen des Sprengstoffanschlags auf das französische Generalkonsulat 1983 in Berlin ergaben eine Beteiligung syrischer Stellen. Ein Fall von Staatsterrorismus?

Daran gab es – auch gerichtlich festgestellt – keinen Zweifel: Sprengstoffe und Waffen wurden auf Weisung des Außenministeriums in der syrischen Botschaft gelagert. Die Täter erhielten zwecks Durchführung ihrer Attentate syrische Diplomatenpässe und durften sich anschließend in Damaskus zur Ruhe setzen.

Zur Aufklärung der syrischen Verbrechen im Libanon ist in Den Haag ein Sondertribunal geschaffen worden. Ist das der einzige Weg, solange der Gang vor den Internationalen Strafgerichtshof durch Russland blockiert wird?

Ich bin kein großer Freund internationaler Tribunale. Sie verbrauchen viel Geld, Ressourcen und Zeit. Man müsste dem Internationalen Strafgerichtshof eine eigenständige Zuständigkeitskompetenz mit eigener direkter Ermittlungskompetenz geben – selbst wenn das heute noch Wunschdenken sein mag.

Bleibt der Weg, den das Weltrechtsprinzip deutschen Gerichten erlaubt, wo Verantwortliche auch im Ausland begangener Verbrechen verfolgt werden können. Halten Sie diesen für erfolgversprechender?

Das ist sicher gut gemeint, aber wir sollten uns da nicht verheben. Ein riesiger Aufwand mit geringen Erfolgsaussichten und großem Enttäuschungspotenzial.

Lassen sich Diktatoren durch die internationale Strafjustiz überhaupt abschrecken?

Nein. Auch sonstige Kriminelle lassen sich von Polizei und Justiz nicht von ihren Verbrechen abschrecken. Aber den Opfern kann sie Genugtuung verschaffen. Sinn der Strafe ist eben auch Vergeltung. ■

Foto: Lorenzo Ciniglio/Polaris/laif

DETLEV MEHLIS

Detlev Mehlis war von 2005 bis 2006 Sonderermittler der Vereinten Nationen zur Aufklärung des Mordes an dem früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik al-Hariri. In seinem Schlussbericht bezichtigte er hochrangige Stellen in Damaskus des Attentats. Als leitender Staatsanwalt hatte Mehlis in Berlin ein Verfahren wegen des Anschlags auf das Maison de France 1983 angestrengt, in dem ebenfalls die Verwicklung syrischer Sicherheitskreise zutage trat. Im Prozess wegen des Anschlags auf die Berliner Diskothek La Belle 1986 bewies er eine libysche Täterschaft.

Erlaubt nur im Exil. Performance im Rahmen der Ausstellung »Pork« des kubanischen Künstlers El Sexto in Miami, Februar 2016.

Zensur statt Zäsur

Vor der Parlamentswahl im Februar setzt das Regime in Kuba auf Repression. Die Hoffnung auf Öffnung ist trotz des nahenden Abgangs von Raúl Castro verflogen.
Von Nicolas Ardila, Havanna

Besuche am frühen Nachmittag ist Luis Trápaga nicht gewohnt. »Unsere Galerie ist mehr so ein Untergrund-Ding«, erklärt der Maler und Comiczeichner aus Havanna. »Wir laden Freunde und Bekannte ein, stellen Bilder von Künstlern aus, die es sonst nicht zu sehen gibt, und zeigen auch mal einen kontroversen Film«, erklärt der Mittfünfziger. »Aber eben abends.«

Drei, vier Jahre ging das gut, und Trápaga und seine Frau Lía Villares hatten Spaß bei den Vernissagen. »Die Künstler, die wir ausstellen, haben in den öffentlichen Galerien kaum eine Chance. Also suchen sie nach alternativen Orten – und davon gibt es derzeit eine ganze Reihe«, sagt der Mann mit dem graumelierten Haar. »El Círculo«, der Kreis, haben sie ihre Heimgalerie genannt – und einfach die eigene Wohnung mit den vier Zimmern und dem langen Flur umfunktioniert. Da hängen jetzt Bilder von Trápaga selbst, von anderen Künstlern und ein Plakat des »Cuban Arts Festival« in Aachen von 1998.

Nach dem Besuch von US-Präsident Barack Obama im März 2016 hatten viele Kubaner auf eine ökonomische Öffnung gehofft. Doch inzwischen ist die Euphorie in Havanna und anderswo verflogen. Das Regime agiert repressiver, die Spielräume auf der Insel sind kleiner geworden. Das hat mit dem anstehenden Personalwechsel in der politischen Führung zu tun, der im Februar bei den Wahlen zum Parlament, der Asamblea Nacional del Poder Popular, vollzogen werden soll: Präsident Raúl Castro, der nach der Erkrankung seines Bruders Fidel 2006 Staatsoberhaupt wurde und 2011 Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, hat seinen Rückzug angekündigt. Dies bedeutet das Ende einer Ära – 15 Monate nach dem Tod von Fidel Castro im November 2016.

Von der härteren Gangart sind insbesondere Freigeister wie Luis Trápaga betroffen. Seine aus Millionen Strichen, Zahlen oder Buchstaben zusammengesetzten Zeichnungen haben ihn bekannt gemacht. Trápaga hat lange am kubanischen Filminstitut als Illustrator und in der Animation gearbeitet, bevor er sich entschied, unabhängig zu malen und zu illustrieren: »Ich fühle mich freier, wenn ich für mich arbeite und ausstelle, was mir gefällt. Wir haben Platz in der Wohnung, warum sollen wir ihn

nicht nutzen?« Von offizieller Seite wird das nicht gern gesehen. Der Handel mit Kunst ist in Kuba unerwünscht. Doch darum ging es im »El Círculo« ohnehin nicht. Dort wird Kunst ausgestellt, die keine Chance hat, in den wenigen staatlichen Galerien gezeigt zu werden. »Weil sie zu experimentell, zu politisch oder zu schräg ist«, sagt Trápaga.

Die private Galerie wurde von der Polizei zunächst nur argwöhnisch beobachtet, ein oder zweimal wurden Trápaga und seine Frau auch auf die Wache gebeten und befragt, was sie machen und warum. Doch als sie im März 2017 die Flyer für eine Vernissage verteilten, bei der der Film »Nadie« (Niemand) des kubanischen Regisseurs Miguel Coyula gezeigt werden sollte, wurden die Probleme virulent. »›Nadie‹ ist ein Film über einen kubanischen Dichter, der einst ein begeisterter Anhänger der Revolution war und dann aus dem nationalen Schriftsteller- und Künstlerverband UNEAC ausgetreten ist, ein Novum in Kuba«, erzählt Trápaga.

Zur Vernissage erschienen dann mehrere Dutzend Polizisten in Zivil. »Sie haben den Hauseingang umstellt und einfach niemanden reingelassen«, erinnert er sich. Selbst Regisseur Coyula, der eigentlich eine Rede halten wollte, musste draußen bleiben. »Wir leben in einer recht dunklen Zeit der Zensur«, sagt der Filmemacher. Er erklärt den Vorfall damit, dass sich sein Film auch kritisch mit Fidel Castro beschäftigt. Dies sorge dafür, dass »Nadie« in Kuba in ein schwarzes Loch falle.

Auch der Dokumentarfilmer Michel Matos stellt eine Kursänderung fest: »Seit dem Besuch Obamas setzt die Regierung auf mehr Kontrolle, die Leute werden regelrecht ausgebremst. Zum Beispiel mit der Verfügung, keine weiteren Lizenzen für eine selbstständige Tätigkeit auszugeben. Das sorgt für Unsicherheit«, sagt Matos. »Die Kubaner wissen schlicht nicht mehr, woran sie sind«, kritisiert der Filmemacher, der gemeinsam mit Gleichgesinnten die kleine Produktionsfirma Matraka aufgebaut hat. Sie haben einen Dokumentarfilm über Kubaner gedreht, die von und auf der Müllkippe von Havanna leben, und einen über den ersten Gipfel der Organisation Amerikanischer Staaten, an dem Kuba teilnahm. Dafür reiste Matos 2015 nach Panama und wurde Zeuge, wie die offizielle kubanische Delegation auf die Vertreter der Opposition losging und handgreiflich wurde.

Anders als früher ist es heute kaum mehr möglich, für kritische Filme wie diesen von ausländischen Botschaften eine finanzielle Unterstützung zu bekommen. »Die kooperieren mittlerweile vermehrt mit offiziellen Kulturinstituten und winken nur ab«, schildert Matos seine Erfahrungen mit der holländischen Botschaft, die frühere Matraka-Produktionen gefördert hat.

Zur Vernissage kamen mehrere Dutzend Polizisten.

»Das ist die Kehrseite der verbesserten Beziehungen zu den USA und Europa«, erklärt Matos.

Der studierte Philosoph hat in den vergangenen Jahren sowohl einen rasanten gesellschaftlichen Wandel als auch eine ökonomische Öffnung mit angezogener Handbremse beobachtet. Gemeinsam mit anderen hat er bereits vor fast 20 Jahren das erste unabhängige kubanische Open-Air-Festival für elektronische Musik auf die Beine gestellt. »Rotilla« hatte zum Schluss 20.000 Besucher – und steht bis heute für elektronische Vibes und kritische Texte. »Letzteres war der zentrale Grund, weshalb das Festival 2011 vom Staat gekidnappt wurde und nun als ›#Verano en Jibacoa‹ alljährlich vom Kulturministerium organisiert wird«, sagt Matos. Er ärgert sich, dass die Spielräume für alternative Kulturprojekte immer kleiner werden, die Schere im Kopf immer größer. »Jeder Kubaner trägt sie mit sich herum, und selbst Bilder wie jene, die bei Luis Trápaga oder bei mir zu Hause hängen, sind ein Risiko.« Matos erzählt von einer aus Nägeln bestehenden Silhouette der Insel – das Bild eines Freundes, der es in seiner Galerie nicht hängen lassen kann.

Auch die Bilder und Graffiti des Performancekünstlers El Sexto, der wegen Verunglimpfung der Castro-Brüder im Gefängnis landete, sind auf Kuba ein Tabu. Für die Freilassung El Sextos hat sich auch Elizardo Sánchez von der Menschenrechtsorgani-

Foto: José Goitia/The New York Times/Redux/laif

Verfolgt, aber unabhängig. Der Regisseur Miguel Coyula in Havanna, März 2014.

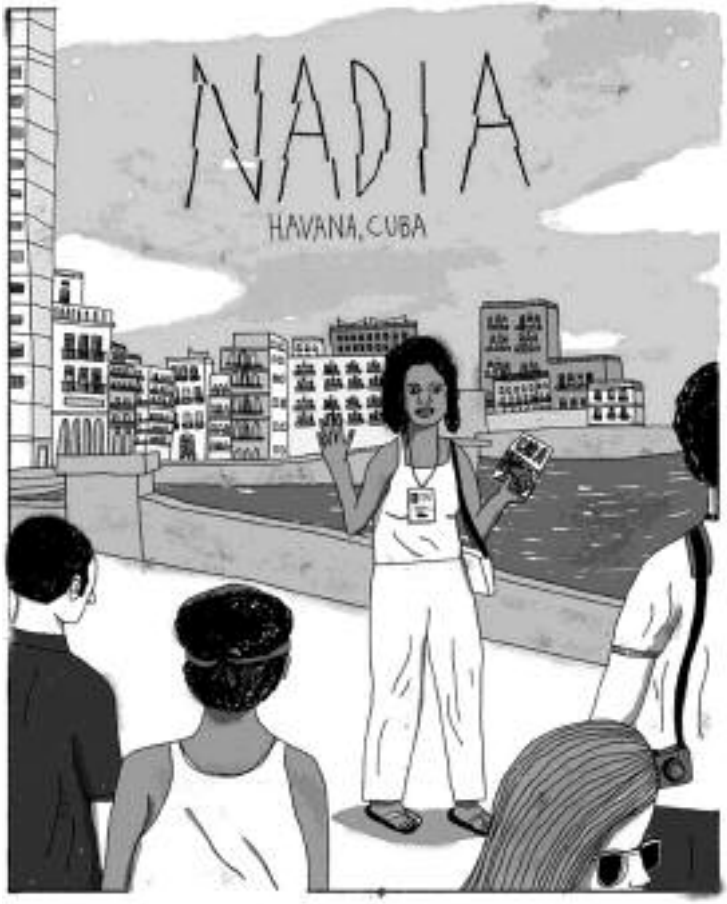
Foto: Cristobal Herrera/EPA/pa

sation Kubanische Kommission für Menschenrechte und nationale Versöhnung (CCDHRN) engagiert. Der 74-Jährige saß neun Jahre in Haft, seine Organisation wird jedoch inzwischen geduldet. Er hat dennoch wenig Hoffnung, dass sich etwas ändern wird. Das macht er auch an den Kommunalwahlen fest, die im Oktober stattfanden. »Die paar unabhängigen Kandidaten wurden auf den Versammlungen niedergebrüllt. Sie kamen oft kaum dazu, etwas zu sagen. Einige wurden auch festgenommen, um gar nicht erst auftreten zu können«, sagt Sánchez.

Im Oktober hatte die Polizei einiges zu tun, um unliebsamen Kandidaten für den Poder Popular, die Kommunalparlamente, die Teilnahme zu erschweren. »Der Wahlmechanismus ist so ausgeklügelt, dass sich das politische Einparteiensystem immer wieder neu reproduziert – wo keine alternativen Kandidaten sind, können sie auch nicht gewählt werden«, sagt Sánchez.

Kurzzeitige Festnahmen, die manchmal nur ein paar Stunden und selten mehr als zwei Tage dauern, sind seit 2006, als Raúl Castro Staatschef wurde, das wichtigste Mittel der Einschüchterung. Allein im Oktober 2017 gab es laut Menschenrechtskommission mindestens 578 vorübergehende Festsetzungen, mehr als doppelt so viele wie im Vormonat, als Hurrikan »Irma« die Insel verwüstete. Da die Aufräumarbeiten nur langsam vorankamen, kam es zu spontanen Demonstrationen, so zum Beispiel in Havannas Stadtteil Diez de Octubre, wo Hunderte Menschen Strom und Wasser forderten. Ähnliche Proteste gab es an mehreren Orten, erzählt Elizardo Sánchez. »Die Regierung hat die Versorgung dann schnell wiederhergestellt, um keine Unruhe aufkommen zu lassen.« Dass sie damit erfolgreich war, ist für Sánchez keine Überraschung: »Wenn etwas in Kuba funktioniert, sind es der Katastrophenschutz und die politische Polizei.«

In dieses Bild passt, dass auch der Druck auf unabhängige Medien zugenommen hat. Vergangenen Sommer kursierte ein Video, in dem der designierte Nachfolger von Staatschef Raúl Castro, Miguel Díaz-Canel, ankündigte, dass das Magazin ONCuba aus Miami seine Akkreditierung in Havanna verlieren werde. Dies ist zwar bislang noch nicht eingetreten, doch gab es vorübergehende Festnahmen von Journalisten, die für das unabhängige Stadtteilportal Periodismo de Barrio arbeiten, und Entlassungen von Journalisten, die für Staatsmedien arbeiten, aber auch an Kursen im Ausland teilnahmen oder parallel für alternative Medien wie Periodismo de Barrio, El Toque oder El Estornudo schrieben. Was zuvor geduldet wurde, ist nun unmöglich geworden. ■



WER SEINE MEINUNG SAGT, VERLIERT SEINEN JOB

Begleitend zu dem im November 2017 erschienenen Amnesty-Bericht »Your Mind is in Prison« haben Künstler Comics gezeichnet, die die Repression widerspiegeln, die Kubaner in ihrem Alltag erleben. Die Amnesty-Recherchen zeigen, wie die Behörden missliebige Mitarbeiter mit Entlassung bestrafen. Die Touristenführerin Nadia etwa wurde nur deshalb als gefährlich eingestuft, weil sie sich im Kreise von Dissidenten bewegte – ohne selbst politisch tätig zu sein.

Zeichnungen: Joan X. Vázquez / Amnesty

Recht am eigenen Boden. Protest gegen den Agua-Zarca-Staudamm in Rio Blanco, Oktober 2015.

Die Oligarchen lässt man laufen

Staatsbedienstete und Industrielle sollen den Mord an der honduranischen Umweltaktivistin Berta Cáceres kaltblütig geplant haben – bislang ohne Folgen. Der Bau des umstrittenen Wasserkraftwerks jedoch, gegen das sie kämpfte, scheint gestoppt. Von Erika Harzer

Ihr Protest störte die Mächtigen. Deshalb wurde Berta Cáceres am 2. März 2016 bei einer eiskalt geplanten Aktion regelrecht hingerichtet: Kurz vor Mitternacht erschossen Auftragskiller die Anführerin des Rates der indigenen Völker von Honduras (COPINH) im eigenen Schlafzimmer in ihrer Heimatstadt La Esperanza. Zwei Tage später wäre die geachtete Feministin, Menschenrechtlerin, Umweltschützerin und Mutter von vier Kindern 45 Jahre alt geworden.

Offenbar war die minutiös geplante Tat Teil eines Komplotts, an dem die Verantwortlichen der Desa, der Betreiberfirma des geplanten Wasserkraftwerks Agua Zarca, Staatsbedienstete und das Militär seit 2015 arbeiteten. Es sei »offensichtlich«, resümierten Ende 2017 Experten aus Guatemala, den USA und Kolumbien (Grupo Asesor Internacional de Personas Expertas/Gaipe), »dass sowohl staatliche Kräfte (Polizei, Militär und Funktionäre) als auch Angestellte der Desa an der Planung, Ausführung und Vertuschung des Mordes beteiligt waren«.

»Staudamm der Gewalt – Der Plan, der zum Mord an Berta Cáceres führte« lautet der Titel des rund 90-seitigen Gaipe-Reports, der einen von vielen gehegten Verdacht erhärtet: Cáceres musste sterben, weil sie zu erfolgreich gegen das Wasserkraftwerk agitierte. Dies ist das Ergebnis der Untersuchung, für die

Foto: Giles Clarke/Getty Images

ein Jahr lang rund 40.000 Seiten ausgewertet wurden: Telefonprotokolle, Chats, SMS, Filme, Fotos und GPS-Daten. Aus den Botschaften erschließt sich beispielsweise auch, dass ein erster Mordversuch bereits für den 5. Februar 2016 geplant war.

Und der Bericht belegt, dass die wahren Drahtzieher der Tragödie noch frei herumlaufen dürften. Zwar verkündete die Staatsanwaltschaft im vergangenen Sommer, dass gegen vier der acht Untersuchungshäftlinge Anklage wegen Mordes erhoben würde. Der Prozessbeginn wurde seitdem aber immer wieder verschoben. Einer der vier ist vermutlich einer der Auftragskiller, ein anderer, Mariano Díaz, war zum Tatzeitpunkt Major des honduranischen Heeres. Die beiden anderen: Sergio Rodriguez, bei Desa Geschäftsführer für Umwelt und Soziales, und Douglas Bustillo, ehemaliger Sicherheitschef der Firma. Sie gelten nur als die unmittelbar Beteiligten des Mordes. Die wahren Hintermänner sind jedoch nicht angeklagt. Hinter der Betreiberfirma Desa steckt die mächtige honduranische Familie Atala.

Immerhin scheint das Projekt, für das Cáceres ihr Leben verlor, gestoppt. Kurz nach Erhebung der Anklage gaben die Geldgeber des Staudamms, die finnischen und niederländischen Entwicklungsbanken Finnfund und FMO, ihren Ausstieg bekannt. Parallel dazu beendete auch Desa das Wasserkraftprojekt, offiziell, um damit »einen Beitrag zur Befriedung der Region« zu leisten.

Auch viele korrupte Staatsbedienstete müssen bangen. Gegen die an der Konzessionsvergabe für Agua Zarca beteiligten Bürgermeister und Umweltminister und deren Stellvertreter sind bereits Klagen wegen Korruption und Amtsmissbrauch anhängig. Die Untersuchungshaft für den früheren stellvertretenden Minister Cardona Valle wurde verlängert. Der Vorwurf: Ein Verstoß gegen Artikel 169 der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, der fordert, dass bei Projekten auf indigenem Land die betroffenen Gemeinden vorher unabhängig informiert werden – und zustimmen müssen. Dies hätten die in Cáceres' Bürgerrat indigener Gemeinden (COPINH) organisierten Gemeinden jedoch nie getan: Der vom Projekt betroffene Fluss Gualcarque ist ihnen heilig, sein Wasser die Grundlage ihrer landwirtschaftlichen Produktion.

Dass überhaupt mit solchem Nachdruck ermittelt wird, liegt auch an der weltweiten Empörung, die der Fall Cáceres erregt hat. Jahrelang hatte sie den Widerstand am Gualcarque organisiert. Mehrere Wochen blockierten Indigene die Baustelle – bis Maschinen und Arbeiter abgezogen wurden. Vorher war es bei den Protesten sogar zu Toten gekommen. Aber ein Menschenleben scheint in Honduras nicht viel zu zählen. Der mittelamerikanische Staat ist nicht nur das Land mit einer der weltweit höchsten Mordraten, sondern auch der tödlichste Ort für Umweltaktivisten überhaupt: 123 Personen, die sich für den Erhalt von Flora und Fauna einsetzten, sind hier zwischen 2009 und 2016 ermordet worden. Mehr als 60 Prozent der Honduraner gelten als arm, rund 38 Prozent leben in extremer Armut. Zudem ist es eines der Länder mit dem niedrigsten Bildungsniveau in Mittelamerika.

Cáceres musste sterben, weil sie erfolgreich gegen das Kraftwerk agitierte.

Weil Cáceres aneckte, erhielt sie immer wieder Morddrohungen. Und jede Menge Preise für ihr Engagement, auch aus Deutschland. Einst hatte sie mit ihrem damaligen Mann im Nachbarland El Salvador gegen die Militärdiktatur gekämpft. Nach ihrer Rückkehr aus dem Bürgerkrieg gründeten sie die Organisation COPINH, die sich für die Indigenen in Honduras einsetzt, vor allem für die Rechte der Lenca. Sie gab ihnen neue Würde, sagen viele. Cáceres fand, Lenca und Honduraner sollten selbst über ihr Leben und die Natur bestimmen, nicht die Konzerne. Deren Inhabern gefiel der Protest gegen Agua Zarca jedoch gar nicht.

Der Gaipe-Bericht ermögliche endlich, »die Strategien der Gesellschafter, des Managements, von Desa-Mitarbeitern und staatlichen Funktionären« offenzulegen, sagt Gustavo Castro Soto. Der mexikanische Umweltaktivist war in der Mordnacht Gast im Haus von Cáceres. Sie verblutete in seinen Armen, Castro selbst wurde von Schüssen getroffen. Es handele sich um ein »Verbrechen von Desa und Staat«, sagt der einzige Zeuge der Tat. Er hofft nun, dass der Gaipe-Bericht den Ermittlungen neuen Schwung verleiht. »Bisher blockierte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen nur.«

Wie die Ermittler auf die Untersuchungen reagieren, ist noch offen. Das hängt auch von der Politik in der Hauptstadt Tegucigalpa ab. Unmittelbar nach dem Mord hatte der damalige Präsident Juan Orlando Hernández versprochen, alles zu tun, um den Mord aufzuklären. Die Täter müssten bestraft werden – wer auch immer dahinterstecke. Doch vielen Parlamentariern von Hernández' konservativer Nationaler Partei sind schon die Ermittlungen der von der Organisation Amerikanischer Staaten eingesetzten MACCIH-Kommission ein Dorn im Auge. Sie untersucht, ob bei der Konzessionsvergabe für Agua Zarca alles mit rechten Dingen zugegangen ist.

Namen nennt der Gaipe-Report keine. Dennoch gebe es klare Hinweise, um wen es sich bei den Drahtziehern handelt, sagt Gustavo Castro. Mehrere hohe Funktionäre von Hernandez' Nationaler Partei sollen die Auftraggeber des Mordes sein. So behauptet es zumindest die inzwischen vom Dienst suspendierte Polizeikommissarin María Luisa Borjas. Wenn die eigentlichen Täter trotz der Erkentnisse des Berichts nicht vor Gericht landen, warnt Castro, wäre das wie ein »Wink an die Oligarchen, einfach weiterzumachen wie bisher«. ■

Die Risse heilen

Der Gynäkologe Denis Mukwege hat Tausenden Frauen in der Demokratischen Republik Kongo Identität und Würde wiedergegeben. Von Andrea Jeske, Bukavu

Müder Held. Denis Mukwege in Bukavu, Februar 2017.

»Warum akzeptiert die Welt, was im Kongo passiert?« Denis Mukwege

Dieser Mann bringt die Hoffnung – und hat seine eigene fast verloren. Wie auch nicht, wenn man seit nunmehr 18 Jahren Tag für Tag heilt, was andere zerstören. Identität. Würde. Vor allem aber den Körper und seine Funktionen. Wenn man Frauen auf dem Operationstisch hat, denen Urin und Fäkalien unkontrolliert aus dem Körper laufen, weil Männer sie mit Bajonetten, Ästen und Gewehrläufen vergewaltigt haben. Weil man sie als junge Mädchen raubte und sie dann schwanger wurden, bevor ihre Körper ausgereift waren. Weil sie Kinder ohne professionelle Hilfe zur Welt brachten. Weil ihnen Vergewaltigung und Geburt die inneren Wände zwischen Blase, Darm und Vagina zerrissen.

Dr. Denis Mukwege, Gynäkologe am Panzi Hospital in der ostkongolesischen Stadt Bukavu, kommt gerade von einer seiner vielen Vortragsreisen. Mal wieder hat der 62-Jährige von den Frauen erzählt, die er seit der Gründung seines Krankenhauses 1999 behandelt. 50.000 sind es inzwischen. Wieder einmal hat er die Gleichgültigkeit im Rest der Welt kritisiert und gesagt: »Die Gewalt muss ein Ende haben, die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen, auch die traumatisierten Männer unseres Landes müssen behandelt werden, damit wir endlich unsere Frauen schützen können.«

Und wieder einmal haben seine Zuhörer genickt. Wieder einmal hat er die Hände hochrangiger Politiker geschüttelt, die sagten, sie seien erschüttert und wollten handeln. »Worte, so viele Worte«, sagt Mukwege. »Und dann geschieht nichts.«

Nun sitzt der Doktor in seinem Büro in der Klinik, reibt sich müde über das Gesicht und sagt, eigentlich sei doch schon alles gesagt zur Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo. Er könne nur wiederholen: »Man braucht nur eines, das ist Gerechtigkeit. Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Doch Gerechtigkeit kommt nicht von allein. Wir müssen sie herstellen.«

Im Laufe der Jahrzehnte ist Mukwege zu einem der weltweit anerkanntesten Ärzte für die Wiederherstellung der Vagina geworden. Wohl niemand hat so viele Frauen wieder zusammengeflickt wie er. Doch jetzt ist er müde. Mukwege hat kaum geschlafen in den vergangenen Tagen – und er ist nicht mehr der junge Mann, der er war, als er beschloss, sein Leben den Opfern der Gewalt zu widmen.

Draußen vor dem Büro warten Patientinnen. Viele sitzen seit dem Morgengrauen geduldig auf einer Holzbank, viele von ihnen minderjährig mit eigenen Kindern auf dem Schoß. Sie alle wollen eine Untersuchung und einen Operationstermin, um diesen Riss in ihrem Inneren an ihrer Darm- oder Blasenwand vernähen zu lassen, damit sie wieder ein normales Leben führen können. Damit sie aufhören, schlecht zu riechen, damit ihre Männer sie zurücknehmen, damit sie wieder normal in ihrem Dorf leben, zur Kirche, zum Markt gehen können.

Wenn Mukwege über die Aussichten der Frauen nach dem Eingriff spricht, wird seine heisere Stimme weniger müde, strafft sich seine Haltung. »Man muss sie erleben, wenn sie feststellen, dass sie ihre Körper wieder kontrollieren können, nicht mehr riechen. Das ist, als sei man wiedergeboren.«

Angelina Jolie, Ben Affleck und Hillary Clinton haben Mukwege die Hand geschüttelt, vor den Vereinten Nationen verdammte er den Krieg gegen die Frauen. Fast flehend wurde seine Stimme, als er forderte, die Täter wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu stellen. Nicht nur die einfachen Soldaten, denen befohlen wird, die Frauen zu schänden, und die eine Verweigerung mit ihrem Leben bezahlen würden. Sondern die Generäle und die Politiker, die diese Befehle geben. So wie man Täter aus Ruanda, aus Bosnien und aus der Zentralafrikanischen Republik vor Gericht gestellt hat.

Mukwege wurde als eines von neun Kindern eines evangelischen Pastors geboren. Er begleitete schon früh seinen Vater zu Kranken und hatte dabei das Gefühl, lieber Patienten heilen als für sie beten zu wollen. Er studierte in Frankreich, und als er später sah, wie afrikanische Frauen im Wochenbett starben, beschloss er, sich auf Geburtshilfe zu spezialisieren.

Sein Mut brachte ihm Morddrohungen und einen Attentatsversuch ein. Und jede Menge Preise, die in seinem Büro stehen oder als Urkunden an den Wänden hängen. Der Sacharow-Preis der EU, der Clinton-Global-Citizen-Award, der Alternative Nobelpreis und mindestens ein Dutzend mehr. Sie untermauern, was man über Mukwege sagt und schreibt: Er ist ein Held seiner Zeit. Doch der Held will keine Preise – und auch keine Reden mehr halten. »Was ist denn so ein Preis wert, wenn er nicht einhergeht mit einem Bekenntnis gegen die Regierung, die die Gewalt unterstützt«, sagt er. »Was ich will, ist eine Verurteilung der Täter und ein Ende des Horrors für die Frauen meines Landes.«

In der Demokratischen Republik Kongo sind Vergewaltigungen an Frauen, Kindern und auch Männern, überhaupt jede Form von Gewalt, eine Kriegswaffe. Die Geschichte des Landes war bereits von Brutalität gekennzeichnet, als das Land noch Zaire hieß und der belgische König Leopold es wie seinen Privatbesitz verwaltete, als die belgischen Besatzer den Einheimischen Hände, Füße und Köpfe abhackten.

Ein Menschenleben war dort nie viel wert. Und ist es vielerorts bis heute nicht. Im Ostkongo werden Rohstoffe abgebaut, die in unseren Mobiltelefonen und Computern stecken. Um sich Zugang zu den Minen zu sichern, finanzieren westliche Firmen Rebellen. Die Rebellen wiederum vertreiben und töten die Bevölkerung. Die sexuelle Gewalt geht in fast allen Fällen von Männern aus: Regierungs- und Rebellensoldaten überfallen Dörfer, morden, brandschatzen, rauben Kinder – und missbrauchen Frauen auf jede nur erdenkliche Art. Jede Dritte wird Opfer, insgesamt sind laut Vereinten Nationen bisher eine halbe Million Mädchen und Frauen betroffen. Manche, die auf Mukweges Operationstisch landen, sind jünger als fünf Jahre.

Die Täter bleiben in den meisten Fällen unbehelligt, auch wenn es Beweise gibt und die Regierung ein Gesetz erlassen hat, um sexualisierte Gewalt zu bestrafen. Und wenn, kaufen sie sich frei, versickert die Gerechtigkeit im Sumpf von Korruption und Männerbünden. Die internationale Gemeinschaft, sagt Mukwege, nehme dies einfach hin, übe keinen politischen Druck aus. »Warum sagt man, der gesamte Ostkongo sei eine Art Hauptstadt der Vergewaltigungen, aber nichts folgt daraus. Warum akzeptiert die Welt, was hier passiert?« ■

Foto: Fabian Weiss

Schüler zweiter Klasse

Für Kinder von Flüchtlingen gilt die Schulpflicht nicht in allen Bundesländern. Damit verstößt Deutschland gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Von Michaela Ludwig

Julian Hoxha schaut auf die Einkaufsliste. »Kartoffeln, Brot, Tee«, liest er ab und schiebt dabei schüchtern seine Mütze nach hinten. Der Zehnjährige steht vor einem Holztisch, darauf Milchtüten, eine Ravioli-Dose, ein leeres Kartoffelnetz und ein Karton Cornflakes. »Du musst sagen, was du haben möchtest«, sagt die Lehrerin, die mit zehn weiteren Schülern in einem Halbkreis hinter dem arrangierten Lebensmittelladen sitzt. »Ich möchte Kartoffeln«, sagt Julian.

Einkaufen und Bezahlen sind heute Thema im Deutschunterricht für die 9- bis 15-Jährigen aus der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes Nordrhein-Westfalen in Oerlinghausen bei Detmold. Knapp 50 Kinder im schulpflichtigen Alter leben in den Gebäuden der ehemaligen Fachklinik. Aufgeteilt in zwei Gruppen lernen sie in einer Baracke auf dem eingezäunten Gelände eine Stunde Deutsch am Tag, unabhängig von ihren Vorkenntnissen. Heute übt die Lehrerin beim Thema Bezahlen auch das Kopfrechnen. Mehr Fächer haben die Kinder nicht.

»Das ist kein richtiger Unterricht«, sagt Ardian Hoxha mit erregter Stimme. »Unsere Kinder müssen endlich auf eine ordentliche Schule gehen.« Der Mittvierziger und seine Frau Adelina sitzen nebenan im Büro der Asylverfahrensberaterin Svenja Haberecht von der Flüchtlingshilfe Lippe. Vor zweieinhalb Jahren ist das Ehepaar mit seinen drei Kindern aus dem Kosovo nach Deutschland gekommen. Etwa zeitgleich wurde der Balkanstaat zum »sicheren Herkunftsland« erklärt und ihr Asylantrag abgelehnt. Während sie auf die Entscheidung über den Folgeantrag warten, wohnte die Familie in diversen Flüchtlingsunterkünften. »Julian war im Kosovo in der zweiten Klasse«, sagt der Familienvater. »Jetzt ist er zehn Jahre alt, und ich habe Angst, dass er das wenige, was er kann, auch noch verlernt.«

Vier Mitarbeiter des Vereins Flüchtlingshilfe Lippe beraten in der ZUE Oerlinghausen knapp 200 Bewohner, die vor allem vom Westbalkan stammen. Einige Familien, wie die Hoxhas, sind seit mehr als zwei Jahren im Land. Die durchschnittliche Verweildauer in solchen Erstaufnahmeeinrichtungen beträgt laut der zuständigen Bezirksregierung Detmold 8,8 Monate. »Wir unterstützen die Menschen bei Klageverfahren, bei der Beantragung von Krankenscheinen und medizinischen Dokumenten«, erläutert die Beraterin Svenja Haberecht. »Beim Schulbesuch können wir jedoch nicht weiterhelfen.« Der Deutschunterricht für Julian und die anderen Kinder in der Einrichtung sei ein freiwilliges und zusätzliches Angebot des Heimbetreibers.

Anspruch auf einen Schulplatz haben die Kinder aus der ZUE Oerlinghausen nicht, obwohl hierzulande die allgemeine Schulpflicht sowie die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen und damit das Recht auf Bildung gelten. Sie sind kein Einzelfall: In Nordrhein-Westfalen, aber auch in Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt unterliegen Kinder und Jugendliche in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundeslandes laut der jeweiligen Landesverfassung nicht der Schulpflicht. Diese setzt erst ein, wenn sie mit ihren Familien in die Kommunen verteilt worden sind.

In anderen Bundesländern werden die Kinder erst nach drei oder sechs Monaten Aufenthalt in Deutschland schulpflichtig. Einzig in Berlin, Hamburg, dem Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein gilt die Schulpflicht für geflüchtete Kinder sofort.

Wie viele Kinder aktuell nicht beschult werden, darüber gibt es keine offiziellen Zahlen. Tobias Klaus vom Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF) schätzt,

Mehr als 10.000 Kinder werden nicht beschult oder erhalten nur Sprachunterricht.

Foto: Gordon Welters/laif

Die Welt entdecken. Kinder einer Willkommensklasse in Erfurt, September 2015.

dass sich zuletzt mehr als 10.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland in Erstaufnahmeeinrichtungen befanden, die nicht beschult wurden oder lediglich Sprachunterricht erhielten. Dabei stützt er sich auf die Ergebnisse der Studie »Kindheit im Wartezustand« des Kinderhilfswerkes Unicef. In einer nichtrepräsentativen Umfrage unter den Mitarbeitenden von Erstaufnahmeeinrichtungen gab jeder zweite an, dass lediglich interne Klassen oder Sprachkurse angeboten werden. In jeder fünften Einrichtung werden die Jungen und Mädchen überhaupt nicht beschult.

Das Problem ist das seit 2015 geltende Asylbeschleunigungsgesetz. Damit wurde die maximale Verweildauer der Geflüchteten in Landeserstaufnahmeeinrichtungen bundesweit von drei auf sechs Monate verdoppelt. Laut der Unicef-Umfrage ist auch ein noch längerer Aufenthalt nicht ungewöhnlich. So gaben 22 Prozent der Befragten an, dass sich die Zeitspanne auf bis zu ein Jahr ausdehnen könne. Kinder und Jugendliche aus sicheren Herkunftsländern, zu denen alle Westbalkanstaaten zählen, können seit Inkrafttreten des Asylpakets II im Februar 2016 sogar auf unbegrenzte Zeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden – bis sie freiwillig ausreisen oder abgeschoben werden.

»Diese Kinder werden teils gar keiner Kommune mehr zugewiesen und erlangen damit in Bundesländern mit entsprechenden Regelungen keine Schulpflicht«, sagt Kinderrechtsexperte Dominik Bär vom Deutschen Institut für Menschenrechte. Tobias Klaus vom B-UMF wertet das Vorgehen als »Diskriminierung und Verstoß gegen internationale, europäische und verfassungsrechtliche Vorgaben«. Dessen ungeachtet hat die Bundesregierung durch das Gesetz »zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht« den Weg freigeräumt, dass nun zusätzlich auch Familien »ohne Bleibeperspektive« dauerhaft in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden.

In der bayerischen Spezialeinrichtung für Flüchtlinge in Manching bei Ingolstadt wehrt sich eine Familie nun gegen die Rückstufung ihrer zwei Kinder in die einrichtungsinterne Klasse. Die Kinder hatten zuvor drei Jahre eine Regelschule besucht und sprechen gut Deutsch. »Es ist nicht zu begründen, warum sie zurück in eine Übergangsklasse gehen müssen, in der der Spracherwerb im Vordergrund steht«, sagt auch die Ausländer- und Asylrechtsanwältin Katharina Camerer. Der Schulbesuch wurde jedoch nur vorübergehend gestattet – bis im September 2016 ein neuer Absatz des bayerischen Integrationsgesetzes in Kraft trat. Er schreibt fest, dass Kinder, die sich in den besonderen Aufnahmeeinrichtungen aufhalten müssen, ausdrücklich nicht in Regelschulen, sondern in »besonderen«, dort »eingerichteten Klassen und Unterrichtsgruppen« beschult werden.

Für Katharina Camerer verstößt auch diese Regelung gegen die UN-Kinderrechtskonvention. »Das Recht auf Bildung ist nur sichergestellt, wenn die Kinder gemäß ihren Vorkenntnissen und sprachlichen Fähigkeiten unterrichtet werden«, sagt die Juristin. Sollte die Behörde den Besuch der Regelschule wieder verbieten, will sie den Eltern helfen, auf rechtlichem Wege dagegen vorzugehen. ■

Foto: A. Savin, Wikimedia Commons

Stalin auf der Spur

Der Gründer der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial, Arsenij Roginskij, ist mit 71 Jahren gestorben.
Von Peter Franck

Am 18. Dezember 2017 ist Arsenij Borissowitsch Roginskij in Israel an Krebs gestorben. Die russische Menschenrechtsbewegung hat mit ihm eines ihrer führenden Mitglieder verloren und die deutsche Amnesty-Sektion einen warmherzigen, klugen und vertrauten Freund, mit dem sie in den vergangenen 20 Jahren in engem Austausch war.

Die Eltern des 1946 geborenen Menschenrechtlers hatten sich in der stalinistischen Verbannung kennengelernt. 1968 schloss Arsenij Roginskij sein Studium als Historiker an der Universität von Tartu im heutigen Estland ab. Weil er im Samisdat-Menschenrechtsbulletin »Chronik der laufenden Ereignisse« publizierte und zum stalinistischen Repressionssystem forschte, geriet er in Konflikt mit den staatlichen Behörden. 1981 wurde er zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt, die er in vollem Umfang verbüßen musste. In dieser Zeit setzte sich auch Amnesty International für ihn ein. Zur Zeit der Perestrojka gründete Arsenij Roginskij 1987 mit Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow und anderen die Gesellschaft Memorial. Sie setzte sich unter anderem dafür ein, zu Unrecht Verfolgte des Sowjetsystems zu rehabilitieren und die Archive zu öffnen.

Unter dem Dach der Internationalen Gesellschaft Memorial, deren Vorstandsvorsitzender Arsenij Roginskij von 1996 bis zu seinem Tod war, arbeiten inzwischen mehr als 60 regionale Organisationen in und außerhalb Russlands, darunter auch in Deutschland. Die Organisation verbindet die historische Aufarbeitung des repressiven Sowjetsystems mit der Menschenrechtsarbeit zu Problemen in der Russischen Föderation heute.

Gegen Ende der neunziger Jahre gab es die ersten Kontakte zwischen Arsenij Roginskij und der deutschen Sektion von Amnesty International. Er war wie kaum ein anderer in der Lage, die Widersprüchlichkeiten der Entwicklungen in Russland knapp und präzise auf den Punkt zu bringen und trotzdem ein klares Bild zu vermitteln. Wenn wir zu Einschätzungen über menschenrechtliche Entwicklungen in der Russischen Föderation befragt wurden, fühlten wir uns vor allem durch die laufenden Gespräche mit Arsenij Roginskij auf sicherem Grund. Das galt auch für die manchmal strittigen Diskussionen innerhalb von Amnesty, etwa zum Fall des von 2003 bis 2013 inhaftierten russischen Unternehmers Michail Chodorkovskij.

Unvergessen bleibt Arsenij Roginskijs Auftritt bei der Jahresversammlung der deutschen Amnesty-Sektion 2013: Er bedankte sich für die Unterstützung über lange Zeit. Man sei in Russland jetzt auf Solidarität angewiesen; die Erfahrung von Gemeinsamkeit, Freundschaft und Unterstützung sei ihm wichtig. Mit großer Neugier nahm er die vielen ehrenamtlichen Mitglieder auf der Versammlung wahr und ließ sich vom beruflichen Hintergrund derer berichten, die ihm dort begegneten. Das berührte ihn sehr.

Es ist tragisch, dass er erleben musste, wie sein lebenslanger Einsatz für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte unter anderem wegen des »Agentengesetzes« zu seinen Lebzeiten nicht die Früchte trug, die er sich erhofft hatte. Er sprach zuletzt noch von »Inseln« unabhängiger Menschenrechtsarbeit, die es zu verteidigen gelte und mahnte, aufgebaute internationale Verbindungen zu erhalten. Unermüdlich suchte er in allen Situationen das Erreichte zu sichern und Ansätze für die Weiterarbeit zu finden. Dabei beschrieb er die Lage nicht selten mit Witz und Heiterkeit und gab damit anderen Mut. Nur sein engstes Umfeld wird wissen, wie viel Kraft ihn das gekostet hat. Es ist nun unsere Verantwortung, seine Arbeit weiterzuführen. Hinweise dazu hat er uns bis zuletzt noch aus Israel gegeben.

Peter Franck ist Sprecher der Amnesty-Ländergruppe Russland.

Indische Richter prüfen Homosexuellen-Rechte

Der Oberste Gerichtshof Indiens will prüfen, ob ein Gesetz, das Homosexuelle diskriminiert, mit der Verfassung vereinbar ist. Damit reagierten die Richter in New Delhi im Januar auf eine Petition von Aktivisten, die Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung anprangerte. Nach dem umstrittenen Paragrafen 377 des Strafgesetzbuches können »geschlechtliche Aktivitäten gegen die Natur« mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden. Die Regelung stammt aus der britischen Kolonialzeit. Offiziellen Angaben zufolge wurden in den vergangenen Jahren rund 200 Menschen auf Grundlage des umstrittenen Paragrafen angeklagt. Nachdem er 2009 vom Obersten Gericht abgeschafft worden war, hatten die Richter ihn im Dezember 2013 selbst wiedereingeführt. Amnesty International nannte das Urteil damals einen »schweren Schlag gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, gegen die Privatsphäre und die Menschenwürde«. Nun stellten die Richter fest, dass »das Recht auf Privatsphäre und der Schutz der sexuellen Orientierung im Mittelpunkt der von der Verfassung garantierten Grundrechte« stünden.

»Der Druck wächst«,
Amnesty Journal 04-05/2016

UN beunruhigt über Regierung in Riad

In Saudi-Arabien durften im Januar erstmals 300 Frauen ein Fußballspiel als Zuschauerinnen besuchen. Der gastgebende Verein Al Ahli aus Dschidda hatte dafür sogar traditionelle umhangartige Kleidungsstücke (Abayas) in den Vereinsfarben Grün und Weiß anfertigen lassen. Die neue Gleichberechtigung im Stadion unter Kronprinz Mohammed bin Salman geht jedoch mit anhaltender innenpolitischer Repression einher: Im September 2017 führte eine Welle von Festnahmen zur Inhaftierung von mehr als 60 bekannten Religionsgelehrten, Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern. Fünf unabhängige, vom UN-Menschenrechtsrat in Genf ernannte Experten sprachen im Januar von einem »beunruhigenden Muster weit verbreiteter und systematischer willkürlicher Festnahmen«. Der Regierung in Riad warfen sie vor, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit »stark einzuschränken«. Das Königshaus bestreitet, dass es in dem Land politische Gefangene gibt.

»Fremde im eigenen Land«,
Amnesty Journal 04-05/2017

Foto: Tasneem Alsultan/The New York Times/Redux/laif

Endlich live dabei. Im King-Abdullah-Sports-City-Stadion in Dschidda, Januar 2018.

Lebenslang für argentinische Todesoffiziere

Im größten Prozess der argentinischen Geschichte sind 48 frühere Militärs wegen Menschenrechtsverletzungen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Zu lebenslanger Haft wurden Ende November 2017 der als »Todesengel« bekannte Alfredo Astiz sowie der Marineoffizier Jorge Acosta verurteilt. Sie wurden unter anderem wegen der sogenannten Todesflüge schuldig gesprochen, bei denen Gefangene lebendig aus Flugzeugen in den Río de la Plata und den Atlantik geworfen worden waren. Während der Zeit der Militärdiktatur (1976–1983) wurden nach einem offiziellen Bericht mehr als 10.000 Menschen entführt und ermordet, Menschenrechtsorganisationen sprechen von 30.000 Opfern. In dem Prozess ging es um Verbrechen, die in der Technikschule der argentinischen Marine begangen wurden, die als brutales Folterzentrum berüchtigt war. Nur ein Bruchteil der rund 5.000 dort festgehaltenen Regimegegner überlebte die Gefangenschaft. 29 Angeklagte erhielten lebenslange Haftstrafen, gegen 19 wurden Freiheitsstrafen bis zu 25 Jahren verhängt. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen.

»Gerechtigkeit verjährt nicht«,
Amnesty Journal 01/2018

Soundtrack der Politik

Verstärker. Protest gegen den Sklavenhandel in Libyen. Toulouse, November 2017.

Foto: Alain Pitton /NurPhoto/pa

Tausende Menschen folgten dem Protest des ivorischen Reggae-Stars Alpha Blondy gegen den Sklavenhandel in Libyen. Musik, gesellschaftliches Engagement und Politik sind in Afrika eng verwoben.

Von Daniel Bax

Dass in Libyen unsägliche Verhältnisse herrschen, war lange bekannt. Aber als der US-Sender CNN im November 2017 die Videoaufnahmen einer mutmaßlichen Sklavenauktion ausstrahlte, bei der junge, schwarze Männer ab 400 US-Dollar pro Kopf als Feldarbeiter versteigert worden sein sollen, sorgten diese Bilder insbesondere in den sozialen Medien für Empörung. Zwölf Männer aus Niger sollen auf diese Art und Weise verkauft worden sein.

Auf Facebook meldete sich der ivorische Reggae-Star Alpha Blondy zu Wort. Der 64-Jährige wandte sich an die Präsidenten der Länder der Afrikanischen Union und der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Er warf ihnen Untätigkeit vor und forderte sie zum Handeln auf. Und er rief alle Afrikaner dazu auf, so lange vor den libyschen Botschaften zu demonstrieren, bis alle als Sklaven gefangenen Menschen in Libyen befreit seien.

Sein Video wurde mehr als 1,5 Millionen Mal aufgerufen und verfehlte seine Wirkung nicht. Andere Prominente schlossen sich seinem Appell an, darunter sein Reggae-Kollege Tiken Jah Fakoly aus Côte d'Ivoire, der Superstar Youssou N'Dour aus dem Senegal, Fußballstars wie Paul Pogba oder Schauspieler wie Omar Sy. Mehrere tausend Menschen folgten dem Aufruf und demonstrierten vor libyschen Botschaften – in Abuja und Bamako, aber auch in Paris, London und Berlin. Einige westafrikanische Länder zogen ihre Botschafter aus Tripolis ab, darunter Mali, Burkina Faso und Niger. Auch beim EU-Afrika-Gipfel in der Elfenbeinküste kam das Thema kurz darauf auf die Tagesordnung.

Musiker wie Alpha Blondy besitzen in Afrika oft mehr moralische Autorität als viele Politiker. Und Musik hat hier noch immer eine politische Kraft, die sie anderswo längst verloren hat. In Südafrika spielten Musikstars wie Miriam Makeba und Hugh Masekela beim Kampf gegen das Apartheidregime eine wichtige Rolle und halfen, es zu Fall zu bringen. Ebenso legendär ist, wie sich der nigerianische Afrobeatbegründer Fela Kuti, der 1997 mit 59 Jahren starb, sein Leben lang mit den Militärregimen in seinem Land anlegte.

Viele Musiker engagieren sich gegen Landminen, Kindersoldaten oder Malaria.

Auch heute noch verstehen sich viele Musiker als soziales Gewissen. Sie engagieren sich gegen Landminen, Kindersoldaten oder Malaria. In Liberia, wo über 50 Prozent der Menschen Analphabeten sind, erklären Musiker mit Songs, wie man sich vor Ebola schützen kann. Popstars wie der Senegalese Baaba Maal leisten einen wichtigen Beitrag, um die Ausbreitung von HIV und Aids einzudämmen. Und populäre Sängerinnen wie Oumou Sangaré aus Mali setzen sich gegen die Genitalverstümmelung von Mädchen ein. Internationale Hilfsorganisationen, lokale NGOs und Basisbewegungen setzen gern auf Musiker, weil diese mit ihren Auftritten auf freiem Feld oder in Schulaulen ein breites Publikum erreichen.

Aber viele Musiker setzen ihre Stimme auch dafür ein, um bei Wahlen bestimmte Politiker zu unterstützen. Denn auch politische Patronage hat hier Tradition. In der Demokratischen Republik Kongo etwa sind Musik und Politik seit jeher eng verwoben. Der zweitgrößte Staat des Kontinents ist auch musikalisch ein Schwergewicht: Sein Exportschlager, die kubanisch inspirierte Rumba Lingala, ist von Abidjan bis Dar Es Salaam beliebt. Doch weil viele kongolesische Musiker trotz ihrer Popularität nicht allein von ihren Einkünften aus Auftritten und dem Verkauf von Tonträgern leben können, sind sie darauf angewiesen, Politikern und Geschäftsleuten ihre Stimme zu leihen. Schon Diktator Mobuto Sese Seko, der 1997 starb, setzte auf die Popularität von Rumbastars wie Franco Luambo. Mobutos Nachfolger Joseph Kabila vergewisserte sich der Unterstützung der populären Sängerin Tshala Muana. Aber auch Mobilfunkanbieter und Brauereien kaufen sich die Gunst von Musikern. Werrason, einer der populärsten Musiker des Landes, veröffentlichte einmal einen Song, in dem er über hundert Namen von Personen aufzählte, die ihn dafür bezahlt hatten, sie zu erwähnen.

Das Radio ist in weiten Teilen des Kontinents immer noch das wichtigste Medium. Auch wenn inzwischen immer mehr Menschen Zugang zum Internet haben und die Alphabetisierungsrate steigt, reicht nur wenig an die Beliebtheit von Radiosendungen und Radiotalkshows heran.

Es sind die jungen, aufstrebenden Politiker und die Oppositionsparteien, die sich der neuen Medien und hipper Musik zu bedienen wissen. Der Jungpolitiker Patrick Muyaya aus der Demokratischen Republik Kongo etwa setzte in seiner Kampagne

Foto: Tanya Bindra / AP / pa

Musik und Macht. Popstar Youssou N'Dour (rechts) mit Senegals Präsident Macky Sall.

Foto: Sia Kambou / AFP / Getty Images

Auf allen Kanälen. Reggae-Star Alpha Blondy in seiner Radiostation in Abidjan.

2011 ganz auf junge Musiker. In seinem Wahlkampfvideo »Azala Zala« treten DJs und Rapper auf, und er ließ seine Wahlkampfhelfer in choreografierten Tanzszenen die Hüften schwingen. Mit nur 29 Jahren schaffte er damit bei den bislang letzten Wahlen im Kongo den Einzug ins Parlament.

Auch in Uganda setzte Kizza Besigye, der mehrmalige Herausforderer von Präsident Yoweri Museweni, 2016 auf die Kraft der Musik. Im Video zu seinem Wahlkampfhit »Besigye Songs Mbere« (»Vorwärts mit Besigye«) inszenierte sich der heute 61-Jährige wie ein Popstar, der bei seinen Reisen durchs Land die Massen – und damit auch die Verhältnisse? – zum Tanzen bringt. Der rund zehn Jahre ältere Museweni, der seit 1986 als Präsident amtiert, griff daraufhin selbst zum Mikrofon. In seinem Song »Yengoma« besang er die Viehzucht, Instrumente wie die titelgebende Trommel und die Tugend der Ausdauer. Seine Wiederwahl sicherte er aber wohl eher durch Unregelmäßigkeiten, viel Geld und indem er seinen Herausforderer unter Hausarrest stellen ließ.

Erfolgreicher waren die Bemühungen der Opposition im Senegal, eine umstrittene dritte Amtszeit des damals 85-jährigen Präsidenten Abdoulaye Wade zu verhindern. Der international bekannte Popstar Youssou N'Dour setzte sich dort 2012 an die Spitze einer Jugendbewegung, die von Rappern angeführt wurde, nachdem seine eigene Kandidatur für die Präsidentschaft vom Verfassungsgericht abgelehnt worden war: Angeblich hatte er zu wenig gültige Stimmen gesammelt.

Youssou N'Dour unterstützte daraufhin den ehemaligen Ministerpräsidenten Macky Sall, der ihn wiederum nach seinem Wahlsieg zum Minister für Kultur und Tourismus ernannte. Diesen Posten musste Youssou N'Dour allerdings schon zwei Jahre später räumen. Seitdem hat er als Sonderberater von Präsident Sall die Aufgabe, den Senegal im Ausland zu repräsentieren. Das macht Youssou N'Dour wieder wie gewohnt, indem er rund um den Globus Konzerte gibt.

Auch in Südafrika mussten nach dem Ende des Apartheidregimes viele Musiker erkennen, dass ihr politischer Einfluss begrenzt blieb. Der umstrittene Präsident Jacob Zuma tritt zwar gern selbst wie ein Entertainer auf, singt und tanzt in der Öffentlichkeit und umgibt sich mit Stars wie der Kwaito-Sängerin Chomee. Die Regierungspartei ANC zählt heute zu den wichtigsten Konzertveranstaltern und Sponsoren von Musikfestivals im Land. Und so entscheiden manchmal Regierungsbeamte darüber, welche Musiker wo auftreten dürfen. Entsprechend vorsichtig sind viele Künstler geworden, sich kritisch gegenüber der Regierung oder dem ANC zu äußern. ■

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen:
www.amnesty.de/app

»Der Genozid ist Teil von mir«

Die in Ruanda geborene Musikerin und Choreografin Dorothée Munyaneza widmet sich in ihrer Performance »Unwanted« den Frauen und Kindern, die Opfer von Kriegsvergewaltigungen wurden.

Interview: Astrid Kaminski

Sie haben Ihre Performance »Unwanted« den Opfern von Vergewaltigungen gewidmet und zeigen sie weltweit. Wie schaffen Sie es, sich immer wieder diesem Thema auszusetzen?

Bevor ich die Bühne betrete, denke ich an die Frauen, denen ich begegnet bin – an jene, von denen ich durch Artikel, Bücher und Dokumentationen erfuhr, vor allem aber an jene, die ich persönlich in Ruanda getroffen habe. Ich muss diese Frauen, die zu Kriegszeiten zu Opfern gemacht wurden, ganz nah heranholen, sie vor mir sehen, wie sie sitzen, sich bewegen, sprechen, singen, wie sie tanzen, weinen, lachen … Jede dieser Frauen fragte ich nach unserer Begegnung, ob ich sie fotografieren darf. Diese Fotos trage ich nun mit mir und hänge sie mir vor jeder Aufführung an den Garderobenspiegel. In ihre Gesichter zu schauen, gibt mir den Grund, auf die Bühne zu gehen. Es ist eine Art spirituelle Verbindung, die ich brauche, um ihre Wunden, ihre Hoffnung und Würde mit mir zu tragen.

Könnte es für manche Frauen verletzend sein, dass ein Mann – der Musiker Alain Mahé – bei der Performance mitmacht?

In einem Stück über eine weltweite Tatsache, dass Männer Frauen als Schlachtfeld benutzen, dass sie nicht nur in Territorien, sondern auch in Körper eindringen, muss mit der Präsenz eines Mannes sehr sensibel umgegangen werden. Mahé ist ein sehr enger künstlerischer Begleiter. Er ist Teil meiner Arbeit. Ich habe ihm die Interviews, die ich mit den betroffenen Frauen geführt habe, übersetzt, und ich überlasse es ihm, wie er sie in einer Aufführung zusammenstellt. Es war uns wichtig, mit dem Material nicht in einen automatischen Prozess zu verfallen. Wenn er mir das Mikrophon übergibt, übersetze ich die entsprechenden Stellen live. Allerdings ist mir auch wichtig, dass er nicht mit in dem femininen Raum ist, den ich mit meiner Mit-Performerin Holland Andrews auf der Bühne kreiere. Als Mann ist er daher nicht auf, sondern am Rand der Bühne.

Der Krieg in Ruanda ist nun 24 Jahre her. Sie haben ihn als Kind überlebt. Wann und wie kam die Notwendigkeit, die Erfahrungen künstlerisch zu verarbeiten?

Diese Geschichte ist Teil von mir, sie bewohnt mich. Das Thema war immer da. Mein Leben als Künstlerin kann sich davon nicht unabhängig machen, es ist nicht möglich, diesen Teil von mir zu dissoziieren. Durch die Arbeit am Soundtrack von »Hotel Ruanda« habe ich erlebt, dass ich durch mein künstlerisches Schaffen dazu beitragen kann, dem, was passierte, ins Gesicht zu sehen. »Samedi détente« war das Ergebnis dieser Erfahrung. Dieses Stück habe ich 2014 gemacht. 20 Jahre nach dem Krieg hatte ich die Mittel dazu, die körperliche und psychische Stärke, darüber zu sprechen. »Unwanted« ist die Fortsetzung und Erweiterung davon. Dieses Mal spreche ich nicht davon, was mir passiert ist, sondern davon, was diese Frauen erleiden mussten. Und nicht nur sie. Ich hoffe, es wird deutlich, dass ich dieses Stück auch über all die anderen Frauen gemacht habe, die dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit erleiden mussten und müssen – Frauen aus Ex-Jugoslawien, aus Syrien, dem Tschad.

Wie haben Sie es geschafft, Frauen zu finden, die bereit waren, über ihre Erlebnisse zu sprechen?

Das Schlimme an diesen Verbrechen ist, dass sie den Mund der Opfer versiegeln. Durch die Dokumentationen, die ich mir zu dem Thema anschaute, bin ich auf Godelième Mukasarasi und ihre Organisation »Sevota« gestoßen. Sie hat es geschafft, Frauen, die vergewaltigt wurden, aus ihrer Einsamkeit zu befreien und zusammenzubringen, sie zum Weinen und Sprechen zu ermächtigen. Sie war meine Ansprechpartnerin. Vor allem auch deshalb, weil sie sich um die ländlichen Gegenden kümmert, wo es kaum Therapiemöglichkeiten gibt. Sie brachte mich zu den Frauen. Ich erzählte ihnen zunächst meine eigene Geschichte. Dann berichtete ich über meine Arbeit, über »Samedi détente« und über mein Vorhaben, mich mit den Vergewaltigungen während des Kriegs auseinanderzusetzen. Danach begannen die Frauen, von sich aus zu sprechen. Das hat mich überrascht. Ich hatte Angst vor diesem Moment: Wie würden sie reagieren? Würden sie mit mir sprechen wollen? In der ruandischen Gesellschaft gelten zudem Regeln, wonach Jüngere Ältere nicht auf alles ansprechen sollen. Darum war es etwas sehr Besonderes, als sie begannen, mir ihre Zeugenschaft zuzuflüstern.

Der Titel Ihres Stückes »Unwanted« nimmt Bezug auf die Kinder, die durch Gewalt gezeugt wurden. An einer Stelle ist ein männlicher Jugendlicher zu hören. Er klingt aufgewühlt, endet in einem rap-artigen Flow. Ist er eines der betroffenen Kinder?

Ich bin noch einmal nach Ruanda gereist und habe Kinder gesprochen, die aus den Vergewaltigungen hervorgegangen sind. Ich habe ihnen dieselbe Frage gestellt, die ich auch an die Frauen gerichtet hatte: Akzeptierst du dich selbst, nachdem dein Leben durch andere so zerstört wurde? Mein Eindruck ist, dass vieles davon abhängt, ob die Mütter es geschafft haben, ihre Kinder zu lieben. Für viele hat das sehr lange gedauert, aber sie haben es geschafft. Dennoch ist es natürlich schwierig und schmerzhaft. Schon der normale Alltag in den ländlichen Gebieten ist schwer genug. Dazu kommen die Erlebnisse und die damit einhergehenden Krankheiten der Mütter, nicht selten HIV oder Aids. Der Junge, den Sie im Stück hören, ist ein Kind, das von seiner Tante als Hyäne bezeichnet wird. Aber er ist alles andere als eine Hyäne. Er ist ein wunderbarer junger Mann, ein Dichter, ein Rapper. Seine Texte handeln davon, wie man seine eigene Menschlichkeit, seine eigene Würde finden muss.

Steht die Frage der Würde auch für die Fußbadzeremonie auf der Bühne, nach der Sie festliche Kleidung anlegen?

Ja, in diesem Moment spiegelt sich eine weitere reale Situation. Als ich die Frauen fragte, ob ich sie fotografieren darf, willigten sie ein. Aber sie zogen sich zunächst zurück. Schließlich erschienen sie in wunderschöner Kleidung. Es war wichtig für sie, dass ich ihre Verzweiflung und ihren Schmerz mit mir nehmen würde, aber auch ihre Schönheit. Darum wollte ich ein Stück machen, dass trotz allem auch Poesie in sich trägt. Ich fühle mich der Würde der Frauen verpflichtet. ■

DOROTHEÉ MUNYANEZA

Dorothée Munyaneza zog nach dem Genozid in Ruanda 1994 als Zwölfjährige mit ihrer Familie nach London. Bei der Gestaltung des Soundtracks zum Film »Hotel Ruanda« (2004) setzte sie sich zum ersten Mal künstlerisch mit den Kriegserfahrungen ihrer Kindheit auseinander. Es folgte ihre sehr persönliche Arbeit »Samedi détente« (2014).

Foto: Kyle Johnson/The New York Times/Redux/laif

Prozesse in Grautönen

Eine Gruppe Zeichner um die Cartoonistin Zeynep Özatalay und den Illustrator Murat Başol dokumentiert die Verfahren gegen Akademiker und Journalisten in der Türkei. Von Sabine Küper-Büsch

Eine abgemagerte Gestalt liegt auf einem Bett und lächelt angestrengt. Die Zeichnung zeigt Nuriye Gülmen, eine Literaturdozentin der Universität Konya, die nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 aufgrund eines Dekrets von Präsident Recep Tayyip Erdoğan ihre Arbeit verlor. Am 269. Tag ihres Hungerstreiks wurde die Akademikerin im Dezember wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt und unter Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen. Sie hatte den Prozess aus dem Gefängniskrankenhaus verfolgen müssen und durfte sich zu den Vorwürfen nur über eine Satellitenschaltung äußern. Es gibt noch mehr Zeichnungen, die Nuriye Gülmen in der Untersuchungshaft zeigen. Sie alle sind blass und schattenhaft, reflektieren die bleierne Atmosphäre im Haftkrankenhaus.

Die Arbeiten der beiden Cartoonisten Zeynep Özatalay und Murat Başol sehen normalerweise ganz anders aus. Zeynep Özatalay ist für ihre knallbunten, von Katzen und frechen fröhlichen jungen Frauen belebten fantasievollen Zeichnungen bekannt. Murat Başol ist ein gesuchter Illustrator. Seit Monaten begleiten sie nun aber zusammen mit sechs weiteren Zeichnern Prozesse gegen Akademiker und Journalisten. Mehr als tausend haben wegen angeblicher Beziehungen zu Terrororganisationen ihre Arbeit verloren. Mehr als hundert von ihnen stehen nun vor Gericht. »Meine größte Schwierigkeit ist, die grausame Realität, die wir da miterleben, in einer schnell anzufertigenden Skizzenzeichnung einzufangen«, sagt Zeyneb Özatalay.

Die Literaturdozentin Nuriye Gülmen und der Grundschullehrer Semih Özakça sind zu Symbolfiguren für die Ungerechtigkeiten des türkischen Justizsystems geworden. Der Lehrer arbeitete in einer Schule in Mardin an der syrischen Grenze und verlor seine Arbeit nach dem gescheiterten Militärputsch. Zusammen mit Nuriye Gülmen begann Özakça im November 2016 einen Sitzstreik in der Hauptstadt Ankara. Beide fordern bis heute ihre Wiedereinstellung als Lehrer und als Dozentin. Der Sitzstreik entwickelte sich zum Hungerstreik. Je mehr Gülmen und Özakça physisch an Gewicht verloren, desto mehr wuchs das öffentliche Interesse an den unbeugsamen entlassenen Lehrkräften. Am 9. März 2017, dem 75. Tag des Hungerstreiks, verhafteten Sicherheitskräfte die beiden schließlich wegen des Vorwurfs der Provokation und Propaganda.

Die Entlassung der beiden aus der Haft Ende vergangenen Jahres könnte ein taktischer Schachzug sein, um dem Duo die Aufmerksamkeit zu entziehen, für die auch die Zeichnungen von den Gerichtstagen in den sozialen Medien sorgten. »Der ganze Prozess ist eine Farce«, sagt Murat Başol. »Semih Özakça wurde freigesprochen, weil alle gegen ihn angeführten Beweise ganz offensichtlich an den Haaren herbeigezogen waren.« Der Angeklagte hatte etwa gegen den Vorwurf, an einem Bombenanschlag in Istanbul beteiligt gewesen zu sein, vorbringen können, dass er zu der Zeit seinen Wehrdienst ableistete. Gülmens Verurteilung sei genauso willkürlich wie Özakças Freispruch, finden die beiden Zeichner. Es existierten keine Beweise für ihre Zugehörigkeit zur Bewegung des islamistischen Predigers Fethullah Gülen. »Der Protest gegen die Entlassung aus dem Hochschuldienst wird jetzt als konspirative Aktivität und Aufwiegelung gewertet«, sagt Özatalay, »das ist doch absurd«. Der Fall Özakça und Gülmen hat für die Zeichner etwas erschütternd Ausweglosses, sie fühlen sich hilflos. Denn trotz ihrer Haftentlassung und seines Freispruchs geht der Hungerstreik der Dozentin und des Lehrers weiter. Und seit ihrer Verhaftung im vergangenen Mai fastet auch Özakças junge Ehefrau Ezra. Alle drei haben mittlerweile ein lebensbedrohliches Stadium erreicht. Die Unrechtsjustiz treibe sie in den Tod, sagen die beiden Cartoonisten.

Auch die Kunstszene steht inzwischen im Fokus der Strafverfolger.

Zeichnung: Tarik Tolunay

Aufrecht. Der Journalist Ahmet Şık vor Gericht, Istanbul, Oktober 2017.

Zeichnung: Murat Başol

Fragil. Nuriye Gülmen im Haftkrankenhaus des Sincan-Gefängnisses in Ankara, November 2017.

Die Bilder Özatalays und Başols stellen die politischen Prozesse in der Türkei als kafkaeske Szenen dar. Die Angeklagten sind die markanten Mittelpunkte jeder Zeichnung. Die wachhabenden Soldaten, die Richter, die Staatsanwälte dagegen wirken wie marionettenhafte Umrisse im Gerichtssaal. Zeichnungen wie die, die den Journalisten und Fotografen Ahmet Şık bei seiner mutigen Verteidigungsrede zeigen, dienen auch auf internationaler Ebene mittlerweile als Symbolbilder für die Abgründe der Verfolgung von Kritikern in der Türkei. Şık wurde in den vergangenen Jahren immer wieder angeklagt, Unterstützer von Terrororganisationen zu sein, über die er kritisch publiziert hatte. Als Zeuge im Prozess gegen Journalisten und Angestellte der oppositionellen Tageszeitung Cumhuriyet, für die auch Şık tätig war, sagte er, dass die eigentlichen Täter längst in einer Robe unter dem Dach der Justizpaläste säßen.

»Ahmet wird in Aktivistenpose mit aufrechtem Haupt und redend gezeichnet«, erläutert Murat Başol. Beide Zeichner haben eine Beziehung zu den Angeklagten, ihren Angehörigen und Anwälten aufgebaut. Ihre Zeichnungen werden stets persönlich kommentiert. »Semih verteidigt sich« – »Hungerstreik wird fortgeführt« – »Haftentlassung verweigert«. Diese Infos stehen als gekritzelte Kommentare am Rand der Zeichnungen. Sie schaffen eine Verbindung zwischen den Cartoonisten und den Angeklagten. Oft skizzieren die Zeichner sich auch gegenseitig als Teil des Geschehens im Gerichtssaal. Es geht ihnen nicht nur darum, den Prozess zu dokumentieren, sondern vor allem auch darum, die Angeklagten teilnehmend zu begleiten.

Seit den Gezi-Park-Protesten im Jahr 2013 sind die türkischen Medien weitestgehend gleichgeschaltet und stehen unter starker Kontrolle. Nun dienen Zeichnungen wie die der Gruppe um Özatalay und Başol zum Informationsaustausch und zur politischen Mobilisierung. Allerdings hat dies die Kunstszene vermehrt in den Fokus der Strafverfolgung gebracht. Dafür steht auch die Festnahme des Geschäftsmannes Osman Kavala im vergangenen Oktober. Kavala fördert die unabhängige Kulturszene in der Stadt am Bosporus, im südostanatolischen Diyarbakır und in anderen Teilen der Türkei. Seine gemeinnützige Firma Anadolu Kültür stärkt die Zivilgesellschaft und unterstützt Projekte von Frauen und Minderheiten sowie internationale Kooperationen. Kavala sitzt unter anderem im Vorstand der türkischen Niederlassung der Stiftung Open Society des amerikanischen Milliardärs George Soros. Die regierungsnahen Medien überboten sich nach Kavalas Festnahme mit Verschwörungstheorien darüber, wie der Unternehmer als Soros-Agent den Putschversuch 2016 gefördert habe, den der amerikanische Geheimdienst, die pro-israelische Lobby und Erdoğans Erzfeind Fethullah Gülen angezettelt haben sollen. Die Tageszeitung Yeni Şafak titelte »Die Schlüsselperson des Terror-Fonds«.

Die verstörende Diffamierungskampagne gegen eine der zentralen Figuren der unabhängigen Kulturszene verheiße nichts Gutes, sagt Özatalay. Aufgeben wollen sie und Başol aber nicht. »Wenn Unschuldige sich zu Tode hungern, um ein Zeichen zu setzen, nehme ich das Risiko einer Strafverfolgung in Kauf.« Also werden sie weiterzeichnen. ■

Tödliche Berichte

Foto: Jared Moossy/Redux/laif

Mexiko ist eines der gefährlichsten Länder für Journalisten weltweit. Seit 2000 wurden 130 Medienvertreter Opfer krimineller Kartelle oder staatlicher Sicherheitskräfte. Das hat fatale Folgen für die Zivilgesellschaft. Von Wolf-Dieter Vogel

Plötzlich war die Straße dicht. Reifen und Holzstangen versperrten den Weg. »Steigt aus, ihr Arschlöcher«, hörte Sergio Ocampo einen der etwa hundert Wegelagerer schreien. Er war mit einem Journalistenteam in Tierra Caliente unterwegs, einer Region im südmexikanischen Bundesstaat Guerrero. Junge Männer, aber auch Kinder waren an dem Hinterhalt beteiligt. »Die meisten trugen Pistolen oder Gewehre«, erinnert sich Ocampo. Die Kriminellen nahmen ihm und seinen sechs Kollegen alles ab, was sie bei sich trugen: Kameras, Laptops, Handys, Bargeld. Selbst seinen Jeep musste der Lokalreporter zurücklassen. Nach 15 Minuten war der Spuk vorbei. Die Beraubten konnten mit ihrem zweiten Auto weiterfahren.

Ocampo kennt diese Gegend, er ist hier aufgewachsen. Seit Jahrzehnten berichtet er von hier für die überregionale linke Tageszeitung La Jornada. Er wusste, dass jene Fahrt am 13. Mai 2017 gefährlich werden könnte. Der Krieg zwischen zwei Banden war eskaliert, Bürgerwehren versuchten, die Verbrecher von ihren Dörfern fernzuhalten, und die Regierung hatte Soldaten in den Konflikt geschickt. Ocampo erinnerte das Szenario an Kriegsbilder aus dem Irak, die er im Fernsehen gesehen hatte.

Mexiko befindet sich offiziell nicht im Krieg. Trotzdem arbeiten viele Journalistinnen und Journalisten unter Verhältnissen wie in einem bewaffneten Konflikt. Im Vergleich zu anderen Überfällen in derselben Woche ging dieser noch verhältnismäßig glimpflich aus. Zwei Tage später wurden zwei Journalisten ermordet. Kurz darauf ein Kollege entführt, wieder einen Tag später eine Reporterin von einem Bewaffneten geschlagen und mit dem Tod bedroht.

Allein 2017 starben elf Pressevertreter eines gewaltsamen Todes. Eine Zeitung schloss, nachdem eine Mitarbeiterin erschossen wurde. Aber auch Menschenrechtsverteidiger und andere Aktivisten werden bedroht, terrorisiert oder ermordet. Ausgerechnet am 10. Mai, dem mexikanischen Muttertag, töteten Kriminelle Miriam Rodríguez. Sie hatte sich jahrelang für die Aufklärung des Schicksals von Verschwundenen eingesetzt, nachdem ihre eigene Tochter 2012 verschleppt worden war.

So sieht der Alltag in einem Land aus, das zunehmend von Kriminellen kontrolliert wird und in dem sich die Politik unfähig oder unwillig zeigt, dem Terror gegen die Zivilgesellschaft Einhalt zu gebieten. In fast allen Bundesstaaten stehen Bürgermeister, Polizeichefs, Juristen und andere Beamte auf der Gehaltsliste der Mafia. Kein Strafverfolger schreitet ein, wenn die Banden von Gewerbetreibenden Schutzgeld kassieren, illegal Eisenerz abbauen oder Frauen zur Prostitution zwingen. Etwa 98 Prozent aller Verbrechen bleiben straflos, die organisierte Kriminalität agiert meist vollkommen freizügig.

So auch bei dem Angriff auf die Journalisten in Guerrero. »Die Anordnung für den Überfall kam von oben«, ist der Fotoreporter Hans Máximo Musielik überzeugt, der ebenfalls mit der Gruppe unterwegs war. Er meint damit das Kartell La Familia Michoacana, das in der Region gegen die Tequileros um die Kontrolle von Transportrouten und Drogenanbau kämpft. Keines der Verbrechersyndikate möchte sich bei dem Geschäft stören lassen. Weder von Soldaten, noch von Journalisten. »Sie drohten, uns lebend zu verbrennen«, berichtet Ocampo.

Auch der Journalist und Schriftsteller Javier Valdez wusste, dass seine Gegner ihn im Blick hatten. Immer wieder hatte er Drohungen erhalten, doch er gab nicht klein bei. »Wenn man mit dem Tod dafür bestraft wird, über diese Hölle zu berichten, dann sollen sie uns eben alle ermorden«, schrieb der 50-Jährige, nachdem im März seine Kollegin Miroslava Breach getötet wurde. Zwei Monate später traf es ihn. Mehr als zwölf Kugeln feuerten seine Mörder am 15. Mai 2017 auf ihn.

In seiner Heimat, dem Bundesstaat Sinaloa, regiert das Kartell des in den USA inhaftierten Joaquín »El Chapo« Guzmán. 2015 veröffentlichte Valdez »Narcoperiodismo«, ein Buch über journalistisches Arbeiten in Zeiten des Mafiaterrors. Die von ihm gegründete Zeitung Riodoce widmet sich wie keine andere dem Treiben des Sinaloa-Kartells. Valdez zählte zu den Größen des mexikanischen Journalismus. Nach seinem Tod gingen in vielen Städten Medienschaffende auf die Straße, UN-Vertreter und selbst der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel forderten Aufklärung.

Angesichts dieses Drucks berief Präsident Enrique Peña Nieto nach dem Attentat eine Sondersitzung des Kabinetts ein. Erstmals trauerte er öffentlich um einen ermordeten Journalisten, obwohl mindestens 38 hingerichtet wurden, seit er 2012 das Amt übernommen hat. Seit dem Jahr 2000 starben nach Angaben der Nationalen Menschenrechtskommission 130 Medienschaffende, 2017 führte Mexiko laut Reporter ohne Grenzen die Liste ermordeter Journalisten an, vor Syrien und dem Irak.

»Wer soll darüber berichten, was im Land passiert, wenn sie uns zum Schweigen bringen«, fragt die Journalistin Carmen Aristegui. Wer schreibt dann über den Kampf der Indigenen gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, über Folter in

Von der Mafia ermordet. Javier Valdez war einer der bekanntesten Journalisten Mexikos.

den Gefängnissen, den Widerstand gegen den Bergbau? Oder darüber, dass Polizisten und Kriminelle in Iguala 43 Studenten verschleppt haben? Je mehr Themen wie diese aus dem öffentlichen Diskurs verschwinden, umso enger wird der Raum für demokratische, friedliche Lösungen der Konflikte.

Angesichts der korrupten Strukturen, die sich bis in hochrangige Regierungskreise ziehen, trauen viele Aktivistinnen und Journalisten den Politikern nicht über den Weg. Wer etwa über Javier Duarte, den ehemaligen Gouverneur des Bundesstaates Veracruz, kritisch berichtete, musste mit allem rechnen. Mindestens 18 Medienschaffende wurden in den vergangenen sechs Jahren in Veracruz ermordet. Vieles spricht dafür, dass Duarte mit den Kriminellen kooperierte und für einige Angriffe mit verantwortlich ist. Er floh nach Guatemala, wo er im April verhaftet wurde.

Auch eine im Juni 2017 bekannt gewordene Ausspähaktion schürt das Misstrauen. Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen hatten Telefonate von Menschenrechtsverteidigern, Pressevertreterinnen und Antikorruptionsaktivisten abgehört oder ihre Standorte mittels ihrer Handys erfasst. Betroffen waren etwa die Journalistin Aristegui, die einen Korruptionsskandal aufgedeckt hatte, in den Peña Nieto involviert war, und auch ProDH – jene Menschenrechtsorganisation, die sich um den Fall der 43 verschwundenen Studenten kümmert und der dabei immer wieder vom Verteidigungsministerium und der Generalstaatsanwaltschaft Steine in den Weg gelegt wurden.

Auch zwei Initiativen der Regierung können nicht über diese Skandale hinwegtäuschen. 2012 wurde eine Sonderstaatsanwaltschaft für Delikte gegen die Pressefreiheit ins Leben gerufen, seither existieren auch »Mechanismen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten«. Beiden Einrichtungen hatte Peña Nieto nach dem Tod von Valdez mehr Hilfe versprochen. Zwischen 2014 und 2016 ist das Budget der Staatsanwälte jedoch um die Hälfte gekürzt worden – trotz zunehmender Angriffe. Die Nationale Menschenrechtskommission spricht von schweren Versäumnissen: Ermittlungen würden verschleppt, Journalisten diffamiert, Beweise nicht gesichert. Vor allem, wenn Übergriffe von Polizisten, Soldaten und anderen Sicherheitskräften ausgingen.

Auch die Schutzmechanismen sind umstritten. Zwar können bedrohte Journalisten ein Nottelefon oder eine sichere Wohnung bekommen. Doch kaum ein Reporter wird sich von Polizisten auf Recherchen begleiten lassen. Nicht nur, dass 2016 die Hälfte der Morde an Pressevertretern von staatlichen Kräften verübt wurden. Auch das Vertrauen in der Bevölkerung gegenüber den Sicherheitskräften ist gleich Null. Niemand würde offen mit einem Journalisten sprechen, der mit Polizeibeamten auftaucht.

Lokalreporter Ocampo arbeitet trotzdem weiter. Sieben Wochen nach dem Überfall fährt er mit einigen Kollegen erneut nach Tierra Caliente. Denn viele müssen vor der Gewalt aus ihren Dörfern flüchten. Ihre Recherche führt die Journalisten auch zu einem verlassenen Hof, der den Strafverfolgern durchaus als Treffpunkt der Familia Michoacana bekannt ist. Ocampo macht eine erfreuliche Entdeckung: Vor dem Haus steht sein gestohlener Jeep. Den Behörden hatte er den Diebstahl damals sofort gemeldet. Aber die konnten ihm leider nicht helfen. ■

»Sie drohten, uns lebend zu verbrennen.«
Sergio Ocampo

Die Grenzen Europas

Auf hoher See. Blick von der italienischen Fregatte Grecale, Straße von Sizilien, 2014.

Die Privilegien der Europäer, die Not der Flüchtlinge und ein brüchiges Fundament: Die Graphic-Novel »Der Riss« untersucht mit ungewöhnlichen Mitteln den Zustand der Europäischen Union – anhand einer Reise zu ihren Außengrenzen.

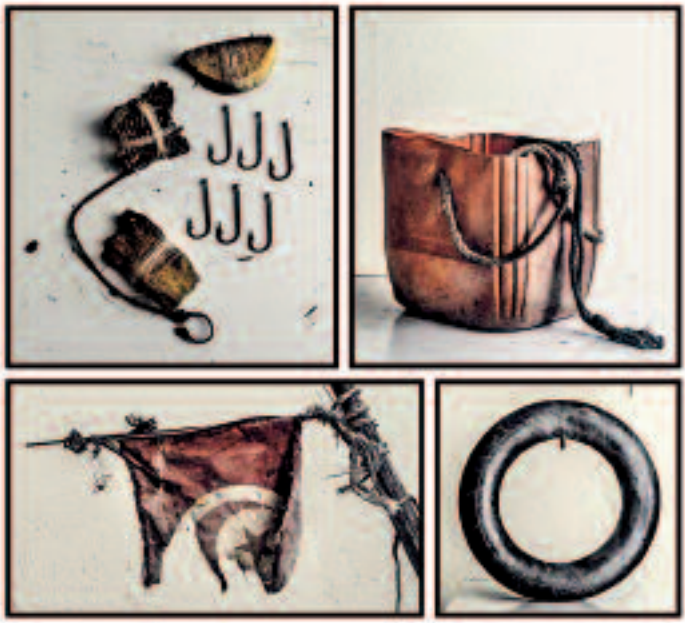
Von Maik Söhler

Ob der Blick von außen verstehen hilft? Aus der Sicht einer Syrerin, die vor dem Krieg flieht, erscheinen die Länder der Europäischen Union als Horte des Friedens. Aus der Perspektive eines Migranten aus dem Niger wirken die europäischen Staaten wohlhabend und versprechen Möglichkeiten, mit ein wenig Anstrengung und Glück vielleicht am Reichtum teilzuhaben. Zum Blick von außen gehört aber auch das Wissen, dass es gefährlich ist, sich auf den Weg in die EU zu machen: »Im Oktober 2013 ertranken 366 Bootsflüchtlinge vor der Küste von Lampedusa.«

Es ist dieser Satz, der den Anfang einer Recherchereise bildet, die die Reporter Guillermo Abril (Text) und Carlos Spottorno (Foto) im Auftrag des spanischen Magazins El País Semanal an diverse Grenzen der Europäischen Union bringen wird. Den Anfang des Buches aber bildet jener Satz nicht. Dort finden sich der große Riss Europas am Ende des Zweiten Weltkriegs und die Hoffnungen der Europäer, diesen Riss mit einer gemeinsamen Vorstellung von der Zukunft kitten zu können. Aus einem Teil dieser Vorstellung entsteht die EU.

Es ist ein pathetischer Einstieg, den Abril und Spottorno für ihr Buch »Der Riss« wählen. Doch vom Pathos wird auf den folgenden Seiten nicht viel übrig bleiben. Risse durchziehen die EU, etwa die ökonomische Spaltung zwischen Ländern des Nordens und Ländern des Südens, auch starke politische Differenzen zwischen autoritär regierten osteuropäischen und liberal verwalteten westeuropäischen Staaten werden deutlich, weiterhin kulturelle und sprachliche Spannungen, die immer wieder zeigen, wie viel Nationalstaat in der vermeintlich supranationalen Europäischen Union steckt.

Wo das Trennende wächst, haben es Gemeinsamkeiten schwer. Und doch gibt es sie, wenn auch im Buch nur in negativer Form. Es gibt sie innerhalb der EU, in Form rechtspopulistischer Parteien, die Ängste schüren und Ressentiments produzieren gegen die Anderen, die Flüchtlinge und Migranten. Und



Lampedusa, Italien. Habseligkeiten von Schiffbrüchigen.

Alle Zeichnungen aus dem besprochenen Band

Gerettet. 80 Seemeilen vor der libyschen Küste.

es gibt sie außen, an jeder Grenze, in Form der gemeinsamen Versuche, Flüchtlinge und Migranten abzuwehren, egal ob in Melilla, der spanischen Exklave in Marokko, im türkisch-bulgarischen Grenzgebiet, im Mittelmeer, im Osten Polens oder des Baltikums und auch im Norden, wo Finnland an Russland grenzt.

All das sind Stationen, von denen die beiden Reporter berichten – in einem ungewöhnlichen Format. Spottornos Fotos wurden nachkoloriert, mit knappen beschreibenden Passagen Abrils versehen und als Graphic Novel aufbereitet. In einer klassischen Magazin-Reportage hat der Text meist Vorrang vor den Bildern, in einem Fotoband ist es umgekehrt, die Graphic Novel aber liefere »die perfekte Sprache für uns«, sagt Spottorno in einem Interview-Nachwort, weil »Text und Foto gleichberechtigt sind und sich gegenseitig bereichern«.

Und noch eine Stärke bietet das Format der Graphic Novel. »Der Riss« erzählt nicht die eine hermetische Geschichte vom europäischen Grenzregime, sondern zeigt die Unterschiede, die verschiedenen Risse, in den jeweiligen Grenzregionen: Die Angst vor dem übermächtigen Nachbarn Russland in Polen, Finnland und im Baltikum; die Angst Italiens, Spaniens und der Balkanstaaten, alleingelassen zu werden mit den Problemen, die eine rigide EU-Flüchtlingspolitik erzeugt; schließlich auch die Angst von Flüchtlingen und Migranten, zum Opfer all jener Europäer zu werden, die wiederum Angst vor ihnen haben. »Der Riss« verbindet Kunst und Journalismus und ist ein hervorragender Ausdruck eines neuen publizistischen Erzählens. ■

Carlos Spottorno & Guillermo Abril: Der Riss. Aus dem Spanischen von André Höchemer. Avant-Verlag, Berlin 2017. 184 Seiten, vierfarbig, 32 Euro.

Salla, Finnland. Eine afghanische Familie und zwei Kameruner nach Überschreiten der russischen Grenze.

Vermischte Vorurteile

Von der höfischen Kunst des 17. Jahrhunderts bis zu Pegida: Der Soziologe Wulf D. Hund untersucht die Entwicklung von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus in Deutschland. Von Maik Söhler

Nur eine kurze Kolonialgeschichte, nur am Rande an der Sklaverei beteiligt und bis zum 20. Jahrhundert kaum Erfahrung mit Nicht-Weißen: Warum sollte ausgerechnet Deutschland einen spezifischen Rassismus hervorgebracht haben, während andere Nationen über Jahrhunderte Kolonialreiche oder eine auf Versklavung basierende Plantagenwirtschaft unterhielten? Die Antwort des Soziologen Wulf D. Hund in seinem neuen Buch »Wie die Deutschen weiß wurden« auf diese Frage lautet: Weil sich in Deutschland wie nirgendwo sonst Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus vermischten.

In dem Kapitel »›Schwarzes Volk‹ als ›faules Gesindel‹ – Facetten des Zigeunerstereotyps« schreibt Hund: »Schwärze war womöglich eine Tarnfarbe sozialer Devianz.« Damit benennt er einen Kern des deutschen Rassismus, denn als deviant, als von den geltenden Werten und Normen abweichend, galten schon im Mittelalter in den deutschen Fürstentümern »Juden und Zigeuner«. Während im Begriff »schwarzes Volk« bereits eine auf die Hautfarbe zielende rassistische Komponente enthalten war, musste die Schmähung und Diskriminierung der Juden ohne Verweise auf spezifische Hautpigmente auskommen. »Hautfarben gehören nur in einer bestimmten Epoche seiner Entwicklung zum Rassismus«, schreibt Hund und verweist auf eine Verfolgungsgeschichte, die auch religiös, kulturell, ethnisch, sprachlich oder mit Verweisen auf den Bildungsgrad und das »Abendland« daherkommen kann.

Der Autor analysiert die verschiedenen Epochen des Rassismus in Deutschland. Während das Landvolk im Mittelalter allein auf der Grundlage von Gerüchten weiß, gegen wen sich ein Pogrom zu richten hat, spiegeln bei Hofe und in den Städten bildende Künste, Literatur und Philosophie Formen des Rassismus wider. Und auch nach dem Mittelalter übernehmen Philosophen wie Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Immanuel Kant ungeprüft rassistische Kategorien, Schriftsteller der Romantik verbreiten Ressentiments in großer Zahl.

Vom Mittelalter über die Neuzeit bis zur Gegenwart reicht, wenn man Hunds Argumentation folgt, eine Spur der Diskriminierung und des Ausschlusses »Anderer«, die nicht minder breit ist als heutzutage eine sechsspurige Autobahn. Am Ende dieser Spur stehen Auschwitz und der Versuch der vollständigen Vernichtung der europäischen Juden. Auch Sinti und Roma wurden im Nationalsozialismus systematisch erfasst, stigmatisiert und getötet.

Hund nimmt sich darüber hinaus die Zeit nach 1945 vor und untersucht, wie sich Teile des spezifisch deutschen Rassismus in lebensweltlichen Bereichen wie der Werbung halten und wie in der Gegenwart plötzlich wieder das »Abendland« gegen »Andere« bemüht wird, diesmal von Pegida in Dresden. Dort und anderswo stehen nun Muslime pauschal unter Verdacht. »Rassismus vereinheitlicht seine Opfer«, schreibt Hund.

»Wie die Deutschen weiß wurden« ist ein Buch, das die vielen Facetten der deutschen Rassismusrezeption betrachtet und dabei nie an der Oberfläche bleibt. Ein Kapitel zum internationalen Vergleich hätte aus einem guten Buch ein noch besseres machen können.

Wulf D. Hund: Wie die Deutschen weiß wurden. Kleine (Heimat)Geschichte des Rassismus. J. B. Metzler, Stuttgart 2017. 212 Seiten, 19,99 Euro.

Foto: akg-images / pa

Zur Schau gestellt. »Massai-Neger am wärmenden Herdfeuer« betitelte die »Ostafrika-Schau« im Berliner Zoo diese Szenerie um 1920.

Queere Rechte und rechte Gegner

Ein Paradoxon lädt zum Nachdenken ein: Niederländische Rechtspopulisten betonen den Schutz vielfältiger sexueller Orientierungen und Genderidentitäten, um vor muslimischer Migration zu warnen, die sich angeblich gegen jene Vielfalt richte. Die australischen Wissenschaftler und Queeraktivisten Dennis Altman und Jonathan Symons analysieren in ihrem neuen Buch »Queer Wars« diese Pseudofrontstellung und weisen sie gekonnt zurück: als Instrumentalisierung der erfolgreichen Kämpfe von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Personen (LGBTI), die weltweit, insbesondere aber in den westlichen Demokratien, in der Auseinandersetzung mit Konservativen viel erreicht hätten. Was aber bedeutet »viel erreicht«? »Wenn wir glauben, dass die Rechte, die sich Schwule, Lesben und Transgender bis heute erkämpft haben, sicher seien, irren wir uns«, benennt der Essayist Daniel Schreiber im Vorwort die Dialektik von sozialen Kämpfen, ihrer gelungenen oder noch fehlenden juristischen Absicherung und politischen und kulturellen Versuchen, diese Errungenschaften wieder einzuschränken oder zurückzunehmen. Der Untertitel von »Queer Wars« bringt es auf den Punkt: »Erfolge und Bedrohungen einer globalen Bewegung«. Altman und Symons untersuchen gekonnt rechtliche, ökonomische, politische, kulturelle und lebensweltliche Strategien, die dem Schutz sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten überall in der Welt zugutekommen könnten.

Dennis Altman/Jonathan Symons: Queer Wars. Aus dem Englischen von Hans Freundl. Wagenbach, Berlin 2017. 160 Seiten, 18 Euro.

Waffensammler und Reichsbürger

Dorfen, Oberbayern, 1988: Ein gut integrierter Jugoslawe will sich auf einer Polizeiwache seine konfiszierten Waffen zurückholen. Anschließend sind drei bayerische Polizisten tot, und ein Neonazi läuft Amok, um sich an Ausländern zu rächen. Fast 30 Jahre später nimmt der Münchener Sozialarbeiter und Schriftsteller Leonhard F. Seidl die Ereignisse von Dorfen zum Anlass, eine aktualisierte und literarische Spurensuche zu veröffentlichen. Das Ergebnis heißt »Fronten«, ist ein politischer Kriminalroman und spielt im Oberbayern des Jahres 2016. Nun tötet ein bosnischer Waffensammler Polizisten, und ein junger Reichsbürger, der weder die Bundesrepublik Deutschland noch ihre Gesetze oder Beamten anerkennt, versucht wie einst jener Neonazi Rache zu nehmen – in einer Moschee. Anhand alter Akten, vieler Gespräche und einer der Gegenwart angepassten Handlung gelingen Seidl erhellende Psychogramme seiner Hauptfiguren. Familiäre Zwänge, Wahngebilde, Rückgriffe auf die Vergangenheit, selbstgewählte oder erzwungene gesellschaftliche Isolation – Seidls Figuren kommen uns beim Lesen erschreckend nahe. Und auch die dörfliche Atmosphäre in Oberbayern fängt er gekonnt ein. »Fronten« ist ein bissiges, bisweilen brutales Buch, dessen Autor ebenso bissig Partei ergreift: zugunsten der Menschlichkeit.

Leonhard F. Seidl: Fronten. Nautilus, Hamburg 2017. 160 Seiten, 16 Euro.

Hilfe als Ware

Humanitäre Organisationen helfen Menschen in Notlagen. Aber wem genau, wann, unter welchen Bedingungen und warum? Monika Krause, Wissenschaftlerin an der London School of Economics and Political Science, wendet sich mit den Mitteln der empirischen Organisationssoziologie den Entscheidungsprozessen in humanitären Hilfsorganisationen wie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und Ärzte ohne Grenzen zu. Sie analysiert deren Arbeit im Kontext von Geberstaaten und -Institutionen, organisationsspezifischen Grundlagen und Abläufen sowie dem Bedarf der Hilfsbedürftigen. Demnach produzieren Hilfsorganisationen überwiegend Projekte, die anschließend auf einem Projektmarkt gehandelt werden. So wird humanitäre Hilfe zur Ware, um die die Ärmsten der Welt konkurrieren. Im Ergebnis steht »eine fragmentierte Vernunft«, denn nur jene Hilfe, die »projektierbar« ist, hat Chancen, als kurz-, mittel- oder langfristige Hilfsmaßnahme realisiert zu werden. »Das gute Projekt« ist kein einfach zu lesendes Buch. Es setzt vertiefte Kenntnisse in Soziologie voraus und zielt auf eine Leserschaft, die selbst in NGOs tätig ist, regelmäßig mit ihnen zusammenarbeitet oder sich wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigt. Wer sich davon nicht abschrecken lässt, stößt auf ein anregendes, hilfreiches und kritisches Werk zur Theorie und Praxis der humanitären Hilfe.

Monika Krause: Das gute Projekt. Humanitäre Hilfsorganisationen und die Fragmentierung der Vernunft. Aus dem Englischen von Michael Adrian. Hamburger Edition, Hamburg 2017. 272 Seiten, 32 Euro.

Weder schwarz noch weiß

»Starr-Starr, du machst alles, was sie sagen. Halt deine Hände so, dass man sie sieht. Mach keine plötzlichen Bewegungen. Red nur, wenn du was gefragt wirst.« Starr ist gerade mal zwölf Jahre alt, als ihr Vater diese Sätze zu ihr sagt. Sätze, die ihr nur vier Jahre später das Leben retten, als sie auf dem Heimweg von einer Party von einer Polizeistreife angehalten wird. Khalil, der am Steuer des Autos sitzt, kennt diese Verhaltensregeln offenbar nicht. Und so muss die 16-Jährige mitansehen, wie ihr Freund von einem weißen Cop mit der Dienstnummer »Einhundertfünfzehn« erschossen wird – durch drei Schüsse in den Rücken. In ihrem Debütroman erzählt Angie Thomas eine erschütternde Geschichte zu einem brandaktuellen Thema: Polizeigewalt gegen Schwarze in den USA. Vielschichtig und niemals einseitig nimmt sie das Leben des Mädchens und ihrer Familie in den Blick, schildert Rassismus, Ghettoisierung, Drogenkriminalität, rivalisierende Banden. Die Grenzen zwischen Schwarz und Weiß, Arm und Reich weicht sie dabei ebenso gekonnt auf wie die Zuschreibungen von Gut und Böse: Starr wächst zwar in einem schwarzen Ghetto auf, besucht aber eine Privatschule im reichen Teil der Stadt und hat einen weißen Freund. Ihr Onkel ist ein Kollege von »Einhundertfünfzehn«. Ein absolut lesenswertes Buch, auch für Erwachsene.

Angie Thomas: The Hate U Give. Aus dem Amerikanischen von Henriette Zeltner. cbt, München 2017. 512 Seiten, 17,99 Euro. Ab 14 Jahren.

Bücher: Maik Söhler, Marlene Zöhrer

Der Mensch Allende

Was für ein Mensch war Salvador Allende? Nicht einmal seine Familienangehörigen wissen das genau: Der erste demokratisch gewählte sozialistische Präsident Chiles, der 1973 durch einen Putsch des späteren Diktators Augusto Pinochet entmachtet wurde und sich infolgedessen vermutlich umbrachte, wird von seiner Enkelin Marcia Allende zum Kinostar der Gegenwart gemacht. Die Geschichte ist nicht zu Ende; immer noch stehen Allendes Verwandte und Weggefährten, die die Regisseurin für ihren Dokumentarfilm interviewt, im Bann jener Tage der Machtergreifung und der Militärherrschaft. Und sie spüren ihren Erinnerungen nach: Nicht weniger als eine neue Gesellschaft hatte Allende erschaffen wollen, mit anderen Machtverhältnissen als sie die damals herrschende Feudalordnung vorsah. Ein offenes Zusammenleben – das sich nur zu bald in den grausamen Faschismus Pinochets verwandelte. Der Film hat eine sehr persönliche Note: Weltpolitik wird als besonderes Kapitel einer Familiensaga gezeigt. Und Marcia Allende ist eine akkurate Filmerin. So sind oft eher beiläufige Sequenzen besonders aussagekräftig: Etwa wenn der Abriss des Hauses gezeigt wird, in dem Allende seine Kindheit verbrachte. Die Spuren seines Lebens, sie verschwinden. Dass es seine Enkelin ist, die hier Regie führt,

macht die Geschichte authentisch, erlebbar. Ein wertvoller, ein facettenreicher Film.

»So war mein Großvater Salvador Allende«.
CHL/Mex 2015. Regie: Marcia Tambutti Allende.
Kinostart: 1. Februar 2018

Zum Abheben

Träume so groß wie ein Flugfeld – davon will der Film »Girls Don't Fly« erzählen. Doch der Titel deutet es schon an: Ohne Schwierigkeiten wird das nichts. Ein paar junge ghanaische Frauen wollen mit Hilfe eines britischen Flugzeugingenieurs ihr Leben selbst in die Hand nehmen. An der ersten und einzigen Flugschule Ghanas für Mädchen sollen sie, die allesamt aus armen Verhältnissen stammen, in vier Jahren zu Pilotinnen ausgebildet werden. So zumindest steht es auf der Website des Vereins. Mit seiner Flugschule möchte er Mädchen aus ländlichen Gebieten eine Zukunft geben – und damit am besten die ghanaische Gesellschaft oder sogar ganz Westafrika verändern. Die Realität sieht anders aus: Die jungen Frauen erhalten alle eine Nummer und werden auch nur noch als solche angesprochen. Meist jäten sie das Unkraut auf dem Flugfeld. Ob sie jemals abheben werden, steht in den Sternen. Regisseurin Monika Grassl flankiert ihren sehr schrägen Postkolonialismus-Dokumentarfilm mit Interviews der Angehörigen der Mädchen. »Wir hätten länger Kolonie bleiben sollen«, meint eine ältere Gesprächspartnerin. Dann würde es auch mit Bildung und Ausbildung besser klappen. Und: »Bei den Großeltern gab es noch Disziplin.« Obwohl die eigentlich auch bei den jungen Frauen vorhanden ist. Grassls

vielfach ausgezeichneter Film wirft ein Licht auf das seltsame Bemühen und nicht zuletzt die Träume heutiger Entwicklungshelfer.

»Girls Don't Fly«. D/A 2016. Regie: Monika Grassl.
DVD, 14,99 Euro

Film: Jürgen Kiontke | Musik: Daniel Bax

Moderne Moritaten

Autoritäre Nationalismen sind im Aufwind, die Linke ist in der Krise, die soziale Ungleichheit nimmt zu: Die Vergangenheit wirkt derzeit sehr gegenwärtig. Da klingen die alten Arbeiterlieder und sozialkritischen Moritaten, die Daniel Kahn aus den Archiven kramt, plötzlich wieder brandaktuell. Nahtlos gehen sie in seine eigenen Kompositionen über, die Klezmer und Kurt Weill, Tom Waits und Woody Guthrie anklingen lassen. 2005 verschlug es Daniel Kahn von Detroit nach Berlin, wo er heute als Musiker und Musikkurator am Gorki-Theater arbeitet und sich in unzähligen Projekten engagiert. Auf seinem fünften Album »The Butcher's Share« klingt Daniel Kahn wieder kämpferischer und zorniger als zuletzt, zugleich weht ein Hauch apokalyptischer Endzeitstimmung. Mit erweiterter Band und Gastmusikern wirbelt Kahn Klezmer und Punk, Americana und Kunstlied, Rock und Brecht-Chanson wild durcheinander, lässt schluchzende Klezmer-Geigen auf Folk-Mundharmonika treffen und mischt Englisch mit Jiddisch und augenzwinkerndem schwarzem Humor. Die Ballade »Arbeter Froyen« ist über hundert Jahre alt, eine Ode an die Fabrikarbeiterinnen des Industriezeitalters, sie könnte aber auch den Working Poor von heute gewidmet sein. Der Song »99% – Nayn-Un-Nayntsik« greift das Motto der Occupy-Wallstreet-Bewegung auf. Und der rumpelnde Gassenhauer »Freedom is a verb« ist als Aufforderung zu verstehen, ak-

tiv zu werden für die Freiheit. Denn so lange Menschen für eine bessere Welt kämpfen, besteht noch Hoffnung.

Daniel Kahn & the Painted Bird: The Butcher's Share (Oriente)

Ornamentaler Groove

Vor mehr als 30 Jahren wurde der Musiker Gili Yalo mit seiner Familie im Rahmen der »Operation Moses« aus dem Sudan ausgeflogen. Im Jahr 1984 nahm die israelische Regierung rund 8000 äthiopische Juden aus den Flüchtlingslagern im Südsudan auf, wohin diese vor einer Hungersnot im benachbarten Äthiopien geflohen waren. Auf dem langen Fußmarsch durch die Wüste hatten sie sich durch Lieder gegenseitig Mut gemacht und am Leben gehalten. Als Solomusiker greift Gili Yalo heute mit seiner Band auf jene äthiopischen Weisen zurück. Die aktuell höchst populären Ethio-Jazz-Melodien verbindet er mit Reggae, Soul und Funk-Beats, mit Keyboard-Orgelklängen und orientalischen Trompeten-Ornamenten zu einem unwiderstehlichen Groove. Dazu singt er, auf Englisch und Amharisch, über sein Bild von Afrika und den urbanen Alltag in Israel. Die beiden Produzenten Beno Hendler (Balkan Beat Box) und Uri Brauner Kinrot (Boom Pam) haben den Stücken einen ordentlichen Wumms gegeben. Flüchtlingen aus Afrika, die es in den vergangenen Jahren auf eigene Faust nach Israel geschafft haben, ist weniger Glück als Gili Yalo beschieden: Tausende von ihnen wurden

in Flüchtlingslagern in der Negev-Wüste kaserniert. Die israelische Regierung will diese Menschen, überwiegend Eritreer und Sudanesen, jetzt abschieben.

Gili Yalo: Gili Yalo (Dead Sea)

Foto: Real Fiction Filme

Berechnet, was ein Leben wert ist. Kenneth Feinberg.

Der Gott des Kapitalismus

Der US-amerikanische Rechtsanwalt Kenneth Feinberg regelt die Schadenersatzansprüche von Hinterbliebenen und rechnet dafür den Wert von Menschenleben in Dollarbeträge um. Karin Jurschicks Dokumentarfilm »Playing God« handelt von unmöglichen Gleichsetzungen. Von Jürgen Kiontke

Tagsüber sehe ich das Schlimmste der Zivilisation. In der Nacht: Ein Konzert, die Oper, der Höhepunkt der Zivilisation. Der Kontrast ist bemerkenswert.« Kenneth Feinberg geht einer seltsamen, wenngleich sehr modernen Arbeit nach: Er regelt Schadenersatzansprüche. Man könnte sagen, er ist darauf spezialisiert, Opfern oder ihren Hinterbliebenen zu helfen. Negativ ausgelegt, sieht es so aus, als ob er Schadensverursachern den Ärger vom Hals hält.

Wie man es auch sieht, eines bleibt gleich: Feinberg rechnet menschliches Leid in Dollar um. Beim Anschlag auf das World Trade Center in New York wurde der 72-jährige Rechtsanwalt aus Washington zum ersten Mal im großen Stil aktiv: Er regelte die Forderungen der Hinterbliebenen. Damit beginnt auch Karin Jurschicks beeindruckendes filmisches Feinberg-Porträt »Playing God«. »Wie kann man sagen, so und so viel Geld entspricht dem Wert deines Sohnes?«, klagt die Mutter eines damals getöteten Feuerwehrmannes. Feinberg weiß die unbefriedigende Antwort – er hat die Formeln erfunden, mit denen ermittelt wird, wie die Hinterbliebenen von Opfern entschädigt werden. Das Einkommen, das der Tote in seinem Leben verdient hätte, wird dabei hochgerechnet: »Wenn ein Börsenmakler hinfällt, wird das teurer als bei einem Feuerwehrmann.«

Und doch dauert es in Jurschicks Film nicht lange, bis sich Menschen positiv über Feinbergs Arbeit äußern – aus purer Not. Die Angehörigen brauchen dringend Geld, um mit den ganz praktischen Folgen des Todes eines geliebten Menschen zurechtzukommen. Da gibt es Rechnungen, Kredite, die bedient werden müssen, Hypotheken aufs Haus. Sie hätten gar nicht die Mittel, jahrelang prozessieren zu können. 25.000 Dollar gibt es vielleicht im Falle des Feuerwehrmanns aus New York – ein Betrag hochgerechnet auf ein ganzes, nicht gelebtes Leben.

Oft steht Feinberg sogar auf der Gehaltsliste großer Unternehmen. Bei den Schäden, die das Unglück auf der Ölplattform Deepwater Horizon im mexikanischen Golf 2010 verursachte, leitete er eine ganze Entschädigungsfirma mit 4.000 Mitarbeitern und einem Entschädigungsfonds von 20 Milliarden US-Dollar. Gezahlt wird an die, die eine Klage von sich aus ausschließen, bzw. sie sich nicht leisten können. Einen Interessenkonflikt sieht Feinberg dabei nicht. »Die Unternehmen wollen die Unwägbarkeiten des amerikanischen Justizsystems umgehen«, sagt er. Und die Geschädigten könnten immerhin mit relativ schneller Hilfe rechnen. »Das System funktioniert, aber garantiert nur vage Gerechtigkeit«, sagt Feinberg. »In unserer Gesellschaft ist es das Geld, das Unrecht zumindest lindern soll.«

Der Film ist eine Tour de Force durch die großen und größeren Katastrophen unserer Zeit. Amokläufe, Hurricane Katrina, Dieselskandal. Er zeigt, welche begrenzten Möglichkeiten der Kapitalismus bietet, um so etwas wie Gerechtigkeit herzustellen.

Und der Mensch Feinberg? Für sich selbst sieht er die Welt der Oper als Fluchtort, er sammelt Arien; die Arbeit mit dem Elend geht nicht spurlos an ihm vorbei. Er weiß um die moralische Diskrepanz, die eine finanzielle Entschädigung darstellt. Der Filmtitel »Playing God« wirkt nicht überzogen. Deutlich wird dies zum Beispiel spät abends, in Feinbergs Küche: Der Gott im Kapitalismus ist ein müder Mann mit Strickjacke, der nach einem langen Arbeitstag seinen hungrigen Kopf in den Kühlschrank steckt. »Playing God« ist ein zutiefst philosophischer Film.

»Playing God«. D 2017. Regie: Karin Jurschick. Kinostart: 8. Februar 2018

BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, wegen ihrer Ansichten, Hautfarbe oder Herkunft inhaftiert, ermordet, verschleppt, oder man lässt sie »verschwinden«. **AMNESTY INTERNATIONAL** veröffentlicht regelmäßig an dieser Stelle drei Einzelschicksale, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Internationale Appelle helfen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden.

Sie können mit Ihrem persönlichen Engagement dazu beitragen, dass Folter gestoppt, ein Todesurteil umgewandelt oder ein Mensch aus politischer Haft entlassen wird. Schreiben Sie bitte, im Interesse der Betroffenen, höflich formulierte Briefe an die jeweils angegebenen Behörden des Landes.

Bei Bedarf können Sie auf Briefentwürfe in englischer und deutscher Sprache zurückgreifen, die Sie unter **www.amnesty.de/mitmachen/briefe-gegen-das-vergessen** finden.

Sollten Sie eine Antwort auf Ihr Appellschreiben erhalten, schicken Sie bitte eine digitale Kopie an: **info@amnesty.de**

AMNESTY INTERNATIONAL
Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-420248-0
Fax: 030-420248-488
E-Mail: info@amnesty.de
www.amnesty.de

Spendenkonto
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE 233 702050 0000 8090100
BIC: BFSWDE33XXX
(Konto: 8090100, BLZ: 37020500)

Foto: Amnesty

KOLUMBIEN
FRIEDENSGEMEINDE SAN JOSÉ DE APARTADÓ

Seit Ende 2016 nehmen in der Umgebung der Friedensgemeinde San José de Apartadó paramilitärische Aktivitäten zu. Die Bewohner_innen der Friedensgemeinde und andere Personen, die in dieser Gegend leben, sind zunehmend Übergriffen und Drohungen ausgesetzt. Auch die paramilitärische Gruppe Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC) dringt seit Dezember 2017 weiter vor, um die Kontrolle über die Friedensgemeinde zu erlangen, und droht Gemeindesprecher_innen mit dem Tod. Gildardo Tuberquia, Mitglied des Internen Rates der Friedensgemeinde von San José de Apartadó, berichtete, er habe 2017 mindestens acht Morddrohungen erhalten, zuletzt am 30. November. Am 29. Dezember wurde der Rechtsbeistand der Gemeinde, German Graciano Posso, von fünf Paramilitärs angegriffen und verletzt – Verdächtige wurden von den Behörden jedoch wieder freigelassen.

Seit der Gründung der Friedensgemeinde im Jahr 1997 sind mehr als 200 ihrer Bewohner_innen getötet worden oder dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen, weitere Personen wurden bedroht oder sexuell missbraucht. Die Mehrzahl der Tötungen wurde von Paramilitärs mit Billigung und Unterstützung der Streitkräfte begangen. Die zunehmend angespannte Situation macht deutlich, dass auch mehr als 20 Jahre nach Gründung der Friedensgemeinde konkretes Handeln notwendig ist, um die Sicherheit ihrer Bewohner_innen zu gewährleisten.

Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe an den Präsidenten von Kolumbien und bitten Sie ihn, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit für Gildardo Tuberquia, die anderen Bewohner_innen der Friedensgemeinde von San José de Apartadó sowie weitere Zivilpersonen in der Region, die mit ernsthaften Bedrohungen konfrontiert sind, zu gewährleisten. Bitten Sie ihn außerdem, eine unparteiische Untersuchung des Angriffs auf German Graciano Posso einzuleiten, deren Ergebnisse zu veröffentlichen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

Schreiben Sie in gutem Spanisch oder auf Deutsch an:
Juan Manuel Santos
Presidente de la República
Palacio de Nariño, Carrera 8 No. 7–26
Bogotá, KOLUMBIEN
E-Mail : contacto@presidencia.gov.co
Twitter : @JuanManSantos
(Anrede: Dear Mr. President / Estimado Señor Presidente / Sehr geehrter Herr Präsident)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 0,90 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:
Botschaft der Republik Kolumbien
I. E. Frau María Elvira Pombo Holguin
Taubenstraße 23, 10117 Berlin
Fax: 030-26396125
E-Mail: ealemania@cancilleria.gov.co
(Standardbrief: 0,70 Euro)

Foto: Hussein Tallal

ÄGYPTEN
MAHMOUD ABU ZEID (»SHAWKAN«)

Der Fotojournalist Mahmoud Abu Zeid wurde am 14. August 2013 von der ägyptischen Polizei festgenommen, als er einen Sitzstreik von Anhänger_innen des gestürzten ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi auf dem Rabaa-al-Adawiya-Platz in Nasr City, einem Stadtteil von Kairo, fotografierte. Der 29-Jährige steht gemeinsam mit 738 weiteren Angeklagten vor Gericht. Zu seinen Mitangeklagten zählen auch Führungspersönlichkeiten der Muslimbruderschaft. Gegen den Fotografen wurden neun konstruierte Anklagepunkte erhoben, darunter »Mord«. Bei einem Schuldspruch könnte der gewaltlose politische Gefangene daher zum Tode verurteilt werden. Mahmoud Abu Zeid wird von den ägyptischen Behörden seit über vier Jahren in Haft gehalten, seine Anhörung vor dem Kairoer Strafgericht wurde bereits mehr als 40 Mal vertagt. Mehrere Inhaftierte, darunter auch Mahmoud Abu Zeid, haben Foltervorwürfe gegen die Gefängnisverwaltung erhoben. Mahmoud Abu Zeid leidet an Hepatitis C, und sein Gesundheitszustand verschlechtert sich im Gefängnis zusehends.

Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe an den ägyptischen Präsidenten und bitten Sie ihn, alle gegen Mahmoud Abu Zeid erhobenen Anklagen fallenzulassen und ihn unverzüglich und bedingungslos freizulassen, da er ein gewaltloser politischer Gefangener ist, der lediglich aufgrund der friedlichen Wahrnehmung seines Rechts auf Meinungsfreiheit festgehalten wird. Bitten Sie ihn außerdem, dafür zu sorgen, dass Mahmoud Abu Zeid bis zu seiner Freilassung jegliche erforderliche medizinische Behandlung erhält. Auch alle anderen Journalist_innen, die lediglich aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung festgehalten werden, müssen freigelassen werden.

Schreiben Sie in gutem Arabisch, Englisch oder auf Deutsch an:
Abdel Fattah al-Sisi
Office of the President
Al Ittihadia Palace
Cairo, ÄGYPTEN
Fax: 00202-23911441
E-Mail: p.spokesman@op.gov.eg
Twitter: @AlsisiOfficial
(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 0,90 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:
Botschaft der Arabischen Republik Ägypten
S. E. Herrn Badr Ahmed Mohamed Abdelatty
Stauffenbergstraße 6–7, 10785 Berlin
Fax: 030-477 1049
E-Mail: embassy@egyptian-embassy.de
(Standardbrief: 0,70 Euro)

Foto: privat

CHINA
TASHI WANGCHUK

Am 27. Januar 2018 jährte sich die Inhaftierung von Tashi Wangchuk zum zweiten Mal. Ihm wird »Aufhetzen zum Separatismus« vorgeworfen – eine Anklage, für die ihm bis zu 15 Jahre Haft drohen. Seine Gerichtsverhandlung am 4. Januar 2018 wurde nach vier Stunden vertagt, das Urteil und die Strafzumessung stehen noch aus. Tashi Wangchuk setzt sich dafür ein, dass die tibetische Sprache verstärkt in Schulen gelehrt wird, die in von Tibeter_innen bewohnten Gebieten liegen. Derzeit ist Mandarin die einzige Unterrichtssprache. In sozialen Medien drückte er seine Sorge darüber aus, dass die meisten tibetischen Kinder ihre Muttersprache nicht fließend sprechen können. Das wesentliche Beweismaterial gegen ihn beruht auf dem von der New York Times 2015 produzierten Dokumentarfilm »A Tibetan's Journey for Justice«. Dieser erzählt die Geschichte von Tashi Wangchuks Reise nach Peking, wo er juristische Unterstützung für sein Vorhaben suchte, eine Klage gegen örtliche Beamt_innen einzureichen, weil die tibetische Sprache in den Schulen nicht gelehrt wird. Keine Kanzlei wollte sich der Klage annehmen und der staatlich finanzierte Fernsehsender CCTV lehnte Tashi Wangchuks Bitte ab, über die Situation zu berichten. Die Polizei benutzte das Filmmaterial als Beweis dafür, dass er durch den Versuch, das internationale Ansehen der chinesischen Regierung und ihrer Politik gegenüber ethnischen Minderheiten in Misskredit zu bringen, absichtlich zum »Separatismus« aufgehetzt habe.

Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe an den leitenden Staatsanwalt und bitten Sie ihn, die Anklage gegen Tashi Wangchuk fallenzulassen, da er ein gewaltloser politischer Gefangener ist und sich nur deshalb in Haft befindet, weil er von seinem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht hat.

Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch an:
Leitender Staatsanwalt der Volksstaatsanwaltschaft der Autonomen Tibetischen Präfektur in Yushu
Yushu Zangzu Zizhizhou Remin Jianchayuan
Minzhulu, Yushushi
Yushu Zangzu Zizhizhou
Qinghaisheng 815000, VOLKSREPUBLIK CHINA
(Anrede: Dear Procurator / Sehr geehrter Herr Staatsanwalt)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 0,90 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:
Botschaft der Volksrepublik China
S. E. Herrn Mingde Shi
Märkisches Ufer 54, 10179 Berlin
Fax: 030-27588221
E-Mail: presse.botschaftchina@gmail.com und
de@mofcom.gov.cn
(Standardbrief: 0,70 Euro)

»ICH WERDE 100 JAHRE ALT«

Als Flugbegleiterin flog Yvonne Kassowitz-Kretzschmar 35 Jahre um die Welt. Im Ruhestand entdeckte die 68-jährige Starnbergerin das Ehrenamt und entschloss sich, Amnesty International als Alleinerbin einzusetzen.

Interview: Andreas Koob

2012 sind Sie Amnesty-Mitglied geworden – wie kam es dazu?

Ich fand Organisationen wie Amnesty schon immer toll. Im Ruhestand habe ich jetzt Zeit für Engagement. Durch ein Angebot meiner Airline konnte ich mit 55 Jahren aufhören zu arbeiten. Und statt die Hände in den Schoß zu legen, wurde ich ehrenamtlich aktiv. In meinem Alter demonstriere ich nicht bei jedem Anlass. Und ich werde mich auch nicht mehr aus Protest an Gleise ketten, aber die Petitionen und Kampagnen von Amnesty, da mache ich mit – immer.

Was fasziniert Sie an Amnesty?

Das Moment, sich weltweit für Menschen und deren Rechte einsetzen zu können. Und es lässt sich enorm viel bewegen: Gravierendes Unrecht kommt an die Öffentlichkeit, und regelmäßig kommen Menschen frei, die unschuldig schikaniert wurden.

Sie setzten Amnesty als Alleinerbin ein – wie kamen Sie zu Ihrem Entschluss?

Es ist eine ganz tolle Idee, noch über den eigenen Tod hinaus etwas für andere Menschen bewirken zu können. Und ich muss mir über mein Testament keine Gedanken mehr machen: Es ist schon alles geregelt.

Warum haben Sie Amnesty ausgewählt?

Für mich kamen mehrere Organisationen in Frage, aber in Anbetracht der gegenwärtigen Weltlage fiel meine Entscheidung auf Amnesty. Es ist eine große, international anerkannte Organisation, deren Stimme in der Welt Gewicht hat. Demokratie und Menschenrechte befinden sich vielerorts auf dem Rückzug. Wir müssen aufpassen, dass das nicht so weitergeht. Und auch wenn hier das Asylrecht ausgehöhlt wird und Europa sich abschottet, meldet Amnesty sich zu Wort. Auch, dass diese Strategie auf die Idee eines Menschen zurückgeht, das fasziniert mich: Es ist beachtlich, was Amnesty-Gründer Peter Benenson bis heute ins Rollen gebracht hat.

Haben Sie mit anderen Menschen über Ihre Pläne gesprochen?

In meinem Freundeskreis haben wir uns oft darüber unterhalten. Viele handhaben es wie ich. Auch Menschen mit Kindern gehören dazu. Sie vererben meist einen kleineren Teil, es muss ja auch kein riesiger Betrag sein.

Haben Sie Tipps für Menschen, die es Ihnen gleichtun möchten?

Ich empfehle, entspannt über alle Möglichkeiten nachzudenken – aber ohne sich zu verzetteln. Ich rief dann einfach bei Amnesty an und bekam unverbindlich alle wichtigen Informationen. Im Austausch hatte ich jederzeit das Gefühl, mich auch aus freien Stücken dagegen entscheiden zu können. Nicht überrumpelt zu werden, war mir wichtig. Ich habe keine Kinder, alles, was ich hinterlasse, geht an Amnesty – aber bis dahin ist es noch eine Weile. Denn 100 Jahre werde ich sicherlich alt, schließlich war ich mit meinen 68 Jahren noch nicht einmal im Krankenhaus.

Alles geregelt.
Yvonne Kassowitz-Kretzschmar.

Foto: Charlotte Starup

Auch Sie können der Stimme von Amnesty International mehr Gewicht verleihen, indem sie die Organisation als Alleinerbin, Miterbin oder mit einem Vermächtnis in Ihrem Testament oder Ihrem Erbvertrag bedenken. Mehr Informationen unter: **www.amnesty.de/testament**

AMNESTY-JUGEND FRISCH AUFGESTELLT

Mehr als 200 Besucherinnen und Besucher sowie zahlreiche Aktionen rund um das Thema Menschenrechtsverteidiger: Das Treffen der Amnesty-Jugend in Karlsruhe im November 2017 war ein voller Erfolg. Und wie schon im Vorjahr wurde eine neue Jugendvertretung gewählt. Sprecherin Lea Josepha Fried aus Leipzig bleibt nach ihrer Wiederwahl weiter im Amt; ihr zur Seite steht künftig Christoph Alberts aus Berlin. Aktionen, Kampagnen und Menschenrechtsbildung koordiniert auch künftig Lena Wiggers von der Hochschulgruppe Passau; um das jährliche Jugendtreffen kümmert sich Avan Naghshbandi von der Hochschulgruppe Hamburg. Wiedergewählt wurde der für Internationales zuständige Vertreter Charalampos Pavlidis aus Wien; Länder- und Themenarbeit sowie Asyl betreut im kommenden Jahr Stephan Bethe, Hochschulgruppenreferent des Bezirks München-Oberbayern. Pascal Schlößer von der Hochschulgruppe Tübingen ist 2018 der Jugendvertreter für Kommunikation, Katja Nübler, die Jugendreferentin des Bezirks Sachsen-Anhalt, Vertreterin für Mitgliedschaftsunterstützung und Kristian Burghartz von der Hochschulgruppe Bonn der gewählte Ansprechpartner für Finanzen und Fundraising.

Jugend@Amnesty ist das jährliche Jugendtreffen aller jungen Mitglieder von Amnesty Deutschland, egal ob aus Hochschulgruppen, Jugendgruppen, lokalen Gruppen, Koordinationsgruppen, Bezirken. Es bietet die Möglichkeit der Vernetzung junger Mitglieder – und des Austauschs in Workshops und Plenumsbeiträgen. Auch Gästen aus anderen Organisationen und Amnesty-Sektionen weltweit bietet es ein Forum, etwa bei Vorträgen. Die Jugendtreffen tagen in der Regel im November und stehen unter einem bestimmten Motto, unter dem dann Aktionen in der Stadt des Tagungsortes stattfinden. In Karlsruhe war das ein Flash Mob vor dem Zentrum für Kunst und Medien – zur Unterstützung der Zivilgesellschaft, die weltweit unter Druck steht.

Foto: Natalia Bronny

Engagiert und munter. Die neue Amnesty-Jugendvertretung, Januar 2018 in Berlin.

HER MIT DEM HEFT

Sie haben das Amnesty Journal zufällig in die Hände bekommen und Lust auf weitere Ausgaben? Das Journal landet alle zwei Monate bei all jenen im Briefkasten, die die Arbeit von Amnesty International mit mindestens 5 Euro pro Monat oder als Mitglied unterstützen. Mehr Infos unter: **www.amnesty.de/foerdererwerden** und **www.amnesty.de/mitglied-werden**

AKTIV FÜR AMNESTY

Mitglieder von Amnesty International versuchen auf vielfältige Art und Weise, Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme zu geben. Aktionen und Veranstaltungen in vielen deutschen Städten zählen dazu. Wenn sie mehr darüber erfahren oder selbst aktiv werden wollen: **http://blog.amnesty.de** **www.amnesty.de/kalender**

IMPRESSUM

Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-420248-0
E-Mail: info@amnesty.de
Internet: www.amnesty.de

Redaktionsanschrift: Amnesty International, Redaktion Amnesty Journal
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
E-Mail: journal@amnesty.de
Adressänderungen bitte an: info@amnesty.de

Redaktion: Markus Bickel (V.i.S.d.P.), Jessica Böhner, Hannah El-Hitami, Anton Landgraf, Katrin Schwarz

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Birgit Albrecht, Nicolas Ardila, Daniel Bax, Markus N. Beeko, Theresa Breuer, Emran Feroz, Peter Franck, Hauke Friederichs, Erika Harzer, Andrea Jeske, Mathias John, Astrid Kaminski, Jürgen Kiontke, Andreas Koob, Sabine Küper-Büsch, Michaela Ludwig, Matthias Monroy, Wera Reusch, Uta von Schrenk, Maik Söhler, Wolf-Dieter Vogel, Cornelia Wegerhoff, Marlene Zöhrer

Layout und Bildredaktion: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

Druck und Verlag: Hofmann Druck, Nürnberg GmbH & Co. KG

Bankverbindung: Amnesty International Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00
BIC: BFS WDE 33XXX
(Konto: 80 90 100, BLZ: 370 205 00)

Das Amnesty Journal ist die Zeitschrift der deutschen Sektion von Amnesty International und erscheint sechs Mal im Jahr. Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für unverlangt eingesandte Artikel oder Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder. Die Urheberrechte für Artikel und Fotos liegen bei den Autoren, Fotografen oder beim Herausgeber. Der Nachdruck von Artikeln aus dem Amnesty Journal ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken, Mailboxen, für die Verbreitung im Internet oder für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

ISSN: 2199-4587

FSC www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C022647

ES GIBT MENSCHEN, DIE STERBEN FÜR BÜCHER.

In vielen Ländern werden Schriftsteller verfolgt, inhaftiert, gefoltert oder mit dem Tode bedroht, weil sie ihre Meinung äußern. Setzen Sie mit uns ein Zeichen für das Recht auf freie Meinungsäußerung! Mit Ihrer Spende unterstützen Sie unsere Menschenrechtsarbeit und retten Leben.

Spendenkonto, IBAN: DE 233 702050 0000 8090100, Bank für Sozialwirtschaft, BIC: BFS WDE 33XXX

amnesty.de

AMNESTY
INTERNATIONAL